

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 28. Mai 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Verworfen und verscharrt!

Frei ist die Bahn! Der Stein, den eine feindliche Regierung auf den Weg gerollt hatte, den die Wahlrechtskämpfer gehen, ist fortgeräumt. Das elende Nachwerk ist beseitigt, der Wunsch aller ehrlichen Freunde der Wahlreform erfüllt. Geblieben ist nur das Eingeständnis der Regierung und des Dreiklassenhauses selbst, daß das verhaßte Privilegienwahlrecht nicht mehr aufrechterhalten werden kann, geblieben der Zwang, auf neue an der Reform sich zu versuchen.

Nur wenige Monate sind verstrichen seit dem Moment, wo der saubere Plan der Regierung an die Öffentlichkeit drang, durch eine Scheinreform der Wahlrechtsbewegung die Spitze abzubrechen. Aber es waren Zeiten des Kampfes und die Anstrengungen sind nicht unbelohnt geblieben. Die Absichten der Volksfeinde sind vereitelt, das Nachbeuwerk und die Siegeszuversicht der Massen mächtig gewachsen. Was ein Hindernis der Wahlrechtsbewegung werden sollte, ist ihre stärkste Förderung geworden.

Der Kampf um die Wahlrechtsvorlage hat das preussische Regierungssystem in seiner ganzen Arbeiterfeindlichkeit und Volksfeindlichkeit enthüllt. Kein moderner Staat kann heute mehr die breiten Volksmassen von der politischen Selbstbestimmung ausschalten. Auch das preussische Volk hätte die Dreiklassenwahlrecht nie so lange ertragen und längst seine politische Rechtfertigung abgeschüttelt, hätte es nicht im Reichstagswahlrecht das wichtigste Mittel in seinen politischen Kämpfen erblinden müssen. Aber immer mehr stellt sich heraus, daß der deutsche Reichstag nur ein Schattenbassin führen kann, so lange ihm eine unabhängige, absolute Regierungsgewalt entgegensteht, die Ziel und Richtung nicht empfängt von der Vertretung des deutschen Volkes, sondern die nur das Volksgesetzorgan ist für die schmale Schicht von Junkern und Großkapitalisten, die das Parlament des größten und ausschlaggebenden Bundesstaates zu ihrer unumschränkten Domäne gemacht haben. So wurde dem deutschen Volke endlich klar, daß die preussische Wahlrechtsfrage zur wichtigsten Reichsfrage geworden, daß hier der Kampf ausgefochten werden muß um die politischen Machtverhältnisse in Deutschland. Kein Fortschritt in Deutschland ohne Ueberwindung der Privilegienherrschaft in Preußen! Die politische Entwicklung im Reiche kann nicht vorwärts, solange nicht der Sieg in Preußen errungen ist. Noch immer besitzt das deutsche Volk nicht den Staat, den es sich als politisch voll und gleichberechtigtes Ganzes nach seinen Kräften und gemäß seinen Interessen gestalten kann. Das deutsche Reich steht unter der Gewalttherrschaft der preussischen Junker und solange bleibt die Reichsgründung ein unvollendetes Stückwerk, solange nicht der preussische Partikularismus zerbrochen, das Reich aus der Knechtung durch den preussischen Landtag und seiner Regierung erlöst ist. Der politische Wille im Reiche und in Preußen muß endlich die gleiche Richtung erhalten, erst dann ist die Bahn frei für den politischen Fortschritt, erst dann kann das gleiche Wahlrecht auch im Reiche seine Wirkung entfalten und können die demokratischen Formen geschaffen werden, in denen die entwickelten Klassen gegenseitig ihren endgültigen Austrag finden können.

Eine nationale Frage im dem wirklichen Sinne des vielmißbrauchten Wortes ist also die preussische Wahlrechtsfrage. Doch mit welcher gräßlicher Unfähigkeit stehen ihr die herrschenden Kreise gegenüber. Da ist die Regierung des Herrn v. Bethmann Hollweg, der in dem wichtigsten Problem der inneren Politik nichts weiter erblickt als ein lästiges Ueberbleibsel aus der Erbschaft ihrer Vorgänger und der sich nun anschickt, mit heimtückischer List einige neue Paragraphen zu erfinden, die nichts ändern, aber doch eine Aenderung vortäuschen sollen. Statt einer Neugestaltung des Wahlrechts, die das unerträglich Gewordene beseitigt, bringt Herr von Bethmann Hollweg Vorschläge zu einer Aenderung der Wahltechnik, zu einer anderen Art der Stimmabgabe und -zählung. So wird sein Entwurf zu dem Geständnis der absoluten Unfähigkeit der preussischen Regierung, die unabweislichsten Bedürfnisse des deutschen Volkes zu erfüllen, ja sie auch nur zu verstehen. Von vornherein erklärt sich Herr v. Bethmann Hollweg als willen- und ideenloser Geschäftsträger der Junker und Großkapitalisten und statt an ein politisches Problem, denkt dieser armselige Bureaukrat nur daran, daß sich in der Mandatsverteilung der privilegierten Parteien nur ja keine Aenderung ergebe!

Und als ob es damit nicht genug wäre, steigert der Reichskanzler die aufspießende Wirkung seiner Vorlage noch durch die wütenden Ausfälle auf das Wahlrecht des deutschen Volkes.

So vollendet Herr v. Bethmann in kürzester Zeit das Aufklärungswerk der Sozialdemokratie, steigert die Wahlrechtsbewegung, der er Stillstand gebieten wollte, enthüllt dem deutschen Volke den völligen Bankrott eines Regierungssystems, das nur mehr Stillstand bedeutet und zum schlimmsten Hindernis jeder Weiterentwicklung geworden ist.

Was Herr v. Bethmann begonnen, das setzen die bürgerlichen Parteien des Dreiklassenparlamentes, setzen erst recht die geborenen Gesetzgeber des Herrenhauses im selben Geiste und mit gleicher Wirkung fort. Vom Recht des Volkes ist nicht die Rede, ein wüster Streit um Mandate wird bald zum einzigen Inhalt der Verhandlungen! Wie auch anders? Zwischen die Kuhnhefer des Privilegs und das Drängen der Massen draußen, hatte sich ja die Regierung gestellt; die Regierung hat den Parteien die Sorge um die Sicherheit der Beute aus dem unveräußerlichen Besitztum des Volkes genommen; umso ungeörter glaubte sie sich dem Kampf um die Teilung hingeben zu können. Und großen Gewinn hat das deutsche Volk, das zur Rolle des Zuschauers verurteilt war, aus diesen Kämpfen gezogen. In dem Schacher um die Mandate schwand rasch jede Scheu und die wahre Natur der privilegierten Parteien trat nackt zu Tage. Dem Zentrum vor allem darf sein Verrat an dem Volksrecht nicht vergeßen werden. Für die imponierende Wahlrechtsbewegung der Sozialdemokratie hatte es nur Spott und Hohn gehabt. Was will denn diese Partei, die ja im preussischen Landtag keine nennenswerte Vertretung besitzt? Wozu der Sturm im Lande, wo doch die Entscheidung im Parlamente drinnen fallen wird, in dem das Zentrum so imponierend vertreten ist? Zwar wußte das Zentrum ganz genau, daß nur das Eingreifen der Massen selbst, die immer mächtiger werdenden Demonstrationen den hartnäckigen Widerstand besiegt, die Wahlrechtsfrage ins Rollen gebracht hat. Aber was tat das Zentrum im Parlament? Warum spielte es sofort die Entscheidung in die Hände der Konservativen, dieser schlimmsten Feinde jeder Rechtsweiterung? Warum verfuhrte es nicht einmal parlamentarisch zu kämpfen, nachdem es den Wahlrechtskampf draußen schmählich im Stich gelassen? Die Antwort ist freilich nicht zweifelhaft. Im Bunde mit den Konservativen ist das Zentrum die herrschende Partei geworden und um die Herrschaft zu behaupten, ist es bereit, gemeinsame Sache mit den Konservativen zu machen, mit ihnen zusammen, wenn auch nach anderer Methode und unter anderen Vorwänden, die Massen in ihrer Rechtlosigkeit zu erhalten. Der innere reaktionäre Charakter des Zentrums war freilich der Sozialdemokratie kein Geheimnis; daß er aber auch den immer noch großen Massen, die dem Zentrum bisher gefolgt sind, kein Geheimnis mehr bleibe, dafür läßt sich jetzt mit ganz anderem Erfolge und viel schlagenderer Beweiskraft arbeiten als zuvor. Die Loslösung dieser Massen aber aus dem Befolge der Reaktion, für die der Wahlrechtsverrat des Zentrums mächtig vorgearbeitet hat, wird zu einem Ereignis von größter politischer Tragweite werden.

Daß aber das Zentrum überhaupt einen Vorwand für seinen Verrat finden konnte, ist vor allem die Schuld der Nationalliberalen, ihrer Feindschaft gegen das demokratische Wahlrecht. Ihre Stimmen verhelfen den konservativen Feinden des gleichen Rechts erst zur Majorität, ihre Ablehnung erschwert den parlamentarischen Kampf. Neben dieser Todsünde haben gerade die Nationalliberalen in der Wahlrechtsvorlage nur eine Gelegenheit für Mandatsbeute gesehen, haben gerade sie am zähesten dort gekämpft, wo es, wie bei der Drittelungsfrage, um noch mehr Entrechtung ging, und zuletzt sind sie nur durch die Gunst der politischen Situation vor dem Neubersten bewahrt worden, die Wahlreform in ihrer noch verderblicheren Form zu akzeptieren.

So hat die Veratung der Wahlreform vor allem dankenswerte Klarheit geschaffen über die Stellung der herrschenden Parteien Klarheit auch über die klägliche politische Impotenz des Privilegiertenparlamentes und seiner Regierung. Die Herren haben ja sonst nie genug Ruhmens machen können von ihren Leistungen. Das erste Mal, wo

sie zeigen konnten, was sie für das Recht des deutschen Volkes zu leisten vermögen, haben sie schmählichen Bankrott anfangen müssen. Aus eigener Kraft vermögen sie nichts zustande zu bringen. Der Ansturm von außen war es, der sie an die Arbeit zwang, der Ansturm von außen allein kann sie zwingen, bessere Arbeit zu leisten.

Das jämmerliche Schicksal der Bethmannschen Reform ist nicht nur dem Ungeschick dieses Ministers zu danken. Gewiß, wenn Herr v. Bethmann das Scheitern der Vorlage beabsichtigt hätte, er hätte kaum anders operieren können. Darüber noch viele Worte zu verlieren, ist müßig und die Akten über diese politische Kapazität sind geschlossen. Diesen Toten sollen die Toten begraben. Aber selbst wenn Herr v. Bethmann so geschickt wäre, wie er ungeschickt ist, er hätte die Wahlreform kaum zu Ende gebracht. Denn in einem Privilegienparlament entfesselt eine Wahlreform, die zu elend ist, als daß die Kräfte des Volkes selbst für sie ausgerufen werden können, nichts als heftigste Mandatsjagd und Beutesucht. An dem entfesselten Streit geht sie schließlich zugrunde. Nur wenn eine Wahlreform von dem unüberstehlichen Drängen der Volksmassen getragen ist, nur dann ist sie auch den Privilegierten zum Trotz zu vollenden.

Und das ist jetzt unsere Aufgabe: Das Hindernis ist aus dem Wege geräumt, die neue Wahlreform kann, sie muß kommen. Wie sie gestaltet wird, das hängt nicht ab von dem Willen der Herrschenden, das hängt ab von der Macht, die das Volk selbst hinter sein Recht zu setzen gewillt ist. Die Frage der Wahlreform ist die Frage der Opferfähigkeit und Entschlossenheit der Massen.

Ein Abschnitt des Kampfes ist vorüber, ein neuer beginnt. Mit Gemüthung und Stolz darf die Sozialdemokratie auf diese Monate zurückblicken, in denen ihre Aktion das politische Leben beherrscht hat. Ein guter Anfang war's, an den Massen ist es, dem guten Anfang die würdige Fortsetzung folgen zu lassen.

Die Wahlreform der Wahlrechtsfeinde ist tot, es lebe die Wahlreform des Volkes!

Die entscheidende Sitzung.

Eine vergnügte Reichenfeier war es, zu der sich die Mitglieder des Abgeordnetenhauses fast vollständig eingefunden hatten, um der an Lebensschwäche dahingestrichenen Bethmannschen Mißgeburt das letzte Geleit zu geben. Konnte es zu Beginn der Sitzung noch zweifelhaft sein, ob das Kind noch heute von seinem Leiden erlöst werden würde, so stand doch schon nach der ersten Viertelstunde sein Schicksal fest. Der Ministerpräsident war in höchst eigener Person erschienen, um einige konservative Anträge, besonders den Antrag auf Bildung von Drittelungsbezirken von 1750 bis 5000 Einwohnern, sowie die ursprünglichen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses als unannehmbar zu bezeichnen, und der „ungefährte“ König von Preußen, Abg. v. Henkebrand, erwiderte ihm ebenso ungewöhnlich, daß die Konservativen sich keinerlei Vorschriften machen lassen, sondern das tun, was sie für richtig halten. Noch klarer als sonst ließ der konservative Führer durchblicken, daß sie die Herren im Staate sind und daß die Regierung sich ihrem Willen zu fügen hat. Eine schütterne Erwiderung, die Herr v. Bethmann vollweg stammelte, blieb ohne jede Wirkung.

So waren die Würfel bereits gefallen, als der Führer des Zentrums, Abg. Herold, zu einer langen Rede ausholte, durch die er sich bemühte, das Zentrum als die einzige Partei hinzustellen, die mit Ernst und Eifer an dem Zustandekommen einer Wahlreform in demokratischem Sinne gearbeitet habe, eine Behauptung, die ihm niemand glaubt, der den Gang der Wahlrechtsdebatten auch nur einigermaßen aufmerksam verfolgt hat. Man merkte es Herrn Herold an, wie lieb es ihm war, noch in letzter Stunde den Kopf aus der Schlinge ziehen zu können. Das Zentrum wird es jetzt natürlich so darzustellen suchen, als habe es dem Volke ein Recht erobert wollen, woran es aber von der Regierung verhindert sei. Ruhig wird ihm dieser jesuitische Kniff nicht; wir werden es als unsere vornehmste Aufgabe betrachten, dem Volke die Augen über die wahre Natur dieser Partei zu öffnen.

Lebhaftest gestaltete sich die Debatte, als die Herren Dr. Friedberg (natl.) und Freiherr v. Zedlitz (fl.) zu Worte kamen. Der nationalliberale Redner gebärdete sich als wütendster Oppositioneller, ihm war die schwere Aufgabe zugefallen, die Öffentlichkeit in den Glauben zu versetzen, daß die Nationalliberalen niemals auch nur daran gedacht hätten, den Herrenhausbeschlüssen zuzustimmen. Die Neurosität und Gerechtigkeit, mit der er sprach, legte Zeugnis davon ab, welche heftige Kämpfe innerhalb der nationalliberalen Fraktion ausgefochten sind, bis

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 10 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 20 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (freigebrachte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg., Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Die sich endlich — Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — auf die Seite der Opposition geschlagen hat. Deshalb war es recht wenig am Platze, daß der freikonserватive Scharfmacher Freiberger u. Jedlich den Nationalliberalen bittere Vorwürfe über ihre Abschweifung nach links machte. Bei den Nationalliberalen handelt es sich nur um die Höhe des Preises, der ihnen geboten wird; sie sind jede Stunde bereit, umzufallen, und wenn sie diesmal festgeblieben sind, so einmal aus Furcht vor den nächsten Reichstagswahlen und zweitens, weil ihnen die Träumen zu hoch hingen.

Eine gründliche Abrechnung mit den bürgerlichen Parteien nahm Genosse Ströbel vor, der namens der Sozialdemokraten das Wort ergriff. Das heuchlerische Verhalten des Zentrums, die jämmerliche Rolle der Regierung, die Wahlrechtsfeindschaft der beiden konservativen Parteien, das haltlose Hin- und Herschwanfen der Nationalliberalen, all das ließ Ströbel nochmals Revue passieren, um im Anschluß daran aufs neue die Versicherung abzugeben, daß die Sozialdemokratie den Wahlrechtskampf mit dem Scheitern der Vorlage nicht als beendet betrachtet, sondern ihn jetzt erst recht mit frischen Kräften und neuem Mut beginnen werde.

Vor Ströbel hatten die Abgg. Fischel (Fortchr. Sp.) und Dr. v. Jagdzewski (Pole) den Standpunkt ihrer Parteien, die die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen verlangen, betont. Nach einem Wortgefecht zwischen dem konservativen Freiherrn v. Richthofen und dem Nationalliberalen Schiffer konnte der Präsident endlich den Schluß der Generaldebatte verkünden.

Die Spezialberatung nahm nur wenige Minuten in Anspruch. Die meisten Redner, auch die von unserer Seite gemeldeten, verzichteten aufs Wort, um die Tagesbeschlüsse abzufassen. Nur Borgmann versetzte noch dem Scharfmacher u. Jedlich einen wohlverdienten Hieb, über den sich das ganze Haus und auch die Vertreter der Regierung herzlich freuten — bei der Unbeliebtheit des freikonserватiven Führers kein Wunder!

Die ersten fünf Paragraphen wurden nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen, der am heftigsten umstrittene § 6, der von der Bildung der Drittelsbezirke handelt, wurde in jeder Fassung abgelehnt. Und nun erhob sich Herr v. Weismann Hölweg, um zu erklären, daß die Regierung auf die Weiterberatung der Vorlage kein Gewicht lege. Lebhaftes Bravo der sechs Sozialdemokraten begleitete diese Erklärung, ein Bravo, das aber nicht etwa der Person Weismanns galt, sondern ein Ausdruck der Freude darüber war, daß nun die Bahn frei ist für eine neue volkfreundliche Wahlrechtsvorlage. —

Der Wahlkampf im Kreise Iauer-Landesgut.

Aus dem Wahlkreise wird uns geschrieben:

Am 1 Juni findet die Reichstagsersatzwahl statt, die durch das Ableben des freisinnigen Vertreters Dr. Hermes nötig geworden ist. Der Wahlkampf wird von allen vier beteiligten Parteien mit großem Eifer geführt. Ganz besondere Anstrengungen macht die fortschrittliche Volkspartei mit ihrem Kandidaten Büchtemann, früher Oberbürgermeister in Odrisch. Dieser Herr hält alle Tage Versammlungen ab; neben ihm sind noch der Reichstagsabgeordnete Sommer, der Gewerkschaftsredakteur Goldschmidt-Berlin, der Parteisekretär Schumacher und ein Herr Müller-Dreslau tätig. Die Herren Fortschrittlichen bekunden ihren Fortschritt, indem sie zu ihren Versammlungen nur „verfassungstreue Wähler“ einladen. So wollen sie die Sozialdemokraten von ihren Versammlungen fernhalten. Tapfer sind sie immer gewesen, unsere Vorkämpfer.

Die Konservativen, deren Kandidat der Major Stroffer, Landtagsabgeordneter für Breslau, ist, bemühen sich verzweifelt, den Fortschrittler aus der Stichwahl zu drängen. Die konservativen Versammlungen sind indes durchgängig miserabel besucht, ein Beweis, daß die bisherigen Wähler der konservativen bedenklich von ihnen abwenden. Herr Stroffer hält aber jede Versammlung ab, so sprach er in Wittgendorf, einem größeren Bauernorte, vor neun Personen. Zu seiner Unterstützung sind noch im Kreise ein Pastor Ritsche und ein Schornsteinfegermeister Conrad aus Breslau tätig, wozu letzterer in Mittelstands- und Handwerkerfragen macht. Es dürfte aber kaum gelingen, Zustrom aus dem Mittelstand für die Konservativen zu gewinnen.

In schätzbare Weise kämpft das Zentrum, das einen Rechtsanwalt Herschel-Breslau aufgestellt hat, gegen die Sozialdemokratie. Es hat zwei Flugblätter mit den abgestandenen Lebenshäutern des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie verbreitet. Es wird allerdings nicht viel damit ausrichten; das Zeug findet kaum noch in den rückständigsten Winkeln Anklang.

Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie als solcher hat noch nichts im Wahlkampf von sich hören lassen. Keine der bürgerlichen Parteien scheint sich von diesem fragwürdigen Helfer etwas zu versprechen.

Der Sozialdemokratie, die eine rege Agitation entfaltet, macht der Lokalmangel erhebliche Schwierigkeiten. In dem überwiegend ländlichen Kreise — als Industrie kommen nur Textilbetriebe mit über 80 Proz. weiblichen Arbeiterinnen und einige Steinbrüche und Kohlengruben in Betracht — stehen unserer Partei nur wenige Lokale zur Verfügung. Selbst in Landesgut, nach Iauer, das 15 000 Einwohner zählt, mit 14 000 Einwohnern das zweite Industriehäufchen des Wahlkreises, ist nur ein kleines Sälchen für sie zu haben. Sie ist deshalb fast ausschließlich auf Versammlungen unter freiem Himmel angewiesen. Erfreulicherweise ist die Bitterkeit dieser Veranstaltungen günstig. Aber da zu diesen Versammlungen behördliche Genehmigung notwendig ist, so gibt es natürlich allerhand Schwierigkeiten. Jüngst verbot der Amtsvorsteher von Wsch eine solche Versammlung im Volkshäuser Kreise mit der schriftlichen Begründung, daß nicht genügend Polizeiorgane zur Überwachung der Versammlung vorhanden seien und somit eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu fürchten wäre. Diese originelle Begründung hat natürlich unseren Genossen nicht genügt. Sie haben Beschwerde beim Landrat eingelegt. Der Landrat aber ist — der Vater des Amtsvorstehers von Wsch, welchen Erfolg man sich von einer Beschwerde beim Vater über den Herrn Sohn versprechen kann, ist leicht vorauszusetzen. Doch dies ungerechtfertigte Verbot ein Grund zur Kassierung der Wahl sein kann, das scheinen die Behörden zu vergessen. Allerdings, ehe es zu dieser Kassierung käme, würde ja ohnehin die Lebensdauer dieses Reichstages abgelaufen sein.

Der Höhepunkt der Bewegung wird am kommenden Sonntag erreicht werden. An diesem Tage finden 15 Versammlungen statt; in einigen davon spricht der Landtagsabgeordnete Genosse Reinert. 30 Versammlungen haben bisher stattgefunden. Genosse Polorny-Dachum hielt einige speziell für die Bergarbeiter ab. Neben ihm agitierten die Genossen Fritsch-Viegnitz, Schönwälder-Neurode, die Redakteure der Breslauer „Volkswacht“ und vor allen Dingen der Kandidat Genosse Proll-Landesgut. Die

sozialdemokratischen Versammlungen waren durchgängig gut besucht und die Ausführungen unserer Redner fanden stets lebhaften Beifall. Die sozialdemokratischen Flugblattverteiler haben sich überall guter Aufnahme erfreut. Unsere Genossen erwarten den Wahltag mit den besten Hoffnungen.

Das Stimmverhältnis bei der letzten Wahl war das folgende: Sozialdemokratie 5010, Konservativen 5060, Freisinn 5728, Zentrum 4307 Stimmen. In der Stichwahl siegte der Freisinnige Dr. Hermes mit sozialdemokratischer Hilfe über den Konservativen. Auf den Freisinn fielen 3340, auf den Konservativen 7694 Stimmen.

Die Einigungsverhandlungen im Baugewerbe

haben am Freitag unter Leitung der Herren Geheimrat Wiedfeldt vom Reichsamt des Innern, Oberbürgermeister Dr. Deutler-Dresden und Gewerbegerichtsrat Dr. Brenner-München im Reichstag ihren Anfang genommen. — Die Sitzung begann mit einem charakteristischen Vorspiel. Der Unternehmerverband von Ostpreußen hatte in einem Flugblatt die Behauptung aufgestellt, daß die Arbeiter um Verhandlungen gebeten hätten, da ihnen die Mittel ausgegangen seien. Genosse Bömelburg brachte diese Unwahrheit sofort zur Sprache, und Geheimrat Wiedfeldt stellte fest, daß diese Behauptung tatsächlich jeder Grundlage entbehrt. Die Verhandlungen seien vom Staatssekretär Debrück ausgegangen, der sich zuerst an den Unternehmerverband gewandt und, nachdem er Zustimmung von dieser Seite erhalten hatte, die Arbeiterorganisationen gefragt hatte, die denn auch ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen erklärt hatten. Auch die Herren Dr. Brenner und Dr. Deutler erklärten, daß sie von keiner Seite beeinflusst seien.

In der Sache selbst erklärten sich die Unternehmer bereit, auf Grund des alten Vertragsmusters zu verhandeln, sie behielten sich aber vor, ihre sämtlichen Anträge wieder einzubringen. Zunächst verlangten sie wiederum den zentralen Abschluß der Tarife, eine Forderung, die die Arbeiter mit Entschiedenheit zurückwiesen. Wenn die Unternehmer das auch bestritten, so ist es doch ein offenes Geheimnis, daß der zentrale Abschluß der Tarife in ihrer Hand ein Mittel sein soll, wegen irgend eines kleinen Tarifvergehens in irgend einem kleinen Ort gegen die gesamten Bauarbeiter in ganz Deutschland vorzugehen. Ueber diesen Punkt konnte eine Einigung nicht erzielt werden.

Ebenso wenig einigte man sich über die Frage der Ueberstunden sowie über die Frage der Arbeitszeit. Auch über den Vorschlag der Unternehmer, daß der tariflich festgesetzte Lohn nur für geübte Bauhilfsarbeiter gezahlt werden soll, wurde kein Einverständnis erzielt.

Gleichfalls halten die Unternehmer an ihrer Forderung fest, daß statt des bisherigen Einheitslohnes Staffel- oder Durchschnittslöhne zulässig sein sollen.

Heute werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Mai 1910.

Der Deutnant und zehn Mann!

Wie eine Reihe von Blättern mitteilen zu können glaubt, waren am Freitag ganz besondere Vorbereitungen dafür getroffen worden, zum ersten Male den Klauschmeiß-Paragrafen, den jüngst die blau-schwarze Mehrheit des Abgeordnetenhauses angenommen hat, in die Praxis zu übersetzen. Dem Polizeileutnant des „zuständigen Reviers“, Wilhelmstraße 29, soll nämlich eine Dienst-anweisung zugegangen sein, wie er sich bei dem Hinauswurf eines Abgeordneten zu benehmen habe. Danach solle sich der Reviervorstand bereit halten, auf Benachrichtigung vom Abgeordnetenhaus jederzeit in kürzester Frist mit der erforderlichen Mannschaft dort zu erscheinen. Im Abgeordnetenhaus habe er sich bei dem Präsidenten zu melden und von diesem das schriftliche Erlauchen zum Eingreifen in Empfang zu nehmen und auszuführen.

Wir glauben kaum, daß diese Anweisung auf Reklamation des Präsidiums des Abgeordnetenhauses erfolgt ist. Sind wir doch sicher, daß dies Präsidium das Eingreifen des Polizeileutnants unendlich viel mehr fürchtet, als die sozialdemokratischen Mitglieder des Hauses! Wissen die Herren Kröcher und Porsch doch ganz genau, daß die Anrufung des Polizeileutnants sie politisch vollständig ummöglich machen würde. Es war deshalb sicher kein Freundesdienst, daß man die Notiz von der Bereitschaft des Polizeileutnants in die Presse lanzierte. Sollten aber die Vorbereitungen des Polizeiministers resp. des Polizeipräsidiums wirklich expresse für die Wahlrechtsdebatte am Freitag getroffen worden sein, so beweise das nur wiederum eine geradezu bemitleidenswerte Ahnungslosigkeit dieser Behörden, denn die Verhandlungen am Freitag konnten schon deshalb unmöglich einen tragischen Charakter annehmen, weil ja die Verhängung des Wahlrechtswechselbals auf der ganzen Linken und wieviel mehr erst bei der Sozialdemokratie nur die heitersten Gefühle auszulösen vermochte!

Zimmerhin bedeutet die Meldung von der Dienst-anweisung an den Polizeileutnant des „zuständigen Reviers“ eine überaus freche Provokation! Wenn man davon irgendeine Einschüchterung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion erwartet, so täuscht man sich gründlich. Die sozialdemokratische Fraktion wird sich so wenig künstlich provozieren lassen, als sie sich davon abhalten lassen wird, bei den ihr passend erscheinenden Gelegenheiten in der schärfsten und rücksichtslosesten Weise gegen Ver-gewaltigungsakte des Proletariats Protest zu erheben. Will dann einer der Herren Präsidenten die Hilfe des Polizeileutnants in Anspruch nehmen, so werden die Sozialdemokraten seinem Latendrang nicht das geringste Hindernis in den Weg legen!

Die Staatsberatung der Lords.

Während man im Dreiklassenhaus den Bethmannschen Wechsel-balg verscharrte, verteilte sich die angeordnete Weisheit der preussischen Lords in die Geheimnisse des Staats. Jüngst ein Graf Schödlitz schrie nach einem Wahlparagrafen für das Abgeordnetenhaus. Der alte reaktionäre Professor Hildebrand aus Breslau wettierte

gegen eine Universtität in Frankfurt a. M. Ein Duzend Oberbürgermeister rühten mit lokalen Wünschen aller Art heran. Einigen modern klangen die Ausführungen des hiesigen Professors Dr. Vorhies. Um aber bei seinen Herrenhausgenossen nicht in den Verdacht des Radikalismus zu kommen, bekannte auch er sich zu dem Grundsatz, daß die Religion dem Volke erhalten bleiben müsse. Freilich will er eine Religion haben, „die dem deutschen Volk Charakter entspricht“. Von unseren geistlichen Stellvertretern Gottes hat er nur eine sehr geringe Meinung. Meinte er doch, die Erhaltung der Religion könne nicht erreicht werden durch den geistlichen Stand, der dem Volke von Jahr zu Jahr fremder werde. Man könne die Jugend nicht dauernd zwingen, das zu glauben, was vergangene Generationen für wahr gehalten hätten. Die Rückständigkeit auf religiösem Gebiet sei immer mit Intoleranz verbunden. Die politische Beeinflussung des Volkes durch die katholische Geistlichkeit muß verhindert werden. Heute stehe niemand dem Christentum fern, als die orthodoxen Geistlichen.

Zum Schluß der Orthodoxie rückten sofort der Kultusminister v. Trott zu Solz und der ehemalige Hausminister v. Wedel ins Feld. Ueber Modernisierungswünsche in bezug auf das Gymnasium äußerte sich der Bürgermeister Ribbe-Halle. So war man schließlich bis in die siebente Stunde des Nachmittags gekommen, die Zeit des Soupers war da, und so vertagte das Hohe Haus die Fortsetzung seiner tiefgründigen Betrachtungen auf den folgenden Tag.

Kulturträger.

Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ brachte noch unmittelbar vor der Abstimmung über die Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhause eine scharfe Erklärung gegen das Kulturträgerprivileg. Grundfänglich sei der Vorschlag durchaus sympathisch, nicht mehr die Steuerleistung allein als Maßstab für die Klasseneinteilung der Wähler zu benutzen. Aber die Auswahl der Kulturträger sei doch enorm schwierig und weder von der Regierung noch vom Herrenhause befriedigend gelöst worden. Geradezu als aufreizender Schlag ins Gesicht aller in praktischen Berufen ergrauten Staatsbürger müsse es empfunden werden, wenn z. B. die Ableistung des Abiturienten-examens für das Ausrücken in eine höhere Wählerklasse maßgebend sein sollte. Gäbe es doch ungezählte Tausende von Beispielen dafür, daß gerade Leute, die auf der Schule glänzende Leistungen aufwiesen, im späteren Leben vollständig versagten. Der Artikel schließt mit den Worten:

Wir können angesichts dieser hier nur angedeuteten außerordentlichen Schwierigkeiten für richtige Auswahl der etwa stimmrechtlich zu begünstigenden „Kulturträger“ und im Hinblick auf die höchst bedauerlichen Konsequenzen, welche sich ziehen müssen, nur wünschen, daß besonders dieser sog. „Kulturträger-Paragraf“ nochmals sehr eingehender Erwägung im Abgeordnetenhause unterworfen werden möge. Man darf nicht außer acht lassen, daß man mit der Abstempelung einzelner Gruppen von Staatsbürgern als „Kulturträger“ allen übrigen sagt: Ihr seid in unseren Augen keine solchen „Kulturträger“! Man sollte nicht vergessen, wie verbitternd dieses Urteil wirken kann und wie sehr es gegen seine Urheber von politischen Agitatoren ausgenutzt werden würde, wenn etwa nicht alle bürgerlichen Parteien diesem Urteil zustimmen sollten. Caveant consules!

Es wird gut sein, sich diese Auslassungen für später zu merken!

Die Polizeiattake vor dem Solinger Rathhause

bei der Wahlrechtsdemonstration am 6. März d. J. kommt am nächsten Dienstag, den 31. Mai, vor dem Landgericht in Elberfeld zur Verhandlung. Angeklagt sind nicht die Polizeibeamten, die auf die Demonstranten eingehauen haben, sondern die Genossen Dittmann, Schaal und Wendemuth von der „Bergischen Arbeiterstimme“ in Solingen sowie der Redakteur des „General-Anzeigers“ Herr Gehrtle; erstere drei wegen ihrer Reden in der am 3. März abgehaltenen Protestversammlung, Wendemuth außerdem wegen der Darstellung der Vorgänge in der „Arbeiterstimme“ und Gehrtle wegen des Berichtes im „General-Anzeiger“. Von der Staatsanwaltschaft sind 24 Zeugen geladen, darunter 17 Polizeizugehörige, während die Verteidigung 57 Zeugen aufmarschieren lassen wird, die Augenzeugen der Vorgänge am Rathhause waren. Der bürgerliche Redakteur hat die Vorgänge am Rathhause ähnlich dargestellt, wie die „Arbeiterstimme“. Er war dazu umso eher in der Lage, da sich die Attacke unter den Fenstern seiner Privatwohnung abspielte.

Deutsche Redefreiheit.

Gegen den Professor Ludwig Gurliitt hat die Dresdener Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Gotteslästerung eingeleitet. Gurliitt hatte im Dresdener Konfirmandenverein einen Vortrag über das Thema „Aid, Religion und Schule“ gehalten, wobei er die Juidauer Thesen der jüdischen Lehrerschaft für eine Reform des Religionsunterrichts als noch lange nicht weitgehend genug bezeichnete. Er verlangte den völligen Ausschluß des Religionsunterrichts aus der Schule. Auf Grund der in diesem Vortrage geäußerten Andeutungen ist nun Anzeige erstattet worden und die Staatsanwaltschaft hat das Verfahren eingeleitet!

Wahlrechtsprozesse.

Die Genossen Walter und Wosame in Höchst a. M. wurden zu je 30 M. Geldstrafe verurteilt, weil sie als Veranstalter und Leiter eines nicht genehmigten Demonstrationzuges betraffet wurden, der am 18. Februar in Höchst stattfand.

Wieder ein Soldatenschinder von der Garde.

Wegen Mißhandlung eines Untergebenen und Annahmung von Strafgeld hatte sich am Freitag der Unteroffizier Gordtke vom Garde-Regiment-Bataillon vor dem Oberkriegsgericht des Gardelotzys zu verantworten. An einem Märzabend betrat G. als Unteroffizier vom Dienst die Kammerkassistenstube, um abzufragen. Soldat Sauter war gerade dabei, sich auszuziehen und zu Bett zu gehen. Der Unteroffizier hatte einen Brief bei sich, der für S. bestimmt war. Er tief den Namen des Soldaten und als der Gerufene herbeikam, mißte er mehrere Male auf- und ablaufen. Der Vorgesetzte tat dann die Anweisung: „Ich soll der Teufel fraktionieren!“, und er bestellte den Untergebenen auf seine Stube. Dort setzte sich der Angeklagte auf ein Fensterbrett, nahm eine Flasche Bier und trank daraus. Währenddem mißte Sauter fortwährend Lauffahrt und Anie-beuge machen. Die Kräfte des Mannes ließen bald nach und er fing an zu stöhnen. Mit den Worten: „Wenn Du stöhnst, mach ich mir gar nichts daraus!“ befahl G. dem Mißhandelten, in den ausstehenden Ledungen fortzuführen. S. mißte auch Lauffahrt auf der Stelle machen und die Beine hochwerfen, schließlich sogar die Pantinen ausziehen und in den Strümpfen weiter rennen. Der Unteroffizier sagte dabei: „Wenn die Strümpfe durchgelaufen sind, dann melde Sie sich morgen früh, ich werde Ihnen neue kaufen!“ Als S. beteuerte, er könne in der Aniebeuge nicht tiefer gehen, erwiderte der Angeklagte: „Dass die Schnauze oder ich laßte Dir die Flasche an den Kopf, wenn Du noch ein Wort sagst!“ Sauter mißte nun die Arme seitwärts halten und in dieser Stellung in die Aniebeuge gehen und Lauffahrt auf der Stelle üben. So wurde er eine ganze Stunde hindurch gequält. Er torfelte schließlich auf seine nebenan liegende Stube, sank am Tisch nieder und begann

festig zu weilen und brach zusammen. Er war ganz keif und bewußlos. Die andauernden Mißhandlungen hatten Krämpfe zur Folge. Er wurde nach dem Garnisonlazarett gebracht, wo festgestellt wurde, daß das Hemd des Hin- und Herzogten noch durchnäht war.
Der Angeklagte hatte sich außerdem zwei anderen Untergebenden gegenüber der Annahme der Strafgewalt schuldig gemacht. Die Trainisolatoren Hahn und Papp hatten an einem Sonnabend Abend Urlaub erhalten. Der Angeklagte befiel sie jedoch zurück und ließ sie die Stubenschmelzpuken, und die fünfte Garnitur, die erst am Montag gebraucht wurde, reparieren.
In der Verhandlung bezeichnete der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Schönewerk, das Vorgehen des Unteroffiziers als einen typischen Fall von Soldatenshänderei. S. habe den Untergebenen in ganz niederträchtiger Weise gequält. Man müsse durch ein strenges Urteil der Öffentlichkeit zeigen, wie Vorgesetzte bestraft werden, die sich in solcher brutaler Weise gegen die Untergebenen benehmen; er beantrage sechs Monate Gefängnis und Degradation. Der Verteidiger Rechtsanwalt Ulrich war der Ansicht, daß der Angeklagte die Folgen nicht voraussehen konnte und daher nicht allzu drakonisch bestraft werden könne. Das Gericht erkannte auf drei Monate einen Tag Gefängnis und auf Degradation.

Ein Wegweiser für Zentrums-Journalisten.

Aus einem Buche des Jesuitenprovinzials Chiano: „Der katholische Journalismus“ gibt die „Tägliche Rundschau“ einige interessante Stellen wieder. Das Buch will die Normen der katholischen Zeitung formulieren; es wurde dem Papste im Manuskript unterbreitet und fand am 30. Dezember 1906 seine „volle Billigung“. Die „Tägliche Rundschau“ fertigt die folgenden hübschen Proben:
Gute Eigenschaften eines bösen Schriftstellers dürfe man zwar nicht ableugnen, aber man dürfe sie nicht schweigen, denn die Ungläubigen hätten kein Recht darauf, daß man ihre guten Seiten lobe. (S. 32.)

Statt einzelne Teile oder Seiten zu loben, sollte man lieber ein Gesamturteil abgeben, das bei einem bösen Schriftsteller einer Beurteilung gleichkommen müsse. (S. 33, 34.)

Oder man betone nur die schlechten Seiten, damit niemand ihn zu lesen wage. (S. 35.)

Es komme aber hauptsächlich darauf an, solchen Autoren eine Ehre und Ansehen bei den Lesern zu verschaffen. (S. 36.)

Seltener könne man immer angreifen. (S. 34.)

Man nehme keine allzu große Rücksicht auf den Gegner, heutzutage sündige man eher durch allzu große Lauheit und Kleinmütigkeit. (S. 37.)

Den Irrtenden solle man zwar vom Irrtum unterscheiden, aber man könne unmöglich den Irrtum gut bekämpfen, ohne daß dessen Bosheit, Lächerlichkeit, Diskreditierung auf den Irrtenden mitfällt. Das sei seine Schuld. (S. 39.)

Gegenüber arroganten Gegnern der Kirche geht keine Verschöpfung (vituperio) über das erlaubte Maß hinaus, wenn sie nur ihrem Zweck entspricht. (S. 32.)

Der heilige Franz von Sales sagt: Die offenen Feinde Gottes muß man beschreiben (diffamaro), so viel man kann. (S. 32.)

Für die Presse einer Partei, die angeblich für Wahrheit, Freiheit und Recht kämpft, sind diese Anleitungen zur Lüge und Verschöpfung sehr passend. Die Zentrums-Presse braucht freilich das Buch des Jesuiten und die päpstliche Sanktion solcher unehrlichen Kampfweise nicht mehr, sie hat schon immer nach diesem Rezept gearbeitet.

Polizei und Staatsanwalt für den Schnaps.

Es erregte kürzlich in ganz Deutschland schallendes Gelächter, daß die Dresdener Polizei einem Wölkchen, der ein Plakat: „Trinkt keinen Schnaps!“ herumgetragen hatte, einen Strafbefehl über 8 M. zuschickte. Das ging selbst den Dresdener Richtern über die Duschur und sie sprachen den Sünder frei. Jetzt hat aber der Staatsanwalt gegen das freisprechende Urteil Verurteilung eingeleitet, so daß man sich unwillkürlich fragt: Will die Staatsanwaltschaft partout, daß Schnaps getrunken wird? Pfändert sie arbeitslos zu werden, wenn der Schnapsverbrauch zurückgeht und damit die Zahl der Rohheitsverbrechen?

Bierkrieg in Franken.

In Nordbayern hat bisher der Kampf gegen die Bierbesteuerung fast nur die ländlichen Bezirke berührt, jetzt scheint er aber mit elementarer Wucht auch in den Industriebezirken auszubrechen zu wollen. Schon die ersten Beispiele zeigten, wie tief der Groll und die Entschlossenheit über die Steuererhöhung der schwarzblauen Reichstagskoalition ist. Jetzt sieht man in Nürnberg und Fürth nicht nur ein heftiges Bierkrieg, wie er anderwärts wohl kaum dagewesen sein wird. Die in einer Vereinigung organisierten Brauereien beider Städte haben das Publikum bis zum letzten Augenblick über die geplanten Schritte im Dunkeln gelassen, nicht einmal die Bierie erhielten irgendwelche Mitteilung; erst Anfang Mai wurde durch einen Maß bekannt gegeben, daß der Bierpreis von 24 auf 26 Pf. erhöht werde. Hiergegen liefen zuerst die Birte Sturm, weil sie von der Preissteigerung nicht den erhofften Nutzen haben sollten. Als die Vertretung der Arbeiterorganisationen mit der Brauereivereinigung Unterhandlungen aufnahm, wurde der Termin auf den 1. Juni verschoben, im übrigen aber blieben die Brauer auf ihrem Standpunkt bestehen. Nun sollten die Arbeiter selbst sprechen. Am Dienstag fanden sowohl in Nürnberg als in Fürth Versammlungen der Mitglieder der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Vereine statt. Eine vor kurzem vom Landesvorstand einberufene Konferenz hatte vorgeschlagen, bei 2 Pf. Erhöhung den Biergenieß auf das geringste Maß zu beschränken, bei 4 Pf. Erhöhung jedoch den schärfsten Boykott auszuüben. Mit Rücksicht hierauf waren wohl auch die Brauereien nicht weiter als auf 26 Pf. gegangen. Die allgemeine Stimmung der Konsumenten geht aber dahin, auch diese Maßregel mit einem strengsten Boykott zu beantworten.

Die Versammlung in Nürnberg mußte vertagt werden, weil ein solch' ungeschwehertes Judrang herrschte, daß der Saal im Ra überfüllt war und die umliegenden Straßen dicht mit Menschen gefüllt waren, die keinen Einlass finden konnten. Es werden nun demnach zu gleicher Zeit sechs Versammlungen stattfinden. Die Versammlung in Fürth wies mit teilweise sehr hitzigen Kundgebungen ganz entschieden den Vorschlag, lediglich eine Einschränkung des Konsums einzutreten zu lassen, zurück und beschloß, die Erhöhung von 24 auf 26 Pfennig abzulehnen und energisch dafür einzutreten, daß vom Zeitpunkt der Erhöhung ab kein Tropfen Bier mehr konsumiert wird. — Der gleiche Beschluß wird, nach der ganzen Stimmung zu schließen, wohl auch in Nürnberg gefaßt werden, so daß ein Bierkrieg entbrennen wird, gegen den die bisherigen Kämpfe dieser Art im Lande Kinderpiel waren.

Der „Bierkrieg“ und die Dortmunder Brauindustrie.

Der Bericht der Handelskammer Dortmund für das Jahr 1906 erklärte das verfloßene Jahr für das schlimmste, das die Brauindustrie durchgemacht hat. Das Gesetz habe „diesmal“ die erhöhte Brausteuern ausdrücklich als eine Konsumsteuer bezeichnet, trotzdem hätten staatliche Behörden der Abwälzung der Biersteuererhöhung vielfach direkt entgegengegriffen. So habe die Eisenbahndirektion erst auf vielfache Eingaben aus Brauerei- und Wirtkreisen und erst nach fünf Monaten den Bahnbesitzern die Abwälzung der Steuer auf das Publikum gestattet. Das Publikum sei fast nirgendwo gewillt gewesen, die erhöhten Bierpreise ohne weiteres auf sich zu nehmen. Die neue Steuer und der „Bierkrieg“ hätten das Dortmunder Braugewerbe

besonders hart getroffen. Viele bisherige Bezahler von Dortmunder Bier hätten vorgezogen, sich ein billigeres Bier zuzulegen. Beamten hätten besondere Vereine gegründet zur Abwehr der Bierpreis-erhöhung. In Bonn habe die Studentenchaft mit Unterstützung der Unterstaatsbeamten das Dortmunder Bier boykottiert. Der Rückgang des Bierverbrauchs sei weit erheblicher gewesen als man erwartet habe, er betrage gegen das Vorjahr etwa 20 bis 25 Prozent!

Mit der Bierpreissteigerung haben sich also Brauer und Birte ins eigene Fleisch geschnitten, da sie die Preise so unverschämt gehraubt haben, daß ein sehr erheblicher Konsumrückgang erfolgen mußte. Dabei sind Birte und Brauereien durch den Bierkrieg gezwungen worden, wenigstens etwas von der ursprünglich geplanten Schröpfung nachzulassen. Ohne Bierkrieg also wären die Preise noch mehr erhöht worden und damit der Konsum noch weiter zurückgegangen. Gibt doch der Handelskammerbericht zu, daß es „teilweise mit Erfolg“ versucht worden sei, die neue Steuer, sowie einen Teil der seit 1906 dem Braugewerbe aufgebürdeten Mehrkosten auf das Publikum abzuwälzen. Die Steuererhöhung aus dem Jahre 1906 war aber nicht als Konsumsteuer gedacht, sondern sollte von den Brauereien getragen werden.

Das Brauereikapital hat übrigens trotz des Konsumrückganges wenig Anlaß zum Jammern, wenn auch die Durchschnittsdividende von neun der elf Dortmunder Brauereien von 10,78 auf 9,11 Proz. gesunken ist. Die Rente ist sicher noch beträchtlich genug. Anders ist es ja mit den Arbeitern — auf sie entfällt der ganze Schaden des Konsumrückganges in der Form vermindelter Arbeitsgelegenheit.

Der Jahresbericht erwähnt dann noch, daß das Küfergewerbe gleichfalls schwer durch den Konsumrückgang in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Die in den Brauereien vorhandenen Fässerbestände genügen voraussichtlich auf Jahre für den zurückgegangenen Geschäftsumfang. Die regelmäßigen Aufträge der Brauereien in Versandfässern fielen für das Küfereigewerbe vollständig aus.

Das ist die Befehung der glorreichen Finanzreform.

Militärjustiz.

Eine harte Strafe erhielt der Husar Will vom Husaren-Regiment 5 vom Kriegsgericht der 85. Division in Stolpe. Er hatte sich wegen beharrlichen Ungehorsams sowie Mißhandlung vor verammelter Mannschaft zu verantworten. Mit noch 7 Kameraden war er zum Häufelschneiden kommandiert worden, und als nun ein Sergeant in der Ruhepause kontrollierte, stand er nicht auf, kam erst nach dreimaliger Aufforderung dem Befehl nach und begab sich an die Häufelmachine mit den Worten: Keine Knochen sind doch nicht von Eisen, daß man den ganzen Vormittag drehen muß. Das war sein Verderben. Er wurde vom Sergeant gemeldet und erhielt, da seine Führung auf schlecht lautete und er bereits siebenmal militärisch vorbestraft war, drei Monate Gefängnis.

Frankreich.

Die Reservistennunnen.

Rimes, 27. Mai. Infolge der Untersuchung des Generals Galleni über die Reuterei im 242. Reserve-Regiment wurde der Corporal Clainon, welcher das Sammeln der Reuterei geblafen hatte, sowie drei Soldaten, welche Haupttrüdelführer waren, verhaftet. Sie wurden sofort nach Marseille abgeführt, wo sie vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Weitere 55 Reuterei sind von ihrem Hauptmann mit 15 Tagen Haft bestraft worden. Der Oberst, dem diese Strafe zu gering erschien, wandelte diese Strafe in acht Tage Gefängnis und acht Tage Einzelhaft ab und hat außerdem den General ersucht, die Strafe noch zu erhöhen. Sie wird wahrscheinlich auf 60 Tage Gefängnis bei 30 Tage Einzelhaft erhöht werden.

Italien.

Gemeindewahlen im Zeichen der Bündnispolitik.

Rom, 24. Mai. (Eig. Ber.) In diesem Jahre findet in den meisten italienischen Kommunen die Erneuerung eines Drittels der Kommunalverwaltungen statt. In vielen Städten sehen sich daher die Sozialisten vor die Frage gestellt, ob sie bei den nächsten Kommunalwahlen allein oder im Bunde mit den Republikanern und Radikalen vorgehen wollen. Interessant ist die Entscheidung vor allem in den Städten, wo bereits ein Experiment mit einer solchen Koalition gemacht worden ist. Besonders interessant ist sie in Rom, weil hier das Experiment der Koalition nicht auf der Grundlage der Volksparteien, sondern auf der eines antikerikalen Blocks stattfand, dem auch die Liberalen angehörten. Trotzdem in den 2 1/2 Jahren, seit dieser Block am Ruder ist, die municipale Wirtschaft in Rom keine bemerkbare Verminderung erfahren hat, trotzdem die Wohnungsnot schlimmer ist als je, die Auswanderung der Stadt durch Aufkäufer einen unerhörten Grad erreicht hat und alles den Eindruck der größten Verzweiflung macht, hat die römische Parteifraktion sich noch einmal mit großer Mehrheit für die Erneuerung der Koalition ausgesprochen. — Auch in Florenz, wo eine durch die Volksparteien gewählte Koalition am Ruder ist, wurde das Bündnis für die bevorstehende Wahl erneuert. Im Zeichen der Bündnispolitik werden weiter die Wahlen in Brescia, Perugia, Ancona, Torre Annunziata und vielen kleineren Orten stehen. —

England.

Blutige Zusammenstöße zwischen Iren.

London, 27. Mai. In Newmarket in der Grafschaft Cork, kam es gestern den ganzen Tag über zu Zusammenstößen zwischen den Anhängern Redmonds und O'Briens, wobei mehrere Häuser demoliert wurden. Die Polizei war vollständig machtlos und gab schließlich Feuer, eine Person wurde getötet.

Dänemark.

Der Rücktritt des Ministeriums.

Kopenhagen, 27. Mai. Der König ist heute vormittag aus London zurückgekehrt. Er empfing bald danach den Ministerpräsidenten Jørgen in Audienz, der das Abschicksgeheiß des Ministeriums überreichte. Der König nahm die Demission an und ersuchte Jørgen, die Geschäfte vorläufig weiterzuführen.

Finnland.

Für die Grundgesetze.

Helsingfors, 27. Mai. Der Landtag hat den von der Grundgesetzkommission redigierten Text eines Vitzgesetzes um Wahrung der Grundgesetze Finnlands und Abhebung oder Abänderung der in den letzten Jahren im Widerspruch mit den Grundgesetzen getroffenen Maßnahmen angenommen. Ferner ein Vitzgesetz, das Loosentat nicht dem Marineministerium unterzuordnen.

Balkan.

Montenegro wird Königreich.

Cetinje, 27. Mai. Wie der Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ seinem Blatte mitteilt, ist nunmehr ein anlässlich der bevorstehenden Jubiläumstlichkeiten Montenegro zum Königreich erhoben worden. Die europäischen Großstaaten, denen Fürst Nikola von seiner Abkunft Kenntnis gab, haben alle zustimmend geantwortet. Warum auch nicht; seine blutige Schandwirtschaft hat Nikola längst für den Königstitel qualifiziert. Jedenfalls ist die „Kronerhöhung“ eine Sache, die die Bürger des kleinen Balkanreiches nichts kostet.

Indien.

Die englische Unterdrückungspolitik.

Mahabab, 27. Mai. Der Chefredakteur der indischen Zeitung „Sivarajna“ ist gestern wegen eines Preßvergehens zu 10 Jahren Deportation verurteilt worden.

Parlamentarisches.

Die Reichsversicherungsordnungskommission des Reichstags

begann gestern mit der Beratung des 1. Buches des Entwurfs, der die gemeinsamen Vorschriften für alle Zweige der Arbeiterversicherung enthält. Die ersten sechs Paragraphen bringen nur formelle Bestimmungen, die ohne wesentliche Debatte angenommen wurden.

§ 7 schreibt vor: Der Vorstand kann in eiligen Fällen mündlich abstimmen. Die Sozialdemokraten beantragten, diesen Paragraphen zu streichen. In dem Entwurf mühte, um ihn nicht gar zu umfangreich und unübersichtlich zu machen, alles gefascht werden, was nicht notwendig sei. Dies gelte auch für den § 7, der für die Krankenversicherung und die Invalidenversicherung noch nicht bestanden und sich auch bisher nicht als notwendig erwiesen habe. § 7 wurde aber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Nach § 8 soll der Vorsitzende des Vorstandes Beschlüsse des Vorstandes usw., die gegen Befehl oder Satzung verstoßen, durch Beschwerte an die Aufsichtsbehörde beanstanden. Die Beschwerte bewirkt Aufschub. Auch diesen Paragraphen wollen die Sozialdemokraten streichen haben, weil er unnötig sei. Er könne auch schädlich wirken, wenn ein Vorstand einer Krankenkasse aufgezwungen sei und Beschlüsse des Vorstandes, die ihm nicht passen, beanstandet. Damit könnten die Geschäfte arg verkompliziert werden. Auch § 8 wurde mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten angenommen. Jedoch erklärte Abg. Beder-Arnswalde (Z.), daß er gegen den sozialdemokratischen Antrag nur in der Annahme stimme, daß die Kommission die Halbierung der Beiträge und des Stimmrechts für die Krankenkassen streichen und damit die Möglichkeit beseitigt werde, daß ein ausgezogener Rechenwörterbuch den Vorstand auf Grund dieses Paragraphen schikanieren.

§ 11: Die Sitzungen sind nicht öffentlich, wurde wiederum gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die Sozialdemokraten hatten darauf hingewiesen, daß diese Bestimmung auch für den Ausschuß (Generalversammlungen) der Krankenkassen gelten soll. Bisher seien aber öfters diese Verhandlungen öffentlich gewesen, um den Mitgliedern genauere Kenntnis davon zu geben und das Interesse der Mitglieder an wichtigen Vorhaben in den Krankenkassen zu steigern. Bezeichnend ist es, daß keine bürgerliche Partei für dieses Recht der Öffentlichkeit eintrete.

Nach § 12 sollen nur „Deutsche“ in den Vorstand gewählt werden können. Die Sozialdemokraten verlangten, daß dieses Recht auch Ausländern eingeräumt werde. Namentlich in den Grenzbezirken gibt es Arbeiter, die schon viele Jahre in Deutschland wohnen, ja in Deutschland geboren sind, weil ihre Väter schon lange in Deutschland gewohnt haben, die aber trotzdem Ausländer sind. Weshalb soll es den Ausländern verboten sein, solche Leute zu wählen, wenn sie sonst für das Amt geeignet sind? Der Vorschlag des Entwurfs wurde jedoch gegen die Sozialdemokraten und den Polen angenommen.

In § 14 beantragt das Zentrum, daß die Wahlen der Vorstands- und Ausschußmitglieder nach dem Proportionalverfahren erfolgen soll. Der Regierungsdirektor, die Nationalliberalen und der freisinnige Dr. Wiemer sprachen sich dagegen aus, da bei den Berufsvereinigungen kein Bedürfnis dafür vorhanden sei. Dr. Wiemer erklärte dabei: Grundmäßig seien er und seine Freunde für die Verhältniswahl, die sie sogar in ihrem Parteiprogramm forderten. Aber hier sei die Verhältniswahl nicht am Platze. Nachdem aber Abg. Tri (Z.) und Pauli (Konf.) versichert hatten, daß gerade bei den Berufsvereinigungen die Kleinmeister gar nicht zur Geltung kommen können und deshalb hier die Verhältniswahl ganz besonders notwendig sei, wurde der Antrag einstimmig angenommen.

§ 18 spricht den Zwang, eine Wahl in den Vorstand oder Ausschuß anzunehmen aus, wofür nicht der Gewählte zu alt ist, oder mehr als 4 Kinder hat, oder krank ist, oder mehr als eine Vormundschaft führt. Die Sozialdemokraten wollen den Zwang ganz beseitigen, da es keinen Wert habe, einen Mann zur Annahme eines solchen Amtes zu zwingen. Die Kommission geht aber nicht so weit, sondern nimmt ein konstitutiven Antrag an, nach dem nur die Arbeitgeber, nicht aber die Arbeiter, zur Annahme der Wahl gezwungen sind.

Nach § 16 kann der Vorsitzende gegen pflichtwidrige Vorstandsmitglieder eine Geldstrafe bis zu 500 M., bei Krankenkassen bis zu 150 M. verhängen. Einem Antrage der Konservativen zufolge wird der Vorstand bestimmter gefaßt und werden die Strafen auf 50 M., im Wiederholungsfalle bis zu 300 M. und für Krankenkassen auf 100 M. herabgesetzt.

Ferner kann nach dem Entwurf der Vorsitzende die Strafe zurücknehmen oder herabsetzen, wenn nachträglich eine genügende Entschuldigung nachgewiesen wird. Auf Antrag der Sozialdemokraten beschloß die Kommission, daß in solchem Falle die Strafe erlassen werden muß.

§ 18 regelt die Entschädigung für die Gewählten. Nach dem Entwurf sind die baren Auslagen zu erstatten. Daneben kann die Zahlung eines Pauschalbetrags für Zeitverlust, den Vertretern der Versicherungen statt dessen auch Ersatz für entgangenen Arbeitsdiensteinstellen. Die Sozialdemokraten traten dafür ein, daß das bisherige Verfahren erhalten bleibt und die Arbeitgebervertreter eine angemessene Entschädigung für den Zeitverlust gewährt wird. Dies forderten sie aber auch für die Arbeitervertreter, die an dem Tage einer Sitzung arbeitslos sind, da sie ja die Zeit zum Auffuchen einer Arbeitsstelle versummen. Gegen diesen Antrag der Sozialdemokraten stimmten die Konservativen, Nationalliberalen und Liberalen, so daß er mit 10 gegen 12 Stimmen abgelehnt wurde. Hierauf wurde ein Antrag der Konservativen angenommen, der den Arbeitgebervertretern außer dem Ersatz der baren Auslagen auch den entgangenen Arbeitsdiensteinstellen sichert. Dies werden also die Arbeitlosen geschädigt. Außerdem kann die Zahlung eines Pauschalbetrags für Zeitverlust festsetzen.

Angenommen wird mit 13 Stimmen gegen 9 der Konservativen und Nationalliberalen der Antrag des Zentrums, daß das Vermögen der Arbeiterversicherung von allen Reichs-, Staats- und Gemeindesteuern frei bleibt. Die Regierungsdirektor erhoben hiergegen Einspruch, da der Antrag in die Finanzhoheit der Bundesstaaten eingreife.

Ferner hatten die Konservativen beantragt, daß der Anspruch der Leistungen der Versicherungssträger in zwei Jahren nach der Fälligkeit verjährt. Hiergegen protestierten entschieden die Sozialdemokraten, da dadurch namentlich solche Arbeiter geschädigt würden, die möglichst lange damit warten, Invalidenrente zu beanspruchen. Dann könnte ein Arzt herausfinden, daß der Mann schon seit mehr als zwei Jahren invalide sei, — und der Anspruch des Mannes sei verjährt. Die Konservativen änderten den Antrag dahin, daß die Verjährung nur für „festgestellte“ Ansprüche und erst nach 4 Jahren eintritt. Darauf wird der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Polen angenommen.

Nach § 29 kann die Aufsichtsbehörde verlangen, daß die Organe zu Sitzungen einberufen werden; wird dem nicht entsprochen, so kann sie die Sitzungen selbst anberaumen. In beiden Fällen kann sie die Verhandlung leiten. Auf Antrag der Sozialdemokraten wird das letzte nur in dem Falle zugelassen, daß die Organe der Aufforderung der Aufsichtsbehörde nicht nachgekommen sind.

Morgen Fortsetzung der Beratung.

Arbeiter! Parteigenossen! Gedenkt der kämpfenden Bauarbeiter!

Gewerkschaftliches.

Von der Bauarbeiter-Aussperrung.

Unter der Ueberschrift: „Wird die Aussperrung größer?“ berichtet der „Grundstein“:

„Nach den Bulletins des Arbeitgeberbundes erfährt die Aussperrung eine fortwährende Erweiterung. Von Erfolg zu Erfolg schreiten die Unternehmer. Von München berichten sie, daß sich die Zahl der dort ausgesperrten Arbeiter infolge der „intensiven Tätigkeit“ der Unternehmersekretäre um 1000 erhöht habe. Von anderen Orten und Gebieten behauptet man ganz allgemein ein ebenbürtiges Wachstum des Umfangs der Aussperrung. Das ist alles nur Stimmungsmache. Nach den Nachweisungen unseres Verbandes, die nachträglich noch vervollständigt worden sind, meldeten sich am 27. April 53 019 ausgesperrte Mitglieder zur Kontrolle. Diese Zahl war am 5. Mai um 164 gesunken; denn sie betrug nur noch 52 855. Die Berichte von der Kontrolle am 12. Mai ergeben eine abermalige Abnahme um 1240; denn es meldeten sich nur noch 51 615 Ausgesperrte. Insgesamt hat also die Zahl unserer ausgesperrten und zu unterstützenden Mitglieder seit dem 27. April, also in zwei Wochen, um 1404 abgenommen. Das ist der Effekt der Arbeit des Bundes und seines Terrors. Nur so weiter! In einzelnen Gebieten entbehrt die Aussperrung jeder Bedeutung. In Oberschlesien wies wir am 12. Mai noch 359 Ausgesperrte, und im Gau Bremen, also am Sitze der wütensten Deyer des Bundes, noch 748. Im Gau Dortmund (Industriegebiet) meldeten sich am 12. Mai noch 1503 ausgesperrte Mitglieder zur Kontrolle. Am schärfsten ist die Aussperrung im Königreich Sachsen durchgeführt worden; in den beiden sächsischen Gauen meldeten sich am 12. Mai noch 11 414 ausgesperrte Verbandsmitglieder. Die sächsischen Unternehmer haben also von der sprichwörtlichen „Helligkeit“ der Sachsen nicht viel merken lassen. Die vom Zentralverbande der Zimmerer festgestellten Zahlen zeigen eine geringe Steigerung. Es meldeten sich am 14. Mai 17 571, am 21. Mai 17 895 ausgesperrte Verbandsmitglieder zur Kontrolle. Zu unterstützen waren am 14. Mai 15 814, am 21. Mai 16 377.“

Wir können auch nach dem Ergebnis dieser Kontrolle wieder sagen: Der Sieg wird unser sein, wenn die in Arbeit stehenden Mitglieder ihre Schuldigkeit tun. Werden die Beschlüsse unseres Verbandstages überall durchgeführt, so wird sich der Arbeitgeberbund seinen Schädler einstopfen. Also blicken wir ruhig der Zukunft ins Auge; sie verlangt von uns große Opfer, aber sie gibt uns dafür auch den Sieg.“

Die Maurer Berlins

Hatten sich am Donnerstag sehr zahlreich in Freyers Festsälen versammelt, um wieder einmal zum Kampf im Baugewerbe Stellung zu nehmen. Als die Versammlung einberufen wurde, wählte man noch nicht, daß Verhandlungen stattfinden sollten. Daß sie nun gerade auf den Vorabend der Verhandlungen fielen, war also ganz unbedachtigt, wie der Referent Redakteur Winnig aus Hamburg zu Beginn seines Vortrages bemerkte. Es könne jedoch nichts schaden, sagte er weiter, wenn die Maurer Berlins kurz vorher noch einmal Stellung nähmen zu dem Kampf. Der Redner schilderte dann die gegenwärtige Lage und legte dar, um was es sich bei dem großen Kampf handelt, der, wie er von den Arbeitern geführt wird, nicht auf materielle Vorteile gerichtet ist, sondern auf die Sicherung der in jahrzehntelanger Organisationsfähigkeit geschaffenen sozialen und rechtlichen Verhältnisse im Arbeitsvertrag. Die Arbeiterschaft ist bei diesem Kampf, was früher noch nie der Fall war, gänzlich in die Verteidigungsstellung gedrängt. Das ist aber keineswegs ein Zeichen von Rückschritt in der Rechtsstellung der Arbeiterschaft, sondern nur die natürliche Folge der Tatsache, daß in den früheren Jahren etwas erkämpft worden ist, was verteidigt werden muß. Es ist die Demokratisierung des Arbeitsvertrages, die die Unternehmer wieder aus der Welt schaffen wollen. Sie wollen den Grundgedanken des Tarifvertrages, der eine Periode ruhiger Entwicklung des Erwerbslebens schafft, zerstören. Denn sobald man an der Gleichberechtigung der Vertragsparteien rüttelt, verliert der Tarifvertrag seinen Wert. — Der Redner zeigte, wie diese Tatsachen in den verschiedenen Forderungen des Unternehmers hervortreten, die nie und nimmer von der Arbeiterschaft anerkannt werden können. Ueber den gegenwärtigen Stand der Aussperrung führte der Redner aus, daß Ende voriger Woche die Zahl der zu unterstützenden Ausgesperrten war: im Maurerverband 52 000, im Zimmererverband 18 000, im Bauhilfsarbeiterverband 30 000. Die Zahlen sind nach oben abgerundet. Rednet man die Ausgesperrten der christlichen Organisation und die des Fabrikarbeiterverbandes hinzu, dem ja auch eine Anzahl Bauarbeiter angehören, so kommt man auf eine runde Summe von 110 000 zu unterstützenden Ausgesperrten. Die Zahl der von der Aussperrung betroffenen Arbeiter ist allerdings größer, da ein Teil das Aussperrungsgebiet verlassen und ein Teil andere Arbeit angenommen hat, aber sie wird alles in allem 150 000 nicht übersteigen. Die Aussperrung ist also weit hinter dem zurückgeblieben, was die Unternehmer sich dachten; sie ist für sie eine Enttäuschung. Gegenüber ihrer Behauptung, daß es ihnen gelungen sei, in der letzten Woche noch 19—20 000 auszusperrn, ist festzustellen, daß sich die Zahl der Ausgesperrten im Maurerverband um rund 1400 vermindert hat. Es kann natürlich wiederum eine Steigerung eintreten, wieweil es um einige Tausend. Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß die Aussperrung weit hinter den Hoffnungen der Unternehmer zurückbleibt, obwohl die Unternehmerorganisation mit einem Terror arbeitet, als ob der § 153 der Gewerbeordnung gar nicht existierte, und die Behörden ja auch alles tun, um das Unternehmertum in diesem Kampf zu stärken. Die Materialsperrung wirkt nicht, wie die Herren dachten. Sie kostet ihnen bloß Geld, und es ist keine Gegend in Deutschland, wo nicht für jeden Geldverwendungsmaterial genügend zu haben wäre. Es ist aber gleichwohl nicht angebracht zu glauben, daß die jetzt eingeleiteten Verhandlungen zu einer Einigung führen werden. Wir, sagte der Redner, hatten keinen Einspruch auf die Aufkündigung der Verhandlungen und hätten es sogar lieber gesehen, wenn sie noch etwas hinausgeschoben worden wären, um den Verletzungsprozess unter den Arbeitgebern noch erst etwas weiter forschreiten zu lassen. Die Unternehmer haben sich zu sehr auf ihre Forderungen verlassen, um jetzt schon den Rückzug anzutreten zu können. Es ist also damit zu rechnen, daß sich der Kampf noch fünf, sechs Wochen, vielleicht auch bis zum Herbst hinzieht. Auch wenn die Unternehmer ihre Aussperrung aufheben, kann der Kampf selbst damit ja noch nicht für beendet gelten. Unter diesen Umständen kann natürlich nicht von einer Aenderung der vom Verbandstag beschlossenen außerordentlichen Maßnahmen die Rede sein und ebensowenig von einer Aenderung der Taktik. Der Ruf der Berliner Maurer und das Heil der gesamten Bauarbeiter liegt darin, diese Maßnahmen auch weiterhin opferfreudig durchzuführen.

Der Vortrag fand lebhaften Beifall, und in der darauf folgenden Diskussion wurden Worte gesprochen, die dafür zeugten, daß die Berliner Maurer ihre kämpfende Kollegenchaft im Reich nicht im Stich lassen, sondern gemäß den Beschlüssen ihres Verbandstages alles aufbieten werden, um den Kampf zu einem guten Ende, zu einem Siege zu führen, der ja auch ihr Sieg sein wird.

Die Zimmerer Berlins

beschäftigten sich am Mittwoch- und Donnerstagabend ebenfalls in acht Versammlungen mit der Aussperrung im Baugewerbe. Vier Versammlungen fanden in Berlin und die vier anderen am nächsten Tage in der Umgegend statt. Der Zentralverband hatte alle im Berliner Lohngebiet wohnenden Mitglieder eingeladen, zahlreich zu erscheinen, um Referate von Delegierten aus verschiedenen Aussperrungsgebieten zu hören und sich über den Stand der Dinge zu unterrichten. Manche Versammlung hätte besser besucht sein können, wenn auch im allgemeinen der Besuch zufriedenstellend war. Die Vortragenden, Bergemann, Raddeburg, Erdmann, Schwerin, Laue, Leipzig und Kösch-Dresden, erklärten, daß der Kampf trotz der 14tägigen Karenzzeit überall mit frohem Mut aufgenommen worden sei. Nicht zuletzt werde auf die volle moralische und finanzielle Unterstützung der Berliner Kollegenchaft gerechnet, denn die Ausgesperrten führten den Kampf nicht nur für sich, sondern in vollem Umfange auch für diejenigen, die in Arbeit stehen. Mit großer Begeisterung konnte konstatiert werden, daß auch in Bezirken, wo die Arbeitslöhne sehr niedrig sind, die Extrabeiträge unweigerlich und prompt von den Arbeitenden bezahlt werden, um die Ausgesperrten nicht in Not und Elend untergehen zu lassen. Ueberall müsse man den Ernst und die Größe des aufgewungenen Kampfes zu würdigen. Der Sieg sei aber nur dann möglich, wenn unbedingte Solidarität geübt würde. Mehr als 23 000 Zimmerer seien ausgesperrt; da gelte es überall die Kräfte anzuspinnen und Hilfe zu leisten, damit der entbrannte Kampf siegreich und ehrenvoll durchgeführt werde.

Die Redner ernteten reichen Beifall, und die Diskussion, die den Vorträgen folgte, wurde in einem zustimmenden Sinne geführt. Ueber die Aussichten der Unterhandlungen äußerte sich mancher Redner sehr pessimistisch. Man hob hervor, daß man sich nicht täuschen lassen dürfe, der Kampf könne noch sehr lange dauern, und jeder müsse zur Unterstützung der Ausgesperrten beitragen, wenn es auch manchmal, besonders den Familienvätern, recht schwer fallen mag. Man müsse dem Gebaren der Unternehmer und ihrem Nachgelächle aber entschieden entgegengetreten, und die Opfer, die das kostet, dürften nicht gescheut werden. Es gelte eine große Sache zu verteidigen, und da sollte niemand zurückweichen, dem es ernst ist mit den Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Fleischergeossen! Die Firma Haase u. Dollmichel, Brunnenstraße 76, weigert sich, die Forderung der Organisation, Einführung einer 12stündigen Arbeitszeit und Benennung des unentgeltlichen Arbeitsnachweises, anzuerkennen. Dollmichel, ein früherer Führer der „Gelben“, erklärte, obgleich er wisse, wo er wohnt, erkenne er die Organisation nicht an. Da sich die Firma auf den Herrenstandpunkt stellt, ist dieselbe für unsere Mitglieder bis auf weiteres gesperrt.

Zentralverband der Fleischer, Ortsverwaltung Berlin.

Lohnbewegung auf den Friedhöfen der Berliner Kirchengemeinden.

Der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein, Ortsverwaltung Groß-Berlin, hat im Auftrage der in seiner Sektion der Friedhöfearbeiter organisierten Gärtnergehilfen und Arbeiter der Friedhöfe an sämtliche Kirchengemeinden Berlins und der Vororte eine Eingabe gerichtet, in der das Begehren einer zeitgemäßen Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse vorgetragen wird. Unter Darlegung der zurzeit bestehenden Verhältnisse in anderen Gärtnerberufen wird gefordert: 1. neunstündige tägliche Arbeitszeit, 2. ein Mindestwochenlohn von 30 M. für Gärtner und 28 M. für Arbeiter, 3. Einschränkung der Sonntagsarbeit bis auf solche, die unaufschiebbar; nach Wegfall der Sonntagsbeerdigungen (was gleichfalls angesetzt wird) nur Aufsicht- und Giehdienst, der von wenigen Personen verrichtet werden kann, 4. Verbesserungen der Unterkunftsräume für die Essenspausen mit Sitz- und Waschgelegenheit, bezüglichen zum Kleiderwechsel, verschiedene Gefäße zum Aufbewahren der Kleider und der Schwämme, 5. jedes Jahr einige Ferientage unter Fortzahlung des Lohnes. — Die Forderungen dürfen als bescheiden bezeichnet werden, zumal wenn man erwägt, daß die überwiegende Mehrzahl der auf den Friedhöfen tätigen Arbeiter während der Winterzeit einfach entlassen wird.

Erfolg eines „erfolglosen“ Streiks in der Späth'schen Baumschulgärtnerei in Baumschulenweg bei Berlin.

Seit einigen Jahren besteht unter den Arbeitern der Baumschulgärtnerei L. Späth in Baumschulenweg bei Berlin eine Bewegung, um die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit für das ganze Jahr zu erlangen. Es bestand sonst die Gewohnheit, daß wohl während der Wintermonate zehn, in der ganzen übrigen Zeit des Jahres aber elf Stunden gearbeitet wurde. Vor zwei Jahren versuchten die Arbeiter ihr Ziel mit Hilfe passiver Resistenz zu erreichen, das heißt, sie arbeiteten auch dann nur zehn Stunden, als im Frühjahr die Zeit der elfstündigen Arbeitszeit in Kraft treten sollte. Nach einer Woche fügten sie sich aber wieder. Für das diesjährige Frühjahr wurde nun durch den Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein die Bewegung planmäßig vorbereitet, obgleich erst eine nur geringe Zahl der circa 280 beschäftigten Arbeiter organisiert war. Auch diesmal wurde es zunächst, nachdem eine Eingabe an die Betriebsleitung keinen Erfolg hatte, mit der passiven Resistenz versucht. Dann aber drangen die Entschlosseneren auf eine allgemeine Arbeitseinstellung, die in einer Betriebsversammlung von 150 Mann auch beschlossen wurde, aber infolgedessen missglückte, als sich außer den Organisierten nur wenige Leute daran beteiligten. Damit war auch der diesjährige Vorstoß erfolglos verlaufen. Die „Streikheher“ wurden entlassen, während die anderen wieder in Gnaden aufgenommen wurden. Das war Mitte März dieses Jahres. Inzwischen hat die Firma sich die Sache etwas reiflicher überlegt. Sie kam gewiß zu der Erkenntnis, daß die Bewegung selbst sich nicht mehr bannen lasse, und daß demgemäß auch die Gefahr bestehe, schon bei nächster günstiger Gelegenheit, etwa in der Herbstverandlung, vor einer unliebamen Uebertragung zu stehen. So entschloß sie sich, dem sonst doch unaussprechlichen Erfolg der Gewerkschaft vorzugreifen und „freiwillig“ das zu opfern, was doch einmal kommen würde, damit auch gleichzeitig einen Beweis ihrer Arbeiterfreundlichkeit und der Ueberlässigkeit gewerkschaftlicher Organisation liefernd. Am Tage nach Pfingsten wurde ganz allgemein der zehnstündentag eingeführt! Das ist sicherlich sehr weise gehandelt. Die Organisation ist darob aber nicht neidisch, es kommt ihr in solchen Fällen ja weniger darauf an, wie sie es gesiegt; sie ist schon zufrieden, daß durch sie unmittelbar eine Verbesserung für die Gehilfen erreicht wurde. Und die Organisierten wissen die Motive auch richtig zu bewerten.

Deutsches Reich.

Streik der Bauarbeiter in Bad Salzbrunn.

Auf dem gewaltigen Kurhausneubau des Fürsten v. Pletz Hans Heinrich XV. in Bad Salzbrunn haben mehr als 400 Maurer, Fassadenbauer, Stukkateure, Parkettleger usw. die Arbeit eingestellt. Die Ursache des Streiks ist darin zu suchen, daß der Unternehmer auf seinen anderen Bauten die Arbeiter ausgesperrt hatte. Im Kurhausneubau unterließ die Aussperrung im Interesse des Fürsten Pletz, der den Bau im Juni eröffnen will, um den Geldstrom der Badefaisen voll aufzufangen zu können. Da zuletzt auf dem Bau Arbeitermangel herrschte, wurden Grubenmaurer aus dem fürstlichen Bergwerke nach dem Kurhotel ab-

kommandiert. Die bisher am Bau beschäftigten Arbeiter weigerten sich indeß, mit den unorganisierten fürstlichen Grubenmaurern zusammenzuarbeiten, und da diese von der fürstlichen Verwaltung nicht zurückgezogen wurden, traten die übrigen Arbeiter in den Streik. Es gibt ausgesperrte Bauarbeiter genug, die in Arbeit genommen werden konnten.

Die Metallgießer der Maschinenfabrik Gutzmann in Breslau haben am Donnerstag morgen die Arbeit niedergelegt. Eine Anzahl anderer Arbeiter wurde wegen Differenzen entlassen.

120 Scheibentypsetzer in Bunzlau und Tillyendorf haben Donnerstag die Arbeit niedergelegt. Die Unternehmer lehnten nach mehrfachen Verhandlungen jede Lohnserhöhung bei Erneuerung des Tarifs ab.

Ein Streikdenkmal.

Während des großen Streiks in der Nürnberger Zelluloidwarenfabrik von Gebrüder Wolff wurde am Morgen des 18. Oktober 1909 der Dreher Heinrich Wendler von Streikbrechern erschossen. 50 000 Menschen gestalteten das Begräbnis zu einer gewaltigen Kundgebung. Nun haben die organisierten Arbeiter der Firma Gebrüder Wolff dem Märtyrer ihres Kampfes ein würdiges Grabdenkmal gesetzt, das am Sonntag auf dem Westlichen Friedhof feierlich enthüllt wird.

Der Verband der reichstreuen Arbeiter

kann sich rühmen, im vierien Jahre seines Bestehens 1907 Mitglieder zu zählen. Wieviel „papierne Mitglieder“ darunter wohl noch sein mögen? Mit seinem hochgedeckten Ziel: „die deutschen Arbeiter vom Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften befreien zu wollen“, ist somit nicht viel Staat zu machen. Die armen Schächer sollten nur ihren Laden zumachen.

Husland.

Der Wiener Chauffeurstreik

Ist Dienstag mit einem schönen Erfolg beendet worden. Die von der niederösterreichischen Landesregierung eingeleiteten Verhandlungen führten zu einem Kollektivvertrag, der u. a. Entschädigung für über 12stündige Arbeitszeit festsetzt, einen Ruhetag in der Woche bestimmt, alle Betriebsmittel sind vom Unternehmer beizustellen, die Kautionen zinstragend anzulegen und zur Schadendeckung nur dann heranzuziehen, wenn bedeuende Schäden durch grobe Fahrlässigkeit des Chauffeurs festgestellt haben usw. Es wird ein fixer Wochenminimallohn von 21 Kronen für sechs Tage eingeführt, die Chauffeure bekommen 10 Pro. der Bruttoeinnahme und sie haben die Hälfte des Wagens zu bezahlen. Entlassungen wegen der Lohnbewegung dürfen erst in sechs Monaten erfolgen. Der Vertrag gilt zunächst bis 15. Mai 1912. Eine Reihe von Maßregeln sichern seine Durchführung. Einstimmig nahmen die Chauffeure den vom Verbandobmann, Geossen Forstner, befürworteten Tarif an.

Verfammlungen.

Unternehmertrutz — Angestelltenschutz!

lautete das Thema einer überaus zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung, die von den Organisationen der Handlungsgehilfen und -gehilfen, der Bureauangestellten, sowie der Lagerhalter einberufen war. Da Genosse Landtagsabgeordneter Erdbeil am Erscheinen verhindert war, behandelte Reichstagsabgeordneter Stöcklen das Thema allein. Stürmischer, sich immer wiederholender Beifall folgte dem Referate. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 26. Mai etc. in „Kellers Neue Philharmonie“ versammelten freigeberkschaftlich organisierten Privatangestellten Groß-Berlins nehmen Kenntnis von den Beschlüssen der Unternehmerorganisationen, insbesondere des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Deutschen Handelstages zur Sozialpolitik.“

Diese Beschlüsse beweisen, wie wenig Wert die Unternehmerorganisationen auf die den Privatangestellten aus politischer Berechnung abgegebenen Versprechungen legen. Sobald versucht wird, auch nur das kleinste Versprechen in die Tat umzusetzen, laufen die maßgebenden Unternehmerorganisationen dagegen ebenso heftig Sturm wie gegen jede soziale Reform für die Arbeiterklasse. Sie bringen dadurch den Privatangestellten erneut die Solidarität ihrer Interessen mit denen der gesamten Arbeiterklasse zum Bewußtsein.

Gegen das immer schärfer hervortretende Bestreben der Unternehmerorganisationen in Wahrung ihrer Masseninteressen und zu völliger Entsehung der Sozialpolitik ihre wirtschaftlichen und politischen Machtmittel immer mehr zu erweitern, können die Angestellten nur durch den Anschluß an die politische und gewerkschaftliche Organisation ankämpfen.

Die freien Gewerkschaften der Angestellten werden nach wie vor mit aller Kraft gegen die schrankenlosen Unternehmern und für soziale Reformen kämpfen. Von einer durchgreifenden Sozialpolitik verlangen die Angestellten völlige Sicherung der Koalitionsfreiheit, einheitliches Recht des Arbeitsvertrages, insbesondere einheitlich für alle Privatangestellten, wirksamen Schutz der Arbeitskraft, weitgehenden Ausbau und Vereinhaltung der sozialen Versicherung unter Einbeziehung aller Angestellten.

Diese Forderungen können nicht durch eine Politik der Versöhnung der aus der kapitalistischen Wirtschaftsreform entspringenden Klassengegnerschaft errungen werden, sondern nur durch den organisierten Kampf der Angestellten wie der gesamten arbeitenden Bevölkerung gegen den wirtschaftlich und politisch organisierten Kapitalismus.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Großfeuer in Parchim.

Schwerin, 27. Mai. (V. S.) Ein verheerendes Großfeuer ist in Parchim ausgebrochen. Bis jetzt ist ein Strahenzug völlig eingeschert. Bei dem herrschenden Sturm ist die Feuerwehr machtlos und beschränkt sich darauf, die Nachbargebäude zu schützen. Trotzdem wüdet das entfesselte Element noch sehr mit unerminderter Gewalt fort und drängt die Feuerwehr weiter und weiter zurück. Falls der Brand nicht nachläßt, ist das ganze westliche Viertel der Stadt in Gefahr.

Abgestürzt.

Kattowik, 27. Mai. (V. S.) Auf der Laurahütte stürzte ein Maurer beim Neubau eines Schornsteines von diesem herunter und blieb unten mit gebrochener Wirbelsäule tot liegen.

Berggrusich.

Luzern, 27. Mai. (V. S.) Am Nohberg beim Schwyzler Dorf Sattel ist seit gestern abend eine mehrere Tausend Quadratmeter große Erdfälle in Bewegung. Die langsam niedergehenden Massen haben bereits mehrere Häuser zerstört. Die Wohnungen werden geräumt.

Die Vericharrung des Wechselbalgs.

Abgeordnetenhaus.

72. Sitzung vom Freitag, den 27. Mai, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Bethmann Hollweg, v. Rolffe.
Das Haus ist sehr stark besetzt, die Tribünen und Logen sind überfüllt.

Die Beratung der vom Herrenhause abgeändert herübergekommenen Wahlrechtsvorlage erfolgt in der Form der dritten Lesung. Zu Beginn der Beratung liegen Anträge vor vom Zentrum, von den Konservativen und den Nationalliberalen. Das Zentrum beantragt die Wiederherstellung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses. Die Konservativen beantragen, die Drittungsbezirke nach oben auf 5000 Einwohner zu begrenzen gegen 10000 Einwohner nach den Herrenhausbeschlüssen. In Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern sollen die Drittungsbezirke von der staatlichen Verwaltungsbehörde gebildet werden; die untere Grenze sollte nach den Beschlüssen des Herrenhauses 1749 Einwohner betragen. Die Drittungsbezirke sollen räumlich zusammenhängen, möglichst abgerundet und ungefähr gleich an Einwohnerzahl sein. Sie müssen, wenn die Gemeinde in mehrere Wahlbezirke geteilt ist, innerhalb dieser Bezirke liegen. Ein zweiter Antrag beseitigt eine Lücke in den Herrenhausbeschlüssen durch die Hinzufügung folgenden Absatzes zu § 6: „Infolge der Bildung von Drittungsbezirken in einer Abteilung des Stimmbezirks kein Wähler vorhanden, so ist, wenn diese Abteilung nur einen Wahlmann zu wählen hat, die Wahl von der nächst niederen Abteilung, falls die betreffende Abteilung aber zwei Wahlmänner zu wählen hat, von den übrigen Abteilungen gleichmäßig zu bewirken.“ Ein dritter Antrag der Konservativen maximiert nicht nur wie die Herrenhausbeschlüsse die Staatssteuer, sondern auch die Gemeindesteuer-Zuschläge.

Die Nationalliberalen haben ihre Anträge aus der früheren Beratung im Abgeordnetenhaus wiederholt. Der erste Antrag fordert neben der geheimen die direkte Wahl. Ein zweiter Antrag setzt die untere Grenze der Drittungsbezirke auf 3500 Einwohner fest. Der dritte Antrag maximiert bei 5000 Mark und in Gemeinden mit mehr als 20000 Einwohnern bei 10000 Mark. Weiter wird die Erhöhung des fingierten Steuerfußes von 4 Mark auf 5 Mark beantragt. Die erste Wählerklasse soll mindestens 10, die zweite mindestens 30 Wähler enthalten. Der Kulturträgerparagraf soll ergänzt werden durch Einfügung der Mitglieder der Provinziallandtage, Kreisräte und Stadtverordnetenversammlungen, Gewerberichter, Kaufmannsrichter und Mitglieder von Arbeiterausschüssen, ferner durch diejenigen, die die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst und die, die ein Einkommen von mindestens 2700 Mark bei einer Altersgrenze von 30 Jahren haben. Der Wahlbezirk bzw. der Stadt- oder Landkreis, dem der Stimmbezirk angehört, soll als Bezirk für die Entnahme der Wahlmänner gelten. Die Wahlen sollen durchweg Fristwahlen sein. Schließlich liegt eine Resolution auf Änderung der Wahlkreiseinteilung vor.

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg:

Es mag auffallend erscheinen, daß ich zu den vorliegenden Anträgen das Wort ergreife, bevor die Redner der Fraktionen Gelegenheit gehabt haben, diese Anträge zu begründen. Nachdem indessen die Materie hier im Abgeordnetenhaus und im Herrenhause wiederholt eingehend und vielfach behandelt worden ist, möchte ich glauben, daß es einem Wunsch der Parteien entspricht, wenn ich die Stellungnahme der königlichen Staatsregierung in dieser Angelegenheit ganz kurz präzisieren. Was zunächst die Anträge v. Richtdosen anbelangt, so hat die Regierung die darin vorgeschlagene Lösung bereits in den Verhandlungen des Herrenhauses als

nicht genügend

bezeichnet. Die königliche Staatsregierung bleibt bei dieser Stellung bestehen. (Bravo! bei den Konservativen.) Dasselbe gilt auch gegenüber dem Antrag Dr. Porzsch auf Wiederherstellung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses in allen ihren Teilen. Zu dem Vorschläge, die direkte und geheime Wahl gleichzeitig einzuführen, den die Nationalliberalen machen, habe ich mich bereits am 18. März in diesem Hause ablehnend geäußert. Die Regierung kann die Stellung, die sie zu dieser Frage eingenommen und namentlich auch im Herrenhause mit Nachdruck vertreten hat, nicht verlassen. Wenn daher eine Mehrheit dieses hohen Hauses außer Stande sein sollte, die Herrenhausbeschlüsse zur Grundlage der Entscheidung zu machen, so sehe ich allerdings keine Aussicht, mit der Vorlage zu einem positiven Ergebnis zu kommen. (Bezeugung. Lachen links.)

Abg. v. Heydebrand (L. die Abgeordneten der Linken drängen sich um den Redner, der von der rechten Treppe zum Ministertisch spricht. Rufe rechts: Zu den Klagen! Laute Zurufe links: Tribüne, Tribüne!): Seien Sie nur alle recht ruhig, dann werden Sie mich schon verstehen. (Weiterkeit. Rufe links: Tribüne!) Ich wähle mir den Platz, der mir gefällt. (Bravo! rechts.) Dem Antrag des Zentrums auf Wiederherstellung der Fassung des Abgeordnetenhauses können meine politischen Freunde nicht zustimmen, weil sie gewiß sind, den im Herrenhause geäußerten Wünschen auf Entgegenkommen zu entsprechen. Wir werden auch gegen die Anträge der Nationalliberalen stimmen. Unsere Anträge sind von der Absicht geleitet, den Wünschen des Herrenhauses entgegenzukommen. (Lautes Gelächter links.) Die Anträge beziehen sich auf die Drittungen in den Wahlbezirken, ferner ist darin eine Änderung der Maximierung vorgesehen, ein Antrag, der der Beschlussfassung des Herrenhauses entgegenkommt. Die größte Bedeutung gewinnt der Antrag über die Art der Drittungen in den Gemeinden dadurch, daß der Ministerpräsident eben erklärt hat, daß, falls die Beschlussfassung des Herrenhauses eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus nicht findet, die Vorlage keine Aussicht auf Durchführung habe. Wir bedauern, den Beschlüssen des Herrenhauses, die eine vollständige Neuorganisation für die Drittungen einführen wollten, nicht zustimmen zu können und zwar deshalb nicht, weil wir Rücksicht nehmen müssen auf die ganze Entstehung und Entwicklung der Drittungsfrage. Es wäre niemals möglich gewesen, für die bedeutungsvolle Mißweilsche Steuerreform eine Mehrheit zu finden, wenn nicht ausdrücklich eine Bestimmung eingefügt worden wäre, die dahin ging, den Einfluß der ganz großen Vermögen im gewissen Grade auszugleichen. Wir glauben, daß die Beschlussfassung des Herrenhauses zu weit geht. Diese Beschlussfassung ignoriert eben den wichtigen Zweck, den diese Drittungsfrage in den Wahlbezirken seinerzeit haben sollte, den Einfluß der ganz großen Vermögen zu mindern und in gewissem Maße einzuschranken zugunsten des Mittelstandes. (Sehr richtig! rechts.) Doch unter preussisches Wahlrecht ist bis heute so erhalten und so außerordentlich bewährt hat (Lebhafte Zustimmung rechts. Lautes Lachen links), das verdienen wir zum großen Teil dem Umstande, daß es ein so ausgesprochenes Mittelstandswahlrecht ist. (Lebhafte Zustimmung rechts. Erneutes Lachen links.) Wenn nun eine Bestimmung hier vom Herrenhause eingefügt wird, die

dieses Mittelstandswahlrecht in einem ganz wesentlichen Maße beeinträchtigt, ja man kann beinahe sagen annulliert, dann kann man einer Partei wie der unsrigen, die auf dem Boden der Vertretung der Interessen des Mittelstandes steht (Stürmisches Gelächter links. Lebhaftige Zustimmung rechts) — mit den Worten vertreten Sie (nach links) ja auch die Interessen des Mittelstandes, wir aber mit der Tat (Sehr gut! rechts. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Komödie!) — da kann man es einer Partei wie der unsrigen nicht verdenken, wenn sie das nicht ohne weiteres annimmt, sondern wenn sie verlangt, daß diese Frage in einer Weise geordnet wird, die wenigstens im großen ganzen die früheren Gesichtspunkte aufrecht erhält. Das will unser Antrag. Dann ist es uns auch aus einem anderen Grunde ganz unmöglich, die Beschlussfassung des Herrenhauses anzunehmen. Die Beschlussfassung des Herrenhauses ist derartig, daß sie überhaupt nicht ohne weiteres eingeführt werden kann, weil sie ganz eklatante Lücken läßt, die nicht ausgefüllt werden können durch die Verwaltungspraxis und auch nicht ausgefüllt werden sollen. Denn ihre legen Wert darauf, daß die vom Herrenhause neu eingeführten Stimmbezirke nicht von einer Gemeindebehörde geordnet werden sollen, sondern daß es eine staatliche Behörde ist, die darüber wacht, daß diese Neuordnung in einer Weise geschieht, wie sie dem wahren staatlichen Interesse entspricht. (Zuruf links: Also der Herr Landrat!) Wenn wir aus diesen Gründen hinter den Beschlüssen des Herrenhauses zurückbleiben müssen, so tut uns das aufrichtig leid. Aber ich muß auch sagen, ich bedauere es, daß durch die Erklärung des Ministerpräsidenten und gewissermaßen in dem Punkte eine gebundene Majorität aufgestellt worden ist. Das ist eine Situation, auf die man, offen gestanden, nicht ohne weiteres gefaßt war. (Sehr richtig! rechts.) Nachdem uns damals gesagt worden ist, es sind nur Einzelheiten zu ordnen, da bindet man sich auf einmal auf solche Einzelheiten, über die man früher sich eigentlich gar nicht in dieser Schärfe ausgesprochen hat! Und ich muß doch der Staatsregierung anheimgeben, zu erpäßen, ob die Stellungnahme, wie sie sie im weiteren Verlauf der Verhandlungen eingenommen hat, die richtige war, wenn zu unserem großen Bedauern aus dieser Vorlage nichts werden sollte. (Große Heiterkeit links.) Im Herrenhause ist gesagt worden, es sei von uns das Prinzip der öffentlichen Wahl gelehrt worden. Davon kann absolut keine Rede sein. (Sehr richtig! links.) Wir haben bei verschiedenen Gelegenheiten ganz unzweifelhaft ausgesprochen den Standpunkt, daß meine politischen Freunde, abgesehen von ganz wenigen Ausnahmen, noch heute die öffentliche Wahl für das richtige halten (Sehr richtig! rechts) und zwar bei den Urwahlen wie bei den Abgeordnetenwahlen. Wir haben gar keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir nach wie vor Anhänger des öffentlichen und Gegner des direkten Wahlrechts sind. (Zurufe links: Abkommandieren!) Sie wissen ja selbst ganz gut, wie das damals bei der Abstimmung war. (Rufe links: Komödie war es!) Die Stunde ist wirklich zu ernst, um die Frage, ob öffentliche oder geheime Wahl, noch besonders aufzurollen. Wenn Sie aber glauben, durch Ihre Zwischenrufe mich aus dem Konzept bringen zu können, so müssen Sie doch etwas früher aufstehen. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit rechts.) Ich wiederhole es hier nochmals ausdrücklich, wir haben ein solches Zugeständnis nicht abgegeben und wir erachten uns durch den Gang der Verhandlungen für die Zukunft absolut nicht in unserer Stellung präjudiziert. (Lebhafte Beifall rechts.) Wenn wir aber gewissen Anträgen zugestimmt haben, so war das wesentlich dadurch bestimmt, daß wir in einem früheren Stadium der Sache hoffen durften, daß eine große Mehrheit der bürgerlichen Parteien sich finden würde, um etwas zustande zu bringen. Das ist nicht geschehen, diese Voraussetzung ist entfallen. Wir wollten auch einer Regierung, die den lokalen und ethischen Verlust machte und bis zuletzt gemacht hat, ein königliches Versprechen einzulösen, hilfreich zur Seite stehen. (Gelächter links.) Aber es gibt für eine Unterstützung der Regierung gewisse Grenzen, und wenn von der Regierung etwas als notwendig bezeichnet wird, was wir mit unserem Gewissen nicht vereinbaren können, ja, dann hilft uns das alles nichts, dann müssen wir unserer Überzeugung folgen, was daraus entsteht, was da will. Wir haben unsere Pflicht gegenüber den anderen Parteien und vor dem Lande getan. Aber wir haben auch Grenzen eingehalten, und wenn aus dieser Konsequenz ein Scheitern des Gesetzes die Folge sein sollte, dann sind wir es nicht, die die Schuld daran tragen. (Lebhafte Beifall rechts. — Bisshin links.)

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg: Der Abg. v. Heydebrand hat im Laufe seiner Ausführungen bemerkt, seine Freunde hätten nicht erwarten können, daß die Staatsregierung auf die Drittungsfrage im Herrenhause ein entscheidendes Gewicht legen würde. Er hat sich zum Beweise dessen mit auf die Erklärung berufen, die ich im Abgeordnetenhause bei der dritten Lesung abgegeben habe. Im möchte, damit kein Mißverständnis für die Zukunft entsteht, hervorheben, daß ich hier im Abgeordnetenhause bei der dritten Lesung erklärt habe, die königliche Staatsregierung sei bereit, sich mit dem Prinzip der indirekten und geheimen Wahl abzufinden, daß ich dabei aber ausdrücklich betont habe, an Einzelheiten des Gesetzes könne sie sich nicht binden. Doch unter diesen Einzelheiten neben der Frage der Kulturträger die Frage der Drittungen die erste Rolle spielte, das konnte doch wohl nicht zweifelhaft sein. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Zur Sache möchte ich noch einige Bemerkungen hinzufügen, weshalb nach Ansicht der königlichen Staatsregierung die Drittungsfrage jetzt allerdings die Bedeutung hat, die sie ihr beigemessen hat. Wir hatten in der Regierungsvorlage eine Änderung in der Drittungen nicht vorgeschlagen, weil Unstimmigkeiten und Ungleichheiten, soweit sie eine Folge der gegenwärtigen Drittungen sind, durch die von der Regierung vorgeschlagene direkte Wahl außerordentlich in ihrer Wirkung und Bedeutung abgeschwächt worden wären. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Nun ergab sich aus der Stellung dieses Hauses, daß die direkte Wahl nicht durchzuführen war. Die Regierung erklärte sich damit einverstanden, auf den Boden der indirekten Wahl zu treten. Sie hat dies nur mit großem Bedenken getan, und sie ist heute noch der Ansicht, daß die Regierungsvorlage das Bessere war. (Lachen links.) Wenn aber die geschaffene Situation die Regierung zwang, auf den Boden der indirekten Wahl zu treten, wenn überhaupt die Aussicht auf ein Zustandekommen des Gesetzes aufrechterhalten bleiben sollte, dann war es die Pflicht der Staatsregierung, der es doch vor allem darauf ankommt, etwas Stabiles zu schaffen, sie zu überzeugen, ob bei Aufrechterhaltung der indirekten Wahl das Prinzip der Abteilungsbildung unter der Beibehaltung der gegenwärtigen Drittungen noch genügend gesichert erscheint. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Und da ist die Staatsregierung der Ansicht gewesen, daß es zur Stabilisierung des ganzen Gesetzes erwünscht und notwendig sei, diejenigen Unstimmigkeiten und Angriffspunkte, denen die Abteilungsbildung bei der jetzigen Drittungen ausgeht, auszumerzen und etwas Solides zu schaffen. (Lachen links.) Das ist der Grund, der die Staatsregierung bewegen hat, im Herrenhause zur Drittungsfrage die Stellung einzunehmen, die sie eingenommen hat. Der Abgeordnete v. Heydebrand hat am Schluß seiner Rede gesagt, seine Partei könnte mit gutem Gewissen auf die Haltung zurückblicken, die sie in dieser Frage eingenommen hat. Ich erkenne es offen und dankbar an, daß die konservative Partei und zweifellos in gewissem Sinne auch das Zentrum... (Stürmisches Gelächter links) — Sie (nach links)

haben es ja im Laufe der Verhandlungen dem Zentrum selbst nachgesagt — also ich sage, daß diese Parteien in einer Reihe von Fragen auf eigene Überzeugungen verzichtet haben, um es der Regierung möglich zu machen, zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Ich erkenne das offen und rückhaltlos in jeder Beziehung an. Der Abg. v. Heydebrand hat dann hinzugefügt, daß es für eine große Partei, die etwas auf ihre Autorität und ihr Ansehen halten muß, eine Grenze gibt, über die hinaus nicht gegangen werden könne. In derselben Lage befindet sich aber auch die königliche Staatsregierung. (Lachen links.) Die königliche Staatsregierung hat auch bereits großes Entgegenkommen und weitgehende Rücksicht gezeigt. (Sehr richtig! links.) Sie hat es aber für notwendig gehalten, um das Prinzip des preussischen Wahlrechts, das wir unter allen Umständen aufrechterhalten wollen, das abgestimmte Wahlrecht zu sichern. Wenn der Erfolg kein sollte, daß wir nicht zu einem positiven Ergebnis kommen, so würde ich das aus den allgemeinen politischen Gründen, die auch Herr v. Heydebrand angeführt hat, in demselben Sinne bedauern, wie er es getan hat. Das kann aber die königliche Staatsregierung nicht davon entbinden, an einer Stellung, die sie eingenommen hat, festzuhalten und auf ihr zu bestehen, selbst auf die Gefahr hin, daß eine Majorität für ein positives Zustandekommen des Gesetzes sich in diesem Hause nicht finden sollte. (Bezeugung.)

Abg. Herold (Z.): Wir haben uns bemüht, nach besten Kräften in möglichster Anlehnung an die Regierungsvorlage zu einem positiven Ergebnis zu kommen. (Lachen.) Allerdings mit den unbedingt notwendigen Verbesserungen, und zu diesen gehört in erster Linie

die geheime Wahl.

Wir sind für die geheime Wahl eingetreten nicht aus parteipolitischen Gründen (Rufe: Ach, ach!) Doch wir bei der öffentlichen Wahl gerade so gut unsere Mandate erhalten, wie bei der geheimen, haben die Tatsachen erwiesen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Die einzigen Momente, die uns zu so entschiedenem Eintreten für die geheime Wahl veranlassen, sind eben ethische. (Lachen.) Auch heute haben wir vom Ministerpräsidenten gehört, daß die geheime Wahl in Verbindung mit der direkten für die Regierung unannehmbar ist, und darum ist die Annahme sehr nahe, daß manche von denen, die die Verbindung beantragen, damit die geheime Wahl zu Falle bringen wollen. Der Ministerpräsident hat jedoch ausgeführt, daß, nachdem die indirekte Wahl wieder eingeführt sei, eine veränderte Stellung der Staatsregierung zur Drittungsfrage hätte eintreten müssen. Demgegenüber möchte ich doch bemerken, daß wir tatsächlich seit zwanzig Jahren in Preußen die indirekte Wahl in Verbindung mit der Drittungen in den Urwahlbezirken haben, und daß die Regierung dieser Drittungen in Urwahlbezirken in Verbindung mit der indirekten Wahl ihre Zustimmung gegeben hat. (Hört! hört! im Zentr.) Diese Art der Drittungen hat seit zwanzig Jahren ganz vorzüglich funktioniert. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das eine muß man sich doch vergegenwärtigen, daß im Jahre 1891 die Steuererhöhung nur unter der Bedingung zustande gekommen ist, daß die Drittungen in Urwahlbezirken eingeführt wurde. Wenn man die damals beschlossene Erhöhung der Steuer beibehalten will, so muß man auch die Bedingungen aufrecht erhalten, die notwendig waren, um die Erhöhung der Steuern durchzuführen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Die Maximierung ist vom Herrenhause ganz wesentlich herabgesetzt worden und zwar derartig, daß tatsächlich von ihr eigentlich nichts mehr übrig geblieben ist. (Sehr wahr! im Zentrum und rechts.)

Gegenüber einer solchen Maximierung wäre es schon besser gewesen, um jeden Schein zu vermeiden, gar keine Maximierung einzuführen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die sogenannte Privilegierung der Kulturträger ist vom Herrenhause in erheblicherem Maße ausgedehnt worden, als die Abgeordnetenhausbeschlüsse festgesetzt hatten. Wir sind überhaupt gegen jede Hervorhebung bestimmter Kategorien auf der Grundlage der Eigenschaften, wie sie hier vorgeschlagen waren. (Zuruf bei den Nationalliberalen: Sie haben ja selbst Anträge gestellt!)

Genau, wir legen großes Gewicht auf die geheime Wahl, aber wir wollen sie nicht erkaufen durch eine Herabdrückung des Wahlrechts des Mittel- und Arbeiterstandes.

Nun scheint es ja, nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten zu den Anträgen der Konservativen, daß aus diesem Gesetz nichts werden wird. Wir beklagen das. Wir sind entschieden bestrebt gewesen, in das bestehende Wahlrecht eine Verbesserung hineinzubringen. Wenn aber kein Erfolg erreicht wird, dann glaube ich doch ganz sicher, daß der Gedanke der Thronrede einer Fortentwicklung unseres Wahlrechts zur Verwirklichung gelangen wird. Aber ganz gewiß nicht eine Fortentwicklung nach der plutokratischen Seite wie nach den Herrenhausbeschlüssen. Das ist heute ausgeschlossen und so vertrauen wir auf die Zukunft, die ein besseres Wahlrecht bringen wird. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Friedberg (nat.): Als ich das letzte Mal hier über die Wahlrechtsvorlage sprach, ging ich davon aus, daß wir grundsätzlich auf dem Standpunkt stehen, daß nur die direkte Wahl in Verbindung mit der geheimen Wahl eine befriedigende Lösung bringen kann; daß wir trotzdem zu einer Verständigung geneigt seien, wenn man uns in einer Reihe von Punkten entgegenkomme, die die schwersten Bedenken gegen das Kompromiß zwischen Zentrum und Konservativen beseitigen. Wir legten schon damals ganz besonderes Gewicht auf die Befreiigung oder wenigstens Abschwächung der Drittungen im Urwahlbezirk. Ich hob auch hervor, daß diese Bestimmung namentlich von der Industrie des Westens als eine Enttäuschung empfunden werde, ein Ausdruck, über den Herr Herold sich sehr aufregte, den ich aber trotzdem wiederholen muß. Wenn Herr Herold demgegenüber darauf hinwies, daß diese Bestimmung dem Mittelstand ein höheres Wahlrecht gäbe, so habe ich doch darauf hinweisen können, daß der Mittelstand nur sehr wenig Fortschritte in die höheren Klassen hinein hat machen können. Auch darin irrt sich Herr Herold, wenn er meint, daß damit 1893 ein Kompromiß geschlossen sei. Wir verhehlen uns nicht und haben uns niemals verhehrt, daß, wenn wir die Drittungen beseitigen, damit allerdings in unser Wahlrecht eine plutokratische Tendenz hineinkommt. Wir teilen in dieser Beziehung die Ansicht des Zentrums und halten uns deshalb für verpflichtet, ein gewisses Gegengewicht vorzuschlagen, was durch unsere Anträge geschehen ist. Wir haben uns darauf beschränkt, eine

Vermehrung der Mandate

für jene Bezirke zu fordern, die besonders benachteiligt sind. Wir haben durch diese maßvollen Forderungen, die uns schon ein ganzes Stück von unserer prinzipiellen Ansicht abbringen, gewiß großes Entgegenkommen gezeigt, aber wir haben auf der anderen Seite keinen Zweifel gelassen, daß das die Mindestforderungen sind, unter die wir auf keinen Fall hinuntergehen können. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Nun hat das Herrenhause die Hand geboten zu einer Abschwächung der Drittungen in den Urwahlbezirken und hat dadurch weite Kreise zu großem Dank verpflichtet. (Gelächter rechts.) Es ist dankbar anzuerkennen, daß das im großen und ganzen konservative Herrenhause sich durch die Kompromisse in diesem Hause nicht hat betreten lassen. Ich bin bei dieser Gelegenheit auch dem Herrn Ministerpräsidenten Anerkennung schuldig dafür, daß er mit seiner Person für diese Anträge eingetreten ist. Ich möchte

unseren Dank dafür auszusprechen, daß die Regierung bemüht war, etwas Brauchbares zustande zu bringen, und ich kann diesen Dank mit derselben Aufmerksamkeit ausdrücken wie der Abg. v. Heydebrand seinen Dank. (Hört links: Mit derselben Aufmerksamkeit ist gut! Weiterkeit links.) Wir sind weiter entgegengelaufen als die Konservativen, und wenn der Abg. v. Heydebrand sagt, es gibt gewisse Grenzen für die Ueberzeugung der Rechten, so muß ich sagen: Ob die Drittelung in den Urwahlbezirken oder in größeren Bezirken erfolgt, das kann doch keine Prinzipienfrage sein. (Sehr richtig! links.) Wir haben uns die Frage vorgelegt, ob die Erfüllung dieser wichtigen Forderungen und die Vorlage annehmbar machen würde. Diese Frage müssen wir verneinen. (Hört! hört! rechts.) Gewiß gibt es bei uns eine Reihe von Mitgliedern, die besonderen Wert darauf legen, daß derartige Bestimmungen in die Vorlage hineinkommen. Da sind besonders die Herren aus dem Westen und unserem Vaterlande. Aber auch diese Mitglieder unserer Fraktion verlangen, daß die bezüglichen Herrenhausbeschlüsse ergänzt werden durch weitere Bestimmungen im Sinne unserer Forderungen. Auch diese Mitglieder unserer Fraktion wollen nicht, daß das Wahlrecht plutokratisch rückwärts revidiert werde. Einen größeren Teil meiner politischen Freunde würde aber auch die Vorlage des Herrenhauses noch nicht annehmbar erscheinen. Wir müßten uns die Frage vorlegen,

ob das vom Herrenhaus Beschlossene als eine Abschlagszahlung von uns betrachtet werden kann.

Nach nochmaliger sachkundiger und gewissenhafter Prüfung müssen wir diese Frage

mit einem glatten Nein

beantworten. Deshalb haben wir in letzter, erster Stunde und noch einmal der Pflicht unterzogen, eine Reihe von Anträgen einzubringen, um damit auf neue zu dokumentieren, daß uns an positiver Arbeit bis zum letzten Moment gelegen ist. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wenn wir an die Spitze den Antrag über die

Wiedereinführung eines direkten Wahlrechts

gestellt haben, so würden wir uns ja außerordentlich freuen, wenn dieser Antrag Annahme fände. Aber wir geben uns selbstverständlich in der Beziehung keine Selbsttäuschung hin. Wir besinnen damit noch einmal, daß die direkte und geheime Wahl das Endziel ist, dem wir unter allen Umständen zustreben (Weisfall bei den Nationalliberalen), daß wir die Wahlrechtsfrage in Preußen solange nicht als gelöst ansehen können, bis dieses Ziel erreicht ist; daß alle anderen Lösungen, die eventuell möglich sein sollen, von uns nur als eine Etappe auf diesem Wege betrachtet werden. (Weisfall bei den Nationalliberalen.) Ein technisch so verwickelt und innerlich unklareres Prinzip wie die indirekte Wahl kann sich auf die Dauer nicht halten. (Sehr wahr! links.) Für den Fall der Ablehnung dieses Prinzipalankrages schlagen wir

Vergrößerung der Urwahlbezirke

in demselben Maße vor, wie es die Regierungsvorlage bereits gebracht hatte. Wir schlagen Ihnen die

Magimierung

vor, um den plutokratischen Charakter des Wahlrechts abzumildern. Aus demselben Grunde schlagen wir die Minimierung vor. Wir wünschen weiter, wenn die Bestimmungen über die Kulturträger überhaupt angenommen werden, sie dahin abzuändern, daß vor allen Dingen der gewerbliche Mittelstand und auch die städtische Selbstverwaltung besser berücksichtigt werden als nach den Beschlüssen des Herrenhauses. (Weisfall links.) Wir wollen auch die

Vorschriften über die Fristwahl

wieder hergestellt sehen. Ich muß darin dem Abg. Gerold vollkommen zustimmen, daß nach dieser Richtung hin die Beschlüsse des Herrenhauses nur Verbesserungen bringen, die unter allen Umständen aus dem Wege geräumt werden. Endlich schlagen wir Ihnen noch eine Resolution auf

Bermehrung der Abgeordneten

vor. Dadurch, daß wir diese Anträge eingebracht haben, nehmen wir konsequent denselben Standpunkt ein, den wir von Anfang an in diesen Verhandlungen eingenommen haben. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Es ist niemals unser Standpunkt gewesen, alles oder nichts zu verlangen. Diese Forderungen, die wir aufgestellt haben, sind eben Mindestforderungen, das haben wir von vornherein betont. Wir haben von jeher mit offenen Karten gespielt. Ich habe mich auch wundern müssen über das

Liedeswerben,

mit dem man versucht hat, uns nach der einen oder anderen Seite hindereuziehen. Ich muß mich wundern über die enstehenden Preßberichte, die bis zum letzten Tage, ja bis zur letzten Stunde gekommen sind, über die unrichtigen Darstellungen, über die intimsten Vorgänge selbst in unserer Fraktion. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen) als ob es nichts Interessanteres und auch nichts Mäkelhafteres gäbe, als die Haltung der Nationalliberalen. Ein hervorragendes, beinahe das hervorragendste Mitglied dieses Hauses hat einmal ausgesprochen, er würde sich in Deutschland einen Reichskanzler mit möglichst harten Nerven wünschen. „Intelligenz brauche er nicht zu besitzen.“ (Weiterkeit.) Ich meine, im Gegenteil, Intelligenz ist für einen Reichskanzler durchaus notwendig. (Weiterkeit.) Und wir haben auch heute in Deutschland einen Reichskanzler, der mit dieser Gabe in hohem Maße ausgestattet ist. Aber insofern unterschreibe ich den Ausdruck, als nicht nur für den Reichskanzler, sondern auch für jeden starken Nerven ein dringendes Erfordernis sind. Diese starken Nerven besitzen wir Gott sei Dank. Deshalb läßt es uns auch ganz kalt, wenn ein etwas temperamentsvolles Mitglied der konservativen Partei und einmal mit Waschkübeln verglichen hat. Etwas komisch berührt es uns, wenn unliberale Blätter und bei jeder Gelegenheit die Magdeburger Beschlüsse unter die Nase halten und wenig geschmackvoll von einem Umfall der Nationalliberalen gesprochen haben. Die Magdeburger Beschlüsse sind selbstverständlich Zielpunkte, es sind nicht die Mindestforderungen, und diese Auffassung haben wir auch dadurch betätigt, daß wir Vermittelungsorschläge gestellt haben, die hinter den Magdeburger Beschlüssen zurückblieben. Wenn also aus den Herrenhausbeschlüssen etwas Brauchbares, das auf unserem Wege liegt, herausgekommen wäre, so würden wir das durchaus nicht von der Hand gewiesen haben. Das würde auch der Tradition unserer Partei widersprechen, die immer Realpolitik getrieben hat. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wenn man uns etwas geboten hätte, was wir als eine Etappe zu unserem Ziel hätten annehmen können, wir hätten es angenommen, undetert durch das ganze Gesetz vom Umfall. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Aber wenn man uns etwas zumutet, das nur ein Scheitern vom Anfangspunkt, aber kein Scheitern vom Endpunkt liegt, so ist das keine Abschlagszahlung. (Sehr richtig! b. d. Natl.) Die konservativen Anträge sind kein Entgegenkommen. Ich habe das Gefühl, daß der Abg. v. Nitschhofen, unter dessen Namen die Anträge stehen, in tiefen schweren und ersten Zeiten den Humor noch nicht verloren hat. (Weiterkeit.) Ich sehe in den Anträgen ein gewisses Sichhinhinsetzen auf die Mittelparteien. (Sehr richtig! b. d. Natl. u. d. Freikons.) Der Ministerpräsident hat bereits hervorgehoben, daß die Annahme des Antrages Schorlemer im Herrenhaus mit einer überraschenden Einmütigkeit erfolgt ist. Wenn sich die konservative Partei diesem Herrenhausbeschlusse entgegen stellt, so ist das ihre Sache, aber was würde geschehen, wenn etwa die liberale Seite des Hauses es selbst machen würde. Wie würde man sich entziehen über die mangelnde Rücksichtnahme auf die anderen gleichberechtigten Faktoren der Gesetzgebung. (Sehr richtig! links.) Ich würde ja heute meinem verehrten Gönner Herrn v. Jodlitz gern sagen: Du hast's erreicht, Octavio! (Weiterkeit.) Ich kann es nicht, denn

Herr v. Heydebrand ist im Kampfe Sieger geblieben.

Es gibt aber auch Pyrrussiege. (Sehr gut! links.) Vielleicht wird die Stellungnahme der Konservativen doch etwas Gutes bewirken. Vielleicht wird die Wirkung der Stellung der Konservativen die sein, daß die Wahlrechtsfrage in einem späteren Zeit-

punkt unter besseren Auspizien an dieses Haus herantreten wird. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Inzwischen ist eine Resolution der fortschrittlichen Volkspartei eingebracht, die eine Neueinteilung der Wahlkreise auf Grund der letzten Volkszählung fordert.

Abg. Joch. v. Jodlitz (Freikons.): Der Vordränger hat die Stellungnahme der Nationalliberalen zu den Herrenhausbeschlüssen eingehend begründet. Ich glaube, man wird auch nach dieser Begründung der nationalliberalen Partei den Vorwurf nicht erheben können, daß sie sich den Bismarckischen Grundgedanken nicht vor Augen gehalten hat: das im Augenblicke Erreichbare zu erstreben. (Sehr richtig! rechts.) Sie hat vielmehr Forderungen aufgestellt, die niemals in diesem Hause, im Herrenhause und bei der Regierung Zustimmung gefunden hätten. Ich fürchte, die nationalliberale Partei hat auch jetzt wieder den richtigen Moment verpaßt (Lebhafter Widerspruch bei den Nationalliberalen), bei einer wichtigen Entscheidung für die Entwicklung unseres Vaterlandes mitzuwirken. Die Nationalliberalen werden es, wenn sie so fortfahren Politik zu machen, schwer haben, die mittelparteiliche Stellung, die ihrer Geschichte entspricht, aufrechtzuerhalten und in ihre Stellung vor 1867 zurückzufallen. (Gelächter links.) Nun zur Stellungnahme meiner Partei. Der Antrag Schorlemer, wie er im Herrenhause von allen Mitgliedern der großen konservativen Fraktion einstimmig angenommen worden ist, ist durch und durch konservativ. (Sehr richtig! bei den Freikonservativen.) Der Antrag war dazu bestimmt, auf der einen Seite das Dreiklassenwahlrecht von schweren Abständen zu befreien, auf der anderen Seite seine Grundgedanken wieder voll zur Geltung zu bringen. Wie kommt Herr v. Heydebrand zu der Behauptung, daß die Drittelung in Urwahlbezirken mittelstandsfreundlich gereicht hat? Gerade das Gegenteil ist der Fall! Die konservative Partei, die dem Mittelstande gerecht werden will, müßte gerade die Hand dazu bieten, die Drittelung in Urwahlbezirken zu beseitigen. Der konservative Antrag, der Säulen in den Herrenhausbeschlüssen beseitigen will, muß geradezu demokratisch wirken.

Er fährt auf die abschüssige Bahn zum Reichstagswahlrecht.

Nun hat Herr v. Heydebrand erklärt, die Konservativen treffe keine Schuld, wenn die Vorlage scheitert. Den Vorwurf, daß sie zu einer Verständigung nicht beigetragen haben, werden sie trotzdem nicht von sich abweisen können, soweit die Nationalliberalen sie davon nicht entlasten. (Weiterkeit.) Wer etwa glauben sollte, daß mit dem Scheitern dieses Gesetzes die Wahlrechtsfrage erledigt ist, daß nun die ganze Wahlreform ad kalendas graecas (auf unbesprechbare Zeit) verlegt ist, der wird sich sehr irren. (Lebhafte Zustimmung links.) Eine Wahlordnung bei der zwei Hauptbestandteile — die öffentliche und die direkte Wahl — so im Stich gelassen worden sind, trägt nicht mehr die Gewähr der Dauer in sich. (Weisfall links.) Im nächsten Herbst wird noch keine neue Vorlage kommen wegen der in Aussicht stehenden Reichstagswahlen. Aber es kann kein Zweifel bestehen, daß noch vor Ende dieser Legislaturperiode die Frage dieser Wahlreform noch einmal an uns herantreten wird und von uns entschieden werden wird. (Hört! hört!) Es ist nicht unmöglich, daß dann die Frage

nicht mehr so gelöst werden kann,

wie das jetzt durch Annahme der Beschlüsse des Herrenhauses geschehen könnte. Aber auch die Nationalliberalen werden dann nicht mehr diejenigen Vorteile erlangen, die sich jetzt ihnen bieten. Die Zukunft ist ungewiß für alle. Man jagt der Taube auf dem Dache nach, anstatt den Speckling in der Hand zu nehmen. Gerade im Interesse einer staatserbaltenden Politik ist es notwendig, daß wir vor rechts und links uns auf das Erreichbare verständigen. Sonst wird nur Unheil und Verwirrung kommen. (Weisfall bei den Freikonservativen.)

Abg. Jischke (Fortschr. Vp.): Es ist eine eigenartige Leidenschaft, die wir heute begehnen. (Weiterkeit.) Am offenen Grabe streiten sich die Herren darüber, wem das Kind gehört und wer das Kind umgebracht hat. Keine politischen Freunde können diesem Kind keine Träne nachweinen. Wir haben die Vorlage abgelehnt in der Hoffnung, die sie im Abgeordnetenhaus gefunden hat, wir werden sie auch heute ablehnen. Sie ist für uns unannehmbar, weil sie neben der geheimen Wahl nicht die direkte Wahl bringt. Dr. Friedberg hat uns gefragt, ob man es nicht für richtiger halten sollte, wenigstens einen Schritt vorwärts zu gehen und etwas zu nehmen, wenn man nicht alles bekommen kann. Nun die Ausführungen des Herrn v. Heydebrand hätten ihn hinreichend belehren können; der hat es klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß mit oder ohne diese Vorlage die konservative Partei auf dem Standpunkt der öffentlichen Wahl steht. Weil wir nicht wollen, daß dem Volke mit dieser Vorlage Stenwerk gemacht wird, lehnen wir eine solche Kombination zwischen indirekter und geheimer Wahl ab. Wir lehnen die Vorlage des Herrenhauses noch darüber hinaus ab, weil sie noch verschiedenen Richtungen Verbesserungen gebracht hat. Hinsichtlich der Magimierung und was die Kulturträger anlangt, so sind wir der Meinung, daß alle diese Privilegierungen nur

Spaltungen im Bürgertum

herbortufen können. Die Drittelung in den Urwahlbezirken hat gewiß vielfach die ungunstigen Zustände hervorgerufen. Aber auch noch manche anderen Bestimmungen sind ein Hindernis, und man kann die eine Frage nicht lösen, außer im Zusammenhang der ganzen prinzipiellen Frage. (Sehr richtig! links.) Wie die Dinge nun einmal liegen, hat die Drittelung in den Urwahlbezirken dem plutokratischen Charakter des Wahlrechts entgegen gewirkt. Das ist das Traurige in unseren Augen an der ganzen Geschichte des Kampfes der vergangenen Monate, daß eine so ernste und für die Entwicklung unseres Volkslebens so wichtige Angelegenheit, wie das Wahlrecht, schließlich ausgeartet ist in einen Kampf um die Frage der Drittelung, daß diese Frage schließlich den Gipfelpunkt des Kampfes gebildet hat. (Sehr richtig! links.) Im Grunde genommen ist dieser ganze Kampf nichts weiter geworden als

ein elender Streit um ein halbes Duzend oder ein Duzend Mandate.

(Sehr richtig! links.) Das ist das Traurige, daß das Herrenhaus sich schließlich dazu hergegeben hat, diese Frage in den Mittelpunkt des ganzen Kampfes zu stellen, und wir bedauern es, daß die königliche Staatsregierung nach alledem, was vorher hier in diesem Hause vorgenommen ist, zum ersten Male ein energisches Wort hat sagen können, um eine solche Frage, die ohne jede prinzipielle Bedeutung ist, die eine

Frage des politischen Geschäfts

für diese oder jene Partei ist. (Sehr richtig! links.) Hier in diesem Hause hat sich die Staatsregierung gefallen lassen, daß an die Stelle der direkten Wahl die indirekte trat, daß ihre ganze Vorlage auf den Kopf gestellt ist. Sie hat alles eingestakt, niemals ein entscheidendes Wort dazu gesagt. Aber im Herrenhause, da stellt sie sich mit einem Male hin und sagt: das Abgeordnetenhaus hat alles auf den Kopf gestellt; ich verlange, daß bu in dem Punkte, wo allein das Abgeordnetenhaus der Regierung gefolgt ist, hinsichtlich der Drittelung es auch noch auf den Kopf stellt; wenn das nicht geschieht, dann ist die Vorlage für uns unannehmbar. (Weiterkeit.)

Was die Herrenhausbehandlungen anlangt, so interessieren sie uns wegen der Ansichten, die dort in unverständlicher Weise ausgesprochen wurden. Reden, wie sie Professor Hillebrand oder Herr v. Burgsdorff gehalten haben, geben die wahre Stimmung der Konservativen wieder, wie sie entsteht, wenn die Herren etwas mehr unter sich sind. Der Grundgedanke war doch der, wir wollen dem Volke kein freieres Wahlrecht geben, das Volk hat schon schon viel zu viel Rechte, wir wollen heute lieber als morgen auch im Reich dem Volke das allgemeine Wahlrecht nehmen. Der Redner polemisiert in längeren Ausführungen gegen die Angriffe des Herrenhauses v. Burgsdorff auf die Liberalen. Gegen die Anträge des Zentrums stimmen wir selbstverständlich. Die Anträge der Nationalliberalen berühren uns durchaus sympathisch, und zwar um so sympathischer, als sie in einem wohlthuenden

Gegensatz gegenüber der Angst und Wange stehen, die man in den letzten Wochen um die Nationalliberalen hatte. (Weiterkeit.)

Herr v. Jodlitz hat gestern morgen noch im „Tag“ ein schönes Lied gesungen. Als ich diesen Artikel gelesen hatte, sagte ich mir, der ist so schön, dem können sie nicht widerstehen, jetzt ist es hin mit den Nationalliberalen. (Weiterkeit.) Erfreulicherweise ist es anders gekommen. Herr v. Jodlitz hat aber heute schon ein gewisses Strafgericht über die Nationalliberalen abgehalten. Inzwischen war er gestern nachmittags in Eibersfeld mit den Kollegen Arendt und King, und da hat er schon nicht mehr in den Sirenenklängen von gestern morgen auf die Nationalliberalen eingeredet. Da hat er schon gesagt, man müßte im Westen eine neue Partei gründen aus Freikonservativen und Rechtsnationalliberalen, und dann müßte man auf die andere Gesellschaft in Landtag und Reichstag loschlagen. Ich freue mich, daß die Nationalliberalen den Redungen nicht gefolgt sind.

Herr v. Jodlitz schrieb im Jahre 1906, wenn die Drittelung in Urwahlbezirken bestehen bleibe, dann hat es zur Folge, daß die Sozialdemokratie in den Landtag kommt. Jetzt will Herr v. Jodlitz die Sozialdemokraten wieder durch größere Drittelungsbezirke hinausdrängen. Und Herr Arendt, der mit in Eibersfeld war, hat uns früher im Reichstage erzählt, im preussischen Abgeordnetenhaus wäre es fürchterlich langweilig, da müßten einige Sozialdemokraten hinein, dann würde es wieder etwas interessanter.

Ich habe früher den Herren auseinanderzusetzen versucht, daß dies keine Methode wäre, daß auf solche Art Konzeptionssozialdemokraten hierher kämen und hätte darauf hingewiesen, was daraus kommen könnte, wenn man so ein paar

Rede in den Kurpfentisch

hineinliche. Nun sind die Herren hier, nun wollen sie mit den Herren v. Jodlitz und Arendt forwärtieren,

nun sollen sie hinausgeschmissen werden!

(Weiterkeit.) Bezüglich der Anträge der Kulturträger stehen meine politischen Freunde auf dem grundsätzlichen Standpunkt, daß wir eine solche Privilegierung überhaupt nicht haben wollen, und weil wir eine solche Privilegierung nicht haben wollen, können wir auch nicht für die Ausbehnung der Bestimmungen des Herrenhauses stimmen, obwohl wir natürlich auch anerkennen, daß der gewerbliche Mittelstand dann ebenso ein Recht hat, privilegiert zu werden, wie andere Kreise. Die Resolution auf Neueinteilung der Wahlkreise geht uns nicht weit genug. Wir haben deshalb unseren grundsätzlichen Antrag wiederholt. Sollte er abgelehnt werden, werden wir natürlich für die nationalliberale Resolution stimmen. Im übrigen haben es meine politischen Freunde abgelehnt, selbständige Anträge hier noch zu stellen. Wir haben gezeigt, was unser grundsätzlicher Standpunkt ist: die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, und wir haben des ferneren gezeigt, daß, wenn wir auch nur eine Abschlagszahlung annehmen sollen, sie mindestens das geheime Wahlrecht in Verbindung mit der direkten Wahl enthalten müsse. Das Herr Friedberg als Antwort auf seine Frage. Nun noch ein kurzes Wort über die Haltung der Regierung! Ich habe vorher schon gesagt, wie die Regierung in diesem ganzen Kampfe bei allen grundsätzlichen Fragen einmal hierhin und dahin geschwenkt hat, je nachdem, wie die Majorität war. Ich kann es den Konservativen und dem Zentrum eigentlich gar nicht verdenken, daß sie schließlich selbst vorgegangen sind, ohne nach der Regierung zu fragen. (Sehr richtig! links.) Weil sie wußten, die Regierung macht ja doch in jedem Falle, was wir wollen und fällt schließlich um. (Sehr richtig! links.) Wenn die Regierung es fertig bekommt, nachdem sie im Herrenhause auf das Bestimmteste erklärt hat, daß es das letzte in Bezug auf die Drittelung wäre, wo sie nachgäbe, und wenn dann als Antwort darauf der Antrag Reichshofen vorgelegt wird, und dann sich der Vertreter der Regierung hinsichtlich der Konservativen und der Zentrumsparthei für ihre patriotische und entgegenkommende Haltung Dank ausspricht, dann kann man nicht erwarten, daß die Regierung von den Parteien anders behandelt wird.

(Lebhafte Zustimmung links.) Wenn es der Regierung ernst ist, das wirklich zur Ausführung zu bringen, was in der Thronrede steht, nämlich entsprechend der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Volkes ein freies Wahlrecht zu geben, dann hat die Regierung die Mittel und die Möglichkeit, diesen Willen auch durchzuführen. (Lebhafte Zustimmung links.) Die direkte Wahl hat die gewaltige Mehrheit in diesem Hause und trotzdem wird sie abgelehnt, nicht zum geringsten Teil,

weil die Regierung die Zügel hat am Boden schleifen lassen.

(Lebhafte Zustimmung links.) Wenn die Regierung es ernst meint, im Sinne der Thronrede unserem Volke nach seiner kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung einen größeren Anteil an der Mitbestimmung über die Dinge des Staates zu verschaffen, braucht sie nur an das Volk zu appellieren. Das Volk wird der Regierung die nötige Mehrheit schon bringen. Aber so sehen wir, daß die Regierung zwischen zwei Stühlen sitzt und weder rechts noch links irgend eine Stütze hat. Wir glauben nicht nach alledem, was wir gesehen haben, daß die Regierung eine solche starke Hand hat — zum Schaden der Entwicklung unseres Volkslebens. Aber das Volk in sich ist kulturell und wirtschaftlich so entwickelt,

daß es sich schließlich sein Recht verschaffen wird.

Und mögen dann die Elemente des Rücktritts folgen oder nicht, mag die Regierung wollen oder nicht, es wird der Tag kommen, an welchem unser Volk dieses freie, wirkliche Wahlrecht, das ihm gebührt, auch erlangen wird. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. v. Jodlitz (Fortschr. Vp.): Wir haben keine Veranlassung, uns mit anderen Parteien heranzustreben. Unsere Stellung ist klar gegeben. Wir stimmen nur einer Wahlreform zu, die die gleiche, geheime und direkte Wahl bringt.

Abg. Strödel (Soz.):

Auch wir Sozialdemokraten sind in der Lage, dem Ministerpräsidenten aufrichtig zu gratulieren zu der festen Haltung, die er heute wunderbarerweise einmal eingenommen hat. (Sehr gut! links.) Bisher waren wir das nicht gewöhnt. Wir wissen auch nicht, ob die ganze geniale Strategie, die schließlich dazu geführt hat, daß der Wahlrechtskampf vollständig im Sumpfe seigefahren wurde, beabsichtigt war. Wahrscheinlich ist der Ministerpräsident den Redungen des Freiherrn v. Jodlitz gefolgt. Er glaubte, daß die Nationalliberalen auch diesmal vollständig nachgeben würden. Er hat aber nicht damit gerechnet, daß es auch noch so etwas wie eine öffentliche Meinung gibt und daß die Parteien nur bis zu einer gewissen Grenze Konzessionen machen können. Er hat sich dabei aber gründlich verrechnet. Ich nehme an, daß er heute sein letztes Wort in dieser Sache gesprochen hat, und ich hoffe auch, daß die von den Konservativen, dem Zentrum und den Nationalliberalen abgegebenen Erklärungen die letzten Worte dieser Parteien waren.

Hoffentlich ist es nun mit dem Rathhandel zu Ende.

Gerade bei der Beratung der Wahlrechtsvorlage haben wir auf dem Gebiete des Rathhandels Auserordentliches erlebt, und man wüßte nie, was kommen konnte. Die Ausführungen des Abg. Dr. Friedberg waren in mehrfacher Beziehung recht interessant. Zwar haben die Nationalliberalen den Antrag gestellt, daß in der Frage der Magimierung zurückgekehrt werden solle zu den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses, nach denen die Grenze der Magimierung 10 000 W. Gesamtsteuerbetrag betrug. Aber unter Umständen würde die Nationalliberalen auch für den konservativen Vermittelungsantrag zu haben sein, der etwas ganz anderes fordert. (Hört! hört! links.) Zunächst noch einige Worte über die Haltung des Ministerpräsidenten. Er hat statt der direkten Wahl die indirekte Wahl und statt der öffentlichen Abstimmung die geheime Abstimmung erhalten. Das Abgeordnetenhaus hat also die Regierungsvorlage vollständig umgetrennt. Weiter hat früher der Ministerpräsident ein Hauptgewicht darauf gelegt, daß die Drittelung in den Urwahlbezirken aufrecht erhalten werden

müsse. Die Notwendigkeit dieser Aufrechterhaltung hat uns die Regierung in ihrer Wahlstatistik und in der Denkschrift bewiesen. Auch in dieser Frage hat der Ministerpräsident seine Ansicht geäußert. Er hat sich ferner einberufen erklärt mit der fast völligen Festlegung der sogenannten Kulturträger. Mit einem Wort: in einer ganzen Reihe von Fällen hat die Regierung ihren Standpunkt vollständig preisgegeben und Herr von Bethmann Hollweg hat sein Unannehmbar ausgesprochen. Er hat im Gegenteil gesagt, er diskutiere sich nicht. (Heiterkeit links.) Da mußte es allerdings auffallen, daß Herr von Bethmann Hollweg mit einem Male erklärte, von den Beschlüssen des Herrenhauses könne nicht abgegangen werden, es müsse unbedingt bei der im Herrenhause angenommenen Dreiteilung bleiben. Wenn sich für diese Dreiteilung keine Mehrheit finde, müsse eben die Vorlage scheitern. Ein anderer Ausweg war ja eigentlich kaum zu erwarten. Wir freuen uns dieses Ausgangs. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir hätten nur gewünscht, daß das Zentrum und die Nationalliberalen dem grausamen Spiel schon früher ein Ende gemacht hätten. (Sehr richtig! links.) Sie hätten von Anfang an erklären müssen, mit einer unständigen Wahlrechtsvorlage ist doch nicht zu rechnen und die Regierungsvorlage ist vollkommen unannehmbar. Das Zentrum hat ja auch heute wieder erklärt, es habe vieles preisgegeben müssen und manches zurückgefordert. Viel besser wäre es gewesen, wenn das Zentrum sich zu solchen Konzessionen gar nicht hergelassen hätte. Würde diese Vorlage angenommen worden sein, das Zentrum würde damit die Sache des Volkes verraten haben, und es hätte sicher bei der großen Masse seiner Wähler keinen Dank verdient. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Darüber kann doch kein Zweifel bestehen, daß die Wahlrechtsvorlage in der gegenwärtigen Form keine Wahlreform ist und eine demokratische Wahlreform schon ganz und gar nicht. Das einzige, was die Vorlage bieten konnte, war das geheime Wahlrecht. Aber gerade dieses geheime Wahlrecht hat man vollständig preisgegeben und entwertet. Damit hat man das erreicht, was Freiherr von Bredow vorgeschlagen hatte, um den sozialdemokratischen Terrorismus unmöglich zu machen. Auf dem Lande draußen soll das öffentliche Wahlrecht beibehalten bleiben. Diesen Wünschen des Freiherrn von Bredow ist das Zentrum entgegengekommen. Das geheime Wahlrecht, das uns diese Vorlage bringen sollte, wäre der arbeitenden Bevölkerung keinen Pfifferling wert gewesen. Das Wahlrecht wäre auch nach dieser Vorlage lediglich zugeschnitten gewesen auf die Interessen der herrschenden Klassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten!) Den großen Massen der Wähler auf dem Lande war nach dieser Vorlage direkt die Möglichkeit genommen, das Wahlrecht auszuüben. Es ist überaus erfreulich, daß diese Wahlrechtsvorlage nun im Orkus versunken ist und daß nun

freie Bahn geschaffen ist für einen neuen Wahlrechtskampf, an dem sich diesmal hoffentlich auch das Zentrum beteiligen wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Nun zu den Anträgen und zu den wichtigsten Punkten des Wahlgesetzes, wie der schwarz-blaue Bloch sie angenommen hat. Es ist notwendig und wichtig, daß die Haltung der einzelnen Parteien zu den Hauptbestimmungen der Reform noch einmal beleuchtet wird. Da war zunächst die

Mazimierung.

Man wollte durch die Einführung der Mazimierung den über-großen Einfluß des großen Geldsads abschneiden. Man wollte den Einfluß der Millionäre auf die Gestaltung der einzelnen Klassen möglichst eindämmen. Als Mazimierungsgrenze sah die Regierung 5000 M. an. An dieser Mazimierungsgrenze hat nicht einmal die Zentrumspartei festgehalten verachtet. Es ging in seinen Konzessionen auf die Konservativen so weit, daß es der Erhöhung der Mazimierung von 5000 M. auf 10 000 M. zustimmte, so daß die Beschränkung des Einflusses des großen Geldsads äußerst beschränkt wurde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Herrenhaus hat dann beschlossen, daß nur 3000 M. bzw. 6000 M. aber lediglich von der Staatseinkommensteuer zur Anrechnung kommen sollten. Diesen Beschlüssen des Herrenhauses, die lediglich zugunsten der großen Kapitalienbesitzer gefaßt wurden, hat die Regierung zugestimmt. Sie hat also mit einem Wort geradezu in eine vollständige Beseitigung ihrer Mazimierung gewilligt. Was will nun der Antrag der Konservativen, den Herr Friedberg als einen Antrag bezeichnet hat, auf den man unter Umständen eingehen könne? Er bedeutet nicht einmal eine Rückkehr zu den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses, sondern belagt nur, daß auch die Kommunalzuschläge einschließlich der Staatseinkommensteuer über 3000 bzw. über 6000 M. hinaus nicht anrechnung werden sollen. Das ist keineswegs identisch mit der Nichtanrechnung sämtlicher Steuerzuschläge. Wenn jemand in der Großstadt 6000 M. Staatseinkommensteuer zahlt und es werden 175 Proz. Kommunalsteuerzuschlag erhoben, so sind das 10 000 M. 6000 Plus 10 000 M. machen schon 16 000 M. Wenn wir dann die übrigen Steuern noch hinzurechnen — Grundsteuer, Gewerbesteuer usw. — so ergibt sich ein Betrag von mindestens 20 000 M., der häufig in Anrechnung gebracht werden kann. Das ist also eine Verdoppelung der Summe, die dem Abgeordnetenhaus beschloffen war. Auf diesen Antrag kann das Zentrum auf keinen Fall eingehen. Er würde kaum 2—3000 Wähler betreffen.

Auch in der Frage der

Dreiteilung in den Wahlbezirken

hat die Regierung eine ganz eigenartige Rolle gespielt. Zuerst erklärte sie, es könne gar nicht daran gedacht werden, daß eine Dreiteilung über die Gemeinde vorgenommen oder daß überhaupt größere Dreiteilungsbezirke eingeführt werden könnten. Die Dreiteilung nach Wahlbezirken bedeute einen gewissen Schuß des Mittelstandes und der kleinen Leute. Das trifft auch unbedingt zu. Gerade durch die Dreiteilung in den Wahlbezirken haben ja bisher vielfach auch minderbestehende Wähler in die zweite, ja sogar in die erste Klasse aufrücken können. Wenn in Berlin eine Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter gewählt worden ist, so ist das nur durch die Dreiteilung in den Wahlbezirken möglich gewesen. Wird diese Dreiteilung aufgehoben, dann verdrängt selbstverständlich die Möglichkeit für die Arbeiterklasse, auch nur einen einzigen Abgeordneten durchzubringen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die große Masse der Wähler wäre also vollständig rechtlos. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es müßte doch auch für Sie ein geradezu unerträgliches Zustand sein, daß die Partei, die auch in Preußen die allermeisten Wähler hat — 600 000 an der Zahl — hier durch sechs Abgeordnete vertreten ist, während andere Parteien mit weniger Wählern, wie das Zentrum, mit 105 Abgeordneten vertreten sind. Die Partei des Freiherrn von Bredow mit ihren 36 000 Wählern schickt sogar jetzt 60 Abgeordnete hierher. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gerade die Regierung hatte die Dreiteilung in den Wahlbezirken als etwas bezeichnet, was der übermäßigen Plutokratie der Wahlrechts wenigstens bis zu einem gewissen Maße entgegenwirkte. Daher ist es ganz unbegreiflich, wie dieselbe Regierung im Herrenhaus für eine andere Dreiteilung eintreten konnte. Was soll man zu einer solchen Regierung sagen? Wir Sozialdemokraten wissen ja, was wir davon zu halten haben. Wir wissen, weshalb die Regierung gerade den Wünschen des großen Geldsads entgegen kommt. Ist sie doch eine Klassenregierung, ein Ausmaß der herrschenden Klassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn sie das nicht tun würde, es würden für sie daraus mancherlei Unannehmlichkeiten erwachsen. Wenn die Regierung so unbedingt den Wünschen und Forderungen des großen Geldsads entsprechen will, dann hätte sie wenigstens so vorsichtig sein sollen, in der Begründung der Vorlage auf die günstige Wirkung der Dreiteilung in den Wahlbezirken nicht hinzuweisen. Die Beseitigung der Dreiteilung in den Wahlbezirken sollte, das hat auch Freiherr v. Bredow ausgesprochen, hauptsächlich dem Mittelstande abhelfen, daß auch solche Leute unter Umständen in der dritten Klasse wählen. Daß die große Masse des Volkes, die Masse der Arbeiter, der kleinen Bauern und kleinen Beamten in der dritten Klasse wählen muß, das versteht sich ganz von selbst. Freiherr von Bredow hält es für ganz natürlich und wünschenswert, daß diese Massen vollständig entrechtet

sind. Aber das unter Umständen an Mann wie Herr Salow, bevor er seine Geschäft gemacht hatte, in der dritten Klasse wählen durfte, daß ist für ihn ungeheuerlich. Wenn die Minister mit ihren Aussehern und Schülern in der dritten Klasse wählen dürfen, so ist das das Unrechtigste, und deshalb will man die Dreiteilung in den Wahlbezirken beibehalten. Natürlich hat Herr von Bredow nebenbei noch den sehr berechtigten Wunsch, die wenigen Sozialdemokraten hier im Hause möglichst herauszuwerfen. Als ob wir Sozialdemokraten nicht gerade die Vertreter der großen Masse des Volkes wären. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unter dem Schutze des geheimen Wahlrechts bei den Reichstagswahlen sind nicht weniger als

1 800 000 Stimmen für die Sozialdemokratie in Preußen

abgegeben worden, und bei der öffentlichen Wahl haben immer noch mehr als 600 000 Wähler ihre Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben. Wenn ich etwas wie ein Empfinden für politische Gerechtigkeit und Billigkeit bei Herrn v. Bredow und seinen Freunden voraussetzen könnte, ich würde daran appellieren. Ich verzichte aber darauf, weil ich ein solches Empfinden bei den Herren überhaupt nicht voraussetzen vermag. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nun ist es sehr eigentümlich, daß die Konservativen in dieser Beziehung den Wünschen des Herrenhauses und des Herrn v. Bredow entgegenkommen und die Dreiteilungsbezirke bis auf 5000 Personen vergrößern wollen. Das bedeutet auch eine außerordentliche Schädigung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Herr v. Heydebrand hat erst heute wieder behauptet, daß die Konservativen die Interessen des kleinen Mannes und des Mittelstandes vertreten. Wie kann man dann aber einen solchen Antrag stellen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Allerdings haben ja die Konservativen vom Mittelstand eine eigentümliche Vorstellung. Die „Kreuzzeitung“ hat den Mittelstand in zwei Gruppen eingeteilt. Die erste Gruppe von 8000 bis 9500 M. Einkommen war der kleine Mittelstand. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und die zweite Gruppe des Mittelstandes waren diejenigen mit einem Einkommen von 9500 bis 30 500 M. Wenn Sie die Leute mit solchem Einkommen zum Mittelstand rechnen, dann haben Sie allerdings recht, daß dieser Mittelstand eine große Rolle auch bei dem Dreiklassenwahlrecht spielt. Fast man aber den Begriff des Mittelstandes so wie die Regierung, daß man nämlich zu ihm die Leute mit 1500 bis 8500 M. Einkommen rechnet, dann werden durch den Antrag, zu dem sich jetzt die konservative Partei hat bereit finden lassen, gerade deren Rechte und Interessen in der schlimmsten Weise geschädigt und gefährdet. Ich verstehe, daß das Zentrum das Odium eines solchen abermaligen Volksverrats nicht auf sich nehmen mag und erklärt: auf diese Dinge können wir uns nicht einlassen. Öffentlich bleibt das Zentrum fest. Die Nationalliberalen wollen, daß die Herrenhausbeschlüsse auch hier angenommen und daß so die großen Massen des Volkes vollständig entrechtet werden. Was das eine liberale Partei mit ihrem politischen Gewissen vereinbaren kann, ist mir völlig unbegreiflich. Sie kann sich auch nicht durch Unwissenheit und Rauberei schütten. In der Kommission hat der nationalliberale Abgeordnete, der die Vergrößerung der Dreiteilungsbezirke verlangt, erklärt: Wenn davon die Sozialdemokratie einen Nachteil hat, dann ziehe ich den Antrag sofort zurück. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Inzwischen ist das den Herren unzulässige Male klar gemacht worden. Da darf eine liberale Partei nun erst recht nicht ihre Hand zu einer solchen Maßnahme bieten. (Abg. Hoffmann: Sie nennt sich ja Bloß Liberal!) Die von den Nationalliberalen beantragte

Erhöhung der Mazimierung

kommt in diesem Stadium der Verhandlungen überhaupt nicht mehr in Frage. Daß diese beantragte Erhöhung nicht schon angenommen ist, ist lediglich Schuld des Zentrums. Die beantragte Minimierung wäre immerhin eine verhältnismäßig nicht unwesentliche Verbesserung des Wahlrechts zugunsten des Mittelstandes und der Arbeiterklasse gewesen. Aber das Zentrum hat diese Verbesserung niedergestimmt, ebenso einen freisinnigen Antrag, der darauf hinauslief, daß in der ersten Klasse mindestens $\frac{1}{3}$, in der zweiten Klasse mindestens $\frac{1}{2}$, und in der dritten Klasse mindestens $\frac{2}{3}$ der Wähler vorhanden sein müssen. Es war ja überhaupt eine ganz eigenartige Konstellation in der Wahlrechtskommission. Man erwartete einen Zusammenschluß aller Wahlrechtsfreunde zu einem Bloch der Linken. Das Zentrum aber hat sich sogleich zu den Konservativen geschlagen und die Anträge der Linken abgelehnt. Es hat immer die Absicht geäußert, daß sonst überhaupt nichts zustande gekommen wäre. (Sehr richtig! im Zentrum.) Nun, es wird hoffentlich auch nichts zustande kommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Zentrum hat sich unsonst blamiert bis auf die Knochen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ärm im Zentrum! Warum ist das Zentrum nicht mit den Nationalliberalen zusammengegangen, die doch wahrhaftig keine ertragreichen Demokraten sind? Wenn damals die Vorlage gescheitert wäre, dann hätte sich das Zentrum wenigstens nicht allzu sehr blamiert. So aber trägt es das

Odium des Volksverrats

mit hinaus ins Land. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ärm im Zentrum.) Es wird dafür büßen müssen bei den nächsten Reichstagswahlen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Widerspruch im Zentrum.) Unsonst schiebt das Zentrum die Kulturkampfpauke nicht in den Vordergrund des öffentlichen Lebens. Es hat auch seine guten Gründe, wenn das Zentrum offene Ausreden mit Sozialdemokraten in seinen Versammlungen schaut. Das ist die Courage, die das Zentrum hat! Nun, wir werden dafür sorgen, daß die Taktik des Zentrums überall erkannt wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auch an der Frage der

Kulturträger

ist das Zentrum nicht schuldlos. Es hat selbst einen Antrag auf Privilegierung der Akademiker eingebracht und durchgeführt. Wie kann sich da Herr Herald hierherstellen und die Herrenhausbeschlüsse beklagen. Eigentümlich ist, daß sich die Nationalliberalen auf einen ähnlichen Standpunkt gestellt haben. Sie haben einen Antrag gestellt, daß alle Leute mit einem Einkommen von 2700 Mark, die über dreißig Jahre alt sind, in die zweite Klasse aufrücken sollen. Die ganzen Kulturträgeranträge laufen letzten Endes darauf hinaus, daß die Klassenunterschiede noch viel schärfer und brutaler ausgehakt werden soll. Die sogenannte Bildung ist doch heute auch nur ein Privilegium des Besitzes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das können doch selber die Konservativen nicht bestreiten. Wegen der Kulturträger hat sich früher auch die „Königliche Volkszeitung“ ausgesprochen, die geschrieben hat, daß die Persönlichkeit Bedels oder eines Giesberts den Beweis dafür lieferten, daß man auch ohne akademisches Studium und ohne die Ablegung eines Examens sich ein sehr hohes Maß von allgemeiner Bildung aneignen könne. Und jetzt hat sich das Zentrum selbst bereit finden lassen, für solche Kulturträger zu stimmen. (Hört! hört! links.) Das ist Zentrumstheorie und Zentrumstrotz! Wer sind denn die wirklichen Träger der Kultur? Wenn heute beispielsweise ein Schiller leben würde, so würde er wahrscheinlich kein Kulturträger sein. (Heiterkeit links.) Im Herrenhause freilich hat ein Mitglied gesagt, Schiller wäre doch unter die Kulturträger aufgenommen worden, denn er habe ja sein medizinisches Examen gemacht! (Heiterkeit links.) Das stimmt nicht, denn er ist schon frühzeitig der Karlschule entlaufen. Daß Schiller auf Grund seiner dichterischen Werte, etwa der Mäurer, des Don Carlos wegen oder gar wegen Rabelais und Rabe (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wilhelm Tell!) zum Kulturträger gemacht worden wäre, glaube ich nicht. Friedrich Hebbel war gar nur ein einfacher Kirchspielschreiber und auch Peter Rosegger wäre in Preußen kein Kulturträger. Berthart Hauptmann hat nicht einmal das Einjähriges-Examen abgelegt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aber Lauff!) Lauff selbstverständlich! Sie sehen, daß die Männer, auf die Kulturträgerstellung sein kann, nicht unter den Kulturträgerparagrafen fallen würden, sondern nur die Leute mit einer adäquaten Bildung

und irgend einem Examen. Auf diese formale Bildung geben die hervorragenden Gelehrten nur sehr wenig. Auch der nationalliberale Antrag, die Privilegierung erst nach dem 30. Lebensjahre eintreten zu lassen, trifft nicht das Richtige. Prof. Ostwald hat erst kürzlich nachgewiesen, daß die großen Denker und Dichter ihre größten Leistungen vor dem 30. Lebensjahre vollbracht haben. (Hört! hört! links.) Es ist einfach empörend, daß die große Masse des Volkes, die doch eigentlich erst alle wirtschaftlichen und geistigen Werte schafft, absolut nichts zu sagen hat, wenn es ihr nicht gelingt, etwas über die Hälfte der Wahlmänner auch der zweiten Klasse auf ihre Seite zu bringen. So sorgen die Konservativen, so sorgt das Zentrum und so sorgen die Nationalliberalen für den Mittelstand.

Nun hat Freiherr von Bredow zuletzt ein Klageellied darüber angestimmt, daß die Vorlage scheitern werde. Er meinte zwar auch, daß die Wahlrechtsvorlage wiederkommen werde, aber es sei sehr fraglich, ob sie dann so ausfallen werde, wie sie diesmal ausgefallen wäre. Das ist ein wahres und ehrliches Wort des Freiherrn von Bredow. Es bezieht allerdings für die Reaktion die Gefahr, daß die neue Wahlrechtsvorlage viel radikaler und demokratischer ausfallen muß, als die jetzige. (Lebhafte Widerspruch rechts, wiederholte Zustimmung links.) Öffentlich legt sich das Zentrum da nicht auf die Lärnhaut und greift aktiv in den Wahlrechtskampf ein. Bei den Nationalliberalen werden die Jungliberalen die Abgeordneten auf ihre Pflicht aufmerksam machen. Wenn Sie (zu den Nationalliberalen) auch diesmal mit einem blauen Auge davon gekommen sind, Sie haben einen ganz unerhörten Dusek gehabt. (Heiterkeit links.) Sie haben Ihre radikal klingenden Anträge erst gestellt, als Sie die Anträge der Konservativen bereits lauten. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Nun, im Lande ist der Eindruck vorhanden. Sie wußten nicht, was Sie machen sollen, und haben erwartet, bis Sie erführen, daß die Konservativen von Ihnen nichts mehr wissen wollten. (Sehr richtig! links, Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Die Verschwerbe des Abgeordneten Friedberg, in der Presse würden so viele Unwahrheiten verbreitet über die internsten Angelegenheiten der nationalliberalen Partei, wäre am besten an die Adresse der Nationalliberalen selbst zu richten gewesen. (Sehr richtig! links.) Gerade in der nationalliberalen Presse ist der Krieg bin- und hergegangen, und es hat lange gedauert, bis die Presse einig war. Öffentlich hält die Partei jetzt an den nationalliberalen Grundfragen fest. Es wird eine neue Vorlage kommen, zu der die Nationalliberalen werden Stellung nehmen müssen. Wenn dann auch die Freisinnigen ihre Schuldigkeit tun, dann muß sich das Zentrum der Linken anschließen und nicht Herrn von Heydebrand. (Sehr wahr! links.) Dann wird die neue Wahlrechtsvorlage eine ganz andere Form annehmen, als der jetzige schandliche Verschleiß sie hatte. Dieser Verschleiß wird ja jetzt glücklicherweise scheitern und wir alle freuen uns darüber. (Bravo! links.) Auch dem Zentrum wird ein Stein vom Herzen fallen, da es jetzt nun alle Verantwortung los wird. Scheitert die Wahlrechtsvorlage auch beim zweiten Mal, so wird sie ein drittes Mal kommen, bis Regierung und Herrenhaus müde gemacht sind. Wir werden die Wahlrechtsfreunde vor dem Volke dranhaken brandmarken und entlarven. Wenn das geschieht und wenn alle wahlrechtsfreundlichen Parteien zusammengehen, dann wird etwas Besseres herkommen. Wenn das Zentrum sich abermals in einen Schacher- und in einen Kuhhandel für die Konservativen einläßt, dann wird ein von diesem schwarz-blauen Bloch beschlossenes reaktionäres Wahlgesetz nur von kurzer Dauer sein.

Es würde von einem Sturm des Unwillens hinweggefegt werden.

Man müßte ja an der Einsicht und an dem Verstande des Volkes verzweifeln, wenn es in seiner Weisheit nicht zu der Ueberzeugung gelangte, daß es allerhöchste Zeit ist, das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Preußen zu erobern. Unendlich wichtige Fragen, die Fragen der Staatsbetriebe, der Justiz, der Polizei und der Schule, alles steht auf dem Spiele. Da hat das Volk alles Interesse daran, seinen Anschauungen hier zum Siege zu verhelfen. Die arbeitende Bevölkerung und die sozialdemokratische Partei werden dafür sorgen, daß der Wahlrechtssturm immer mehr anschwillt und alle reaktionäre hinweggefegt. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Rühlmann (l.): Herr Ströbel hat uns nichts Neues gesagt. Es ist hier so viel von Mazimierung und Minimierung die Rede. In Bezug auf den Kräfteaufwand und die Länge seiner Rede gilt das Wort von der Mazimierung. Bezüglich des Inhalts kommt aber die Minimierung in Betracht. (Heiterkeit rechts.) Dr. Friedberg hat mit unfreiwilligen Humor vorgeworfen. Wenn man im Glashaufe sitzt, soll man nicht mit Steinen werfen. Ich könnte mit einer Retourkutsche auf die Nationalliberalen antworten, aber die Situation ist dazu zu ernst. Die Nationalliberalen wollen die Kulturträgerereignisse auch denjenigen geben, die 2700 M. Einkommen haben und 30 Jahre alt sind. Warum wählt man nicht 40 Jahre? Mit 40 Jahren darf man einem nationalliberalen Jugendverein nicht mehr angehören. Wir sind mit dem Ministerpräsidenten ganz einverstanden, daß er eine bessere Ansicht entschieden vertreten will.

Wir wünschen ein starke, energische Regierung.

(Lachen links.) Am 16. März erklärte der Ministerpräsident, daß sich die Regierung mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses abfinde, bis auf Einzelheiten. Wir hielten darum alle anderen Fragen, auch die der Dreiteilung, für eine Nebenfrage. Etwas anderes wäre es gewesen, wenn der Ministerpräsident erklärt hätte, daß die Dreiteilung eine Hauptfrage sei. Wir haben uns dann natürlich gewundert, daß diese Nebenfrage auf einmal im Herrenhause zum Kernpunkt der ganzen weiteren Gestaltung des Gesetzes gemacht wurde. (Sehr richtig! rechts.) Die indirekte Wahl ist auch nach Ansicht großer Nationalliberaler früherer Zeit ein wesentlicher Faktor für eine ruhige Politik. Die Regierung hätte von ihr nie abgehen, hätte an den Grundlagen unseres Wahlsystems nicht rütteln sollen. (Sehr richtig! rechts.) Nun hat Herr von Bredow behauptet, wir kämen von der Schuld nicht los, die öffentliche Wahl beseitigt zu haben. Wir befinden uns da in guter Gesellschaft, denn Herr von Bredow hat mit seinen Freunden auch für die geheime Wahl gestimmt und sich noch vor Einbringung der Wahlvorlage in einem Berliner Blatte ebenfalls dafür erklärt. (Große Heiterkeit.) Er hat am wichtigsten Veranlassung, und gewissermaßen den Vorwurf zu machen, daß wir leichtsinnig Prinzipien preisgegeben hätten.

Auch in der Dreiteilungsfrage war es Freiherr v. Bredow, der seinerzeit zu allererst den Antrag, betreffend die Dreiteilung in Wahlbezirken eingebracht hat. (Hört! hört!) Freiherr v. Bredow hat zwar das bei der dritten Lesung damit zu rechtfertigen gesucht, daß er sagte, das sei damals notwendig gewesen, um die Zustimmung des Zentrums zur Miquel'schen Steuerreform zu erlangen, er habe aber getruht, daß er damals eine Dummheit begangen habe. Gerade die Mittelstandsleute in meiner Fraktion betonen mit aller Entschiedenheit, wir sollen in den Konzessionen gegenüber dem Herrenhause nicht zu weit gehen. Unser Antrag bezüglich der Dreiteilung entspricht wörtlich der Forderung, wie sie die Kommission des Herrenhauses in der zweiten Lesung beschlossen hatte. Das bedeutet doch gewiß ein Entgegenkommen gegenüber dem Herrenhause. Ebenso haben wir bezüglich der Mazimierung einen vermittelnden Antrag gestellt. Wir sind hier nicht so plutokratisch wie das Herrenhaus. Die Freundschaft für den Kulturträgerparagrafen ist in meiner Partei immer geringer geworden. Bei aller ersterer Wichtigkeit hat sich die Sache nahezu als Unmöglichkeit herausgestellt. (Sehr richtig! rechts.) Wenn man gewissen Leuten, die sich in der Selbstverwaltung verdient gemacht haben, ein erhöhtes Wahlrecht zuspricht, könnte man es auch denen, die sich in ehrlicher Arbeit, in Landwirtschaft und Industrie bewährt haben, nicht vorenthalten. Keine politischen Freunde sind zwar bereit, diesen Gedanken irgend wie näher zu treten, aber die Mehrheit meiner Partei ist für Streichung des ganzen Kulturträgerparagrafen. (Beifall.) Wenn jetzt aus diesen Verhandlungen kein greifbares Resultat zustande kommt, so wird die Regierung mit uns der Ansicht sein, daß es sehr gefährlich und sehr

bedenklich ist, an den Grundlagen des bewährten preussischen Wahlrechts zu rütteln. (Beifall rechts, lautes Gelächter links.) Die äußerste Linke will nicht nur ein Wahlrecht für 20jährige Männer und Mädchen, sondern ein Wahlrecht, das dazu beitragen würde, nicht bloß über die Rechte dieses Hauses zur Tagesordnung überzugehen, sondern auch über die Rechte der Regierung und der Krone und damit über das Fundament unseres Staatslebens. (Lebhafte Beifall rechts; Unruhe und großes Gelächter links.)

Abg. Dr. Schiffer (natl.): Die Ausführungen des Vorredners geben mir keinen Anlaß zu längeren Ausführungen. Ich will nur feststellen, daß er von allen den Anträgen nur einen einzelnen herausgegriffen hat und nicht, um ihn ernsthaft zu besprechen, sondern nur, um an ihm seine Wege zu üben. (Sehr gut! links.) Und dieser Antrag war der, der im Interesse des Mittelstandes liegt, der einzige, der beim Kulturträgerparagrafen zugunsten des Mittelstandes gestellt worden ist. (Hört! hört! links.) Statt diesem Antrag zugunsten des Mittelstandes Beachtung zu schenken, macht Herr v. Richthofen seine Wege darüber. (Sehr gut! links.) Herr v. Richthofen hat nun der Staatsregierung den Vorwurf gemacht, daß sie bei einer verhältnismäßig nebensächlichen Sache die Schicksalsfrage stellt. Derselbe Vorwurf trifft auch die Konservativen. Warum sind sie gerade bei diesem Punkte zu keiner Verständigung bereit? Es handelt sich dabei doch um keine Überzeugungsfrage. Für die Konservativen sind ganz andere taktische Gründe maßgebend. (Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Ist denn die Drittelungsbestimmung sakrosankt? Wir haben Ihnen doch den richtigen Weg gewiesen. (Nachen rechts.) Unsere Anträge haben den Vorzug, daß sie vernünftig sind und daß sie das Zentrum nicht privilegieren. Wir wollen eine gerechte Ausgleichung aller Interessen im Lande. (Zuruf v. d. Soz.: Wir aber sollen heraus aus dem Parlament.) Herr Ströbel hat sich zum Träger und Wiedergeber von Zeitungsklatsch gemacht. Die törichte Legende, daß wir erst die Anträge anderer Parteien abgewartet haben, ehe wir den ablehnenden Präzisionsbeschluss faßten, ist unwahr. Wir vertragen recht gut Rede und Gegentede in unserer Partei, weil wir uns eine freie Überzeugung bilden wollen. Nun hat der bedeutungsvolle Herr v. Jedlitz hier Zeugnisse dargebracht, die zeigen, daß ihm diesmal nicht gelungen ist. (Weiterleit.) Er hat beinahe blutige Tränen über unser Schicksal geweint. (Weiterleit.) Dafür sind wir ihm herzlich und aufrichtig dankbar. Wir wissen ja, daß sein Schmerz unheimlich ist, daß er nur aus Nächstenliebe und besonderer Reizung zu uns so handelt. (Weiterleit.) Von Zeit zu Zeit höre ich Herrn v. Jedlitz gern. (Weiterleit.) Zuruf im Zentrum: Und hüte dich, mit ihm zu drehen! Erneute Weiterleit.) Aber wir machen unsere Politik schon so, wie wir es für richtig halten. Daß wir in der Finanzreform auch das Nützliche getan haben, wird eine erfolgreiche Zukunft lehren! Herr v. Jedlitz hat als Genoss uns eine recht schlechte Zensur erteilt. Er hat uns geraten, den Sperling in der Hand zu nehmen. Dieses Federvieh ist aber bereits so gerupft, daß es eine kulinarische Schmeichelei ist, ihn als Sperling zu bezeichnen. (Weiterleit.) Nicht wir sind am Scheitern der Vorlage schuld, sondern die Konservativen. Dr. Friedberg hat ein etwas schwanzendes Bild der Persönlichkeit des Herrn v. Jedlitz gegeben. Wir fragen und, wie kommt der kluge Herr v. Jedlitz gerade dazu, uns solche Vorwürfe zu machen, wie sie auch im „Berliner Tageblatt“ erhoben wurden? Wir sind in letzter Zeit der Mittelpunkt verschiedener zärtlicher Aufmerksamkeit in der Presse gewesen. Lob und Tadel lassen uns aber völlig kalt. Man versteht aber den Eifer des Herrn v. Jedlitz, wenn man im „Tageblatt“ liest, daß er sich in Eiferfeld für ein Zusammengehen der rechten Elemente der National Liberalen mit den Konservativen ausgesprochen hat. Hino illas lacrymas (Daher diese Tränen). Das Ergebnis der Beratung ist, daß das öffentliche Wahlrecht tot ist und nicht mehr auferstehen wird. (Beifall links; Widerspruch rechts.) Die Konservativen haben ihm den Todesschlag gegeben. (Widerspruch rechts.) Das können Sie nicht verkraften, das ist in der Geschichte eingegraben. Die indirekte Wahl ist tot, die öffentliche Wahl ist tot, die Drittelung im Wahlbezirk ist tot. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Auch der Herr v. Jedlitz ist tot! Große Weiterleit.) Präsident von Krüger: Kommen wir endlich wieder zum Leben zurück. (Erneute Weiterleit.)

Abg. Schiffer: Ihr Lachen beweist, daß Sie dem Ernst der Situation nicht gewachsen sind. Wir haben einen moralischen Sieg für unser Volk errufen. Praktische Siege werden folgen. (Stärklicher Beifall links, heftiger Widerspruch rechts und im Zentrum, lebhaft andauernde Unruhe, Hoffmann (Soz.) ruft: Ruhig, der Leutnant kommt! — Weiterleit.)

Damit schließt die Generaldebatte. Es folgt die Einzelberichterstattung. Die §§ 1 bis 5 werden unter Ablehnung der national liberalen Anträge angenommen. Abg. Leinert (Soz.), der auf die Rednertribüne steigen will, verzichtet, als ihm von allen Seiten heftiger Widerspruch entgegentritt.

Zum § 6, der die Drittelung behandelt, erhält Abg. Freiherr v. Jedlitz das Wort. (Leinert (Soz.) ruft: Sei leinet noch! — Große Weiterleit.) Der Redner bedauert nochmals, daß eine Verständigung ausgeschlossen erscheint.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Sehr geschickt hat Herr v. Jedlitz seine vermittelnde Tätigkeit nicht ausgedeutet. Er hat an allen Ecken und Enden angestochen. Man sollte hieraus die Lehre ziehen, bei späteren Gelegenheiten Herrn v. Jedlitz nicht mehr zum Vermittler zu wählen.

Abg. Borgmann (Soz.):

Herr v. Jedlitz hat einmal vor zwei Jahren erklärt, er würde vom politischen Leben zurücktreten, wenn man von ihm sagen könne, daß es mit seiner politischen Bildungsfähigkeit aus sei. Dieser Zeitpunkt scheint mir jetzt gekommen zu sein. Er kann sich höchstens rückwärts entwickeln wie ein Krebs. (Weiterleit.) Ich kann nach all den Vorgängen der letzten Wochen Herrn v. Jedlitz nur den dringenden Rat geben: Geh' in ein Kloster, Octavio, verlasse die sündige Welt. (Allgemeine Weiterleit.)

In der nun folgenden Abstimmung werden sämtliche Anträge der Konservativen gegen die Stimmen der Konservativen und, soweit sie die Regierung für unannehmbar erklärt hat, auch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Für den § 6 selbst stimmen nur die Freikonservativen und ein Teil der National liberalen. Der § 8 ist demnach abgelehnt.

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg:

Durch diese Beschlußfassung ist eine Lücke im Gesetz entstanden. Es gibt nach Ihren Beschläüssen keine Bestimmungen darüber, in welcher Weise die Abteilungsmitglieder erfolgen soll. Nach der Stellung, die die verschiedenen Parteien dieses Hauses zu der Frage eingenommen und in diesen Beschläüssen bekundet haben, ist nach Auffassung der Staatsregierung die Aussicht auf eine Verständigung über diesen Bestandteil der Vorlage ausgeschlossen. Ich erkläre insoweit im Namen der königlichen Staatsregierung, daß sie auf die Weiterberatung des Gesetzes keinen Wert mehr legt. (Allseitiger lebhafter Beifall.)

Vizepräsident Dr. Vorß: Die weitere Beratung der Wahlrechtsvorlage ist damit gegenstandslos geworden. (Weiterleit und Bewegung.)

Hierauf verläßt sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr. Kleinere Vorlagen. Schluß 4 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Recht geht vor Recht.

Vor dem Schöffengericht Rixdorf, Abteilung Jugendgericht, spielte sich unter Vorsitz des Amtsrichters Souermann am Mittwoch eine Verhandlung ab, die außerordentlich scharf illustriert, wie

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den

stark der im Irrtum ist, der da glaubt, vor Gericht Recht erhalten zu müssen.

Angeklagt war der 17jährige Hausdiener Lorenz. Er soll am 13. Februar gegen 2 Uhr nachmittags an der Ecke der Anzengruber- und Kaiser-Friedrichstraße bei einem Zuge von etwa 1500 Personen der zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit und Ruhe auf der öffentlichen Straße ergangenen Anordnung des Polizeileutnants Schäfer, weiterzugehen, nicht unbedingt Folge geleistet haben. Der Angeklagte bestritt entschieden, irgendeine strafbare Handlung begangen zu haben und stellte den Hergang folgendermaßen dar. Er sei mit mehreren Bekannten durch die Kaiser-Friedrichstraße nach der Berliner Straße gegangen, keinerlei Aufforderung sei an ihn ergangen. Plötzlich sei er von dem Polizeileutnant festgenommen und dem Vizewachtmeister Moldenhauer übergeben worden. Das würden seine von seinem Vater, der als Weistand erschienen war, geladenen neun Zeugen bekunden. Sie würden weiter bekunden, daß der Polizeileutnant eine andere Person verhaftet gehabt hätte, diese habe sich losgerissen, und an dessen Stelle sei er nun gepakt.

In der Beweisaufnahme bekundete der Wachtmeister Moldenhauer nur, daß er den Angeklagten dem Polizeileutnant in Empfang genommen habe. Die Aussage des Polizeileutnants selbst stand diametral der der übrigen sieben vernommenen Zeugen entgegen. Er behauptete, es sei aus der Menge heraus mit Steinen geworfen worden; der Angeklagte sei verhaftet, weil er nicht weitergehen wollte. Er habe niemand vorher verhaftet, der ihm ausgegriffen wäre. Sieben Zivilzeugen bekundeten hingegen, der Fall sei in der Tat so gewesen, daß der Leutnant eine Person festhalte habe, diese habe sich losgerissen und an ihrer Statt sei der Angeklagte gepakt worden, an den eine Aufforderung, weiter zu gehen, nicht gerichtet wurde. Das Gericht beschloß, von der Vernehmung der weiteren Zeugen Abstand zu nehmen, wiewohl der Vater des Angeklagten dringend bat, diese doch zu vernehmen, weil sie bekunden würden, daß der Polizeileutnant so aufgeregt gewesen sei, daß ihm der Schaum vor dem Munde gestanden habe. Vergeblich hatte der Vater wiederholt gebeten, einige Fragen an den Polizeileutnant richten zu dürfen. Der Vorsitzende meinte kurzweg: Fragen dürfen Sie nicht, das tue ich! Der Polizeileutnant wurde nach der Vernehmung eines jeden Zeugen vom Vorsitzenden befragt, blieb aber bei seiner Bekundung. Die Redungen der Zivilzeugen, daß auch sie noch etwas zu sagen hätten, ließ der Vorsitzende unbeachtet. Nachdem sich das Gericht zunächst zurückgezogen hatte, richtete der Vorsitzende wieder einige Fragen an den Polizeileutnant. Nach deren Beantwortung hat abermals der Vater, ihm Fragen zu gestatten. Das wurde abermals abgelehnt. Als das Gericht sich zurückzog, bemerkte der Vater: Macht geht eben vor Recht. Da sprang der Amtsanwalt auf und beantragte gegen den Vater drei Tage Haft wegen Ungebühr! Das Gericht zog sich zurück und verurteilte dann zunächst das Urteil, daß der Angeklagte zu sechs Mark verurteilt sei, weil die glaubhafte Aussage des Polizeileutnants die Anklage beweise. Ferner wurden dem Vater wegen Ungebühr 50 M. Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle fünf Tage Haft, auferlegt.

Gegen das Urteil sowohl wie gegen den Beschluss sind natürlich die notwendigen Rechtsmittel eingelegt. Die Verhandlung zeigt, wie eine Verhandlung nicht stattfinden soll. Der Richter hatte die Zeugen, die sich meldeten, um noch etwas zu bekunden, zu vernehmen. Es lag auch fernher nicht der geringste Grund vor, die beiden noch geladenen und erschienenen Zeugen, die über den so wichtigen Punkt, ob der Polizeileutnant aufgeregt war, eine Bekundung machen sollten, nicht zu vernehmen. Das Fragerecht stand dem Weistand zu. Freilich hatte er nicht direkt den Zeugen zu befragen, sondern die Fragen durch den Vorsitzenden vorlegen zu lassen. Das kann ein Nichtrechtskundiger nicht wissen. Der Vorsitzende hat schon von Amtswegen alles zu tun, um einen Sachverhalt aufzuklären, um wieviel mehr der Vorsitzende eines Jugendgerichtshofs, den der Vater um Vorlegung einiger Fragen ersucht. Ueberdies war er verpflichtet, nach jeder Zeuenausgabe den Angeklagten zu befragen, ob er etwas zu erklären habe, und ihm wie seinem Vater nach der letzten Zeuenausgabe nochmals das Wort zu geben. Das hat er nicht getan. Sieben Zivilzeugen, durchaus unbefohlene Leute, sollten endlich doch mindestens so viel Glaubwürdigkeit besitzen, wie ein Polizeileutnant, dessen Wahrnehmung begehrlicherweise durch die Aufregung, in der er sich befunden haben mag, getrübt war. Die tiefe Kluft zwischen gesundem Rechtsgefühl und Richterspruch zeigte aber das Gericht, als es gar eine Ordnungsstrafe — und gar von so außerordentlicher Höhe — gegen den Vater deshalb verhängte, weil dieser, dem und dessen Söhne entgegen dem Gesetz das Wort verfahrensrechtlich war, den wahren Ausspruch: „Macht geht vor Recht!“ schon vor Fällung des Urteils tat. Auch wenn, wie wir annehmen, das Kammergericht diesen ungeheuerlichen Beschluss aufheben sollte, verliert der mitgeteilte Vorfall nichts an seinem Wert zur Illustrierung, weshalb ein so tiefes Nichttrauen gesund fühlender Staatsbürger gegen die Rechtspflege in Preußen herrscht und herrschen muß.

Der Zeuge ohne Stehfragen.

Kürzlich wurde unter dem Vorsitz des Herrn Amtsgerichtsrats Grünher beim Chemnitzer Schöffengericht in einer Beleidigungssache verhandelt. Unter anderem marschiert auch ein fauler gekleideter Zeuge auf, dessen Hals — psui! — kein steifgestärkter Leinentragen, sondern der simple Kragen eines Sporthemdes zieret. Die Züge des Herrn Amtsgerichtsrates wurden düster. „Warum haben Sie keinen Kragen an?“ wandte er sich an den Zeugen. „Sie werden dafür bluten müssen, wenn Sie sich nicht ordnungsmäßig kleiden können.“ — Das war am Anfang der Verhandlung. Bei der Zeugenvernehmung gestattete er sich die Frage noch einmal. Der Zeuge, ein Arbeiter, versicherte, daß er schwere Arbeit zu verrichten habe, aus diesem Grunde könne er die gewünschten Kragen nicht gebrauchen. Darauf der Herr Vorsitzende: „Ich glaub' Ihnen zwar nicht! Aber weil Sie eine so schöne Rede haben, will ich Sie gelten lassen.“ —

Der Herr Amtsgerichtsrat hatte also in einem Anfall von richterlicher Milde seine Drohung von dem Blutenlassen nicht wahr gemacht. Das ist edel gehandelt und verdient registriert zu werden. Es ist aber ein bedauerlicher Mangel, daß für unsere Gerichte noch keine Kleiderordnung existiert, die Stiefelgröße, Hosenweite, Kragenhöhe, -leiste und -farbe und eventuell noch Schmuckfortschritt genau bestimmt. Es könnte dann gleich bei der Zeugenladung die Garbortzusammenstellung vermerkt werden, und alle für Richter, wie Herrn Grünher, so betrüblichen Zwischenfälle wären vermieden. Gegen solche Kleiderordnung hätten wir nichts einzuwenden. Freilich müßten die Kosten für die Beschaffung der „Gerichtskosten“ vom Staat getragen werden. Dann läme so mancher endlich zu Kleiderstudien, die er sich oft schon gewünscht, deren Beschaffung aber der schwarzblaue Steuerdruck verhindert hatte.

Verleitung zum Meineid?

Unter der schweren Anklage der versuchten Verleitung zum Meineid stand gestern die geschiedene Frau Hedwig Ray geb. Gruniger von der 4. Strafkammer des Landgerichts II. Die Angeklagte war seinerzeit an dem bekannten Damenklub-Prozess be-

teiligt, der gegen die „Große Glode“ angehängt war und so wenig erbauende Dinge zutage förderte. Auf Grund einer Annonce der Angeklagten, die zur Beteiligung an einem von ihr zu begründenden Damenklub aufforderte, war eine Schauspielerin Fel. D. mit ihr in Verbindung getreten und es hatte sich zwischen beiden bald ein homosexueller Verkehr herausgebildet, der etwa 3 Monate dauerte. Nach Abbruch des Verkehrs ist Fel. D. von der Angeklagten dauernd verfolgt und belästigt worden. In den Jahren 1906 bis 1908 führte die Angeklagte gegen ihren Ehemann den Ehescheidungsprozess. Der Ehemann erhob die Wiberklage und benannte die D. als Zeugin dafür, daß seine Frau mit dieser während des Bestehens der Ehe ein unzüchtiges Freundschaftsverhältnis unterhalten habe. Im Verlaufe dieses Rechtsstreites hat die Angeklagte an die Zeugin mehrere Briefe geschrieben, in denen der Versuch der Verleitung zum Meineid erblickt wird. In einem an den Bruder der Zeugin gerichteten Brief ersuchte sie diesen, er solle seine Schwester veranlassen, auszusagen, daß sie ihr nur Rollen überhört habe. In einem anderen Briefe teilte sie der Zeugin mit, daß eine in Hamburg vernommene Zeugin bereits ausgesagt habe, daß diese mit ihr (der Angeklagten) keinen unzüchtigen Verkehr gehabt habe. In einem weiteren Briefe teilte sie dem Fel. D. den Inhalt des Beweisbeschlusses mit und schrieb ihr: sie selbst habe angegeben, daß sie mit ihr nur künstlerische Interessen gehabt und ihr die Rollen überhört habe. Als dann Fel. D. in einem Termin wahrheitsgemäß bekundet hatte, wie ihr Freundschaftsverhältnis zur Angeklagten tatsächlich gewesen sei, drückte ihr die Letztere in einem Briefe ihr höchstes Erschaunen aus und ersuchte sie, sich noch einmal zu überlegen, ob sie die Aussage beschwören könne. — Die Angeklagte bestritt, durch diese Briefe versucht zu haben, die Zeugin zu einer falschen Aussage zu bestimmen und machte über Zweck und Ziel dieser Briefe ziemlich verworrene Aussagen. Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Hoffmann, der die Angeklagte auf ihren Geisteszustand untersucht hatte, bekundete, daß sie eine sehr hysterische und neurotische Frau sei, die seinerzeit viel in Spiritismuskreisen verkehrt habe und sehr leicht suggestiblen Einflüssen zugänglich sei, daß aber § 51 auf sie keine Anwendung finde. — Rechtsanwalt Dr. Cohnmann suchte darzulegen, daß diese so anormal veranlagte Frau, die man nur bemitleiden könne, sicherlich keine Vorstellung von der Tragweite ihrer Briefe im strafrechtlichen Sinne gehabt habe. — Das Gericht sprach auf Grund des Inhalts der Briefe ein Schuldbil über die Angeklagte aus. Der Vorsitzende hob aber bei der Verkündung des auf 1 Jahr Zuchthaus lautenden Urteils hervor, daß der Gerichtshof bedauere, mit Rücksicht auf die ganze Persönlichkeit der Angeklagten und die ganze Sachlage unter dieses vom Gesetz angedrohte Strafmaß in diesem Falle nicht heruntergehen zu können. Der Verteidiger wird nunmehr ein Gnabengesuch für die Verurteilte einreichen.

Wie muß eine Verichtigung aussehen?

Wegen Nachbruchs und Nichtaufnahme einer Verichtigung ist am 14. Februar vom Landgerichte Rostock der Redakteur des „Schwarzwälder Boten“, Dr. Reus, zu 10 und 3 M. Geldstrafe verurteilt worden. Ein von dem Schriftsteller R. im „Schwabischen Merkur“ veröffentlichter Feuilletonartikel ist vom Angeklagten aus der „Kölnischen Volkszeitung“ nachgedruckt worden. Der Angeklagte will ihn für einen sogenannten Korrespondenzartikel gehalten haben, den jeder nachdrucken dürfe. Das Gericht hat aber widerrechtlich Nachdruck festgestellt. Ferner hat er beim Abdruck einer Originalarbeit historischer Art einen Satz eingeschoben, der in einem gewissen Widerspruch zur Tendenz des Artikels lam. Der Verfasser verlangte darauf eine Verichtigung, daß die eingeschobenen Worte nicht vom Verfasser, sondern von der Redaktion herrühren. Eine solche Verichtigung hat der Angeklagte nicht ausgenommen. — Auf seine Revision sprach ihn am Donnerstag das Reichsgericht frei, soweit er wegen Nichtaufnahme der Verichtigung zu 3 M. verurteilt worden ist. Die Gründe hierfür sind von allgemeinem Interesse. Der Verfasser des betreffenden Artikels hatte nämlich keine fertige stilisierte Verichtigung an den Angeklagten gefandt, sondern in einem Briefe nur die Verichtigung der betreffenden Personlichkeit verlangt. Das Reichsgericht sprach sich nun dahin aus, daß der Redakteur nicht verpflichtet ist, die Verichtigung selbst aufzusehen, daß dies vielmehr die Pflicht desjenigen ist, der die Verichtigung verlangt. Da die Voraussetzungen einer Verichtigung im Sinne des Preßgesetzes nicht vorlagen, so mußte auf Freisprechung erkannt werden. — Soweit der Angeklagte wegen Nachdrucks verurteilt worden ist, wurde seine Revision als unbegründet verworfen.

Gotteck-Buch.

Wegen angeblich umfangreichen Pferdewurstschwindels war der Agent Wilhelm Jacob seinerzeit vom Schöffengericht Berlin-Mitte auf Grund des Nachdruckmittelschusses zu 6 Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Das Schöffengericht nahm als erwiesen an, daß Jacob in den Jahren 1905 und 1906 in Tausenden von Fällen Wurst verkauft habe unter Veräußerung des Umfandes, daß diese Wurst nicht aus Hind- und Schweinefleisch, sondern aus Pferdewurst hergestellt war. Als der Polizeierzt Bachmann in einigen Fällen feststellte, daß es sich tatsächlich um Pferdewurst handelte, wurden bei Jacob zahlreiche Frankbriefe und Rechnungen polizeilich beschlagnahmt und daraus der Beweis geliefert, daß Jacob's Umsatz ein sehr großer war und sich über ganz Deutschland erstreckte. Das Schöffengericht hatte auf die höchste zulässige Strafe erkannt, in der Erwägung, daß der Angeklagte den reellen Wursthandel in der schwersten Weise geschädigt habe und unter Veräußerung der Tatsache, daß der Angeklagte auch noch nach Einleitung des Strafverfahrens sich nicht dazu bequem habe, von seiner unredlichen Wurstfabrikation abzulassen. — Gegen das schöffengerichtliche Urteil hatte Jacob Berufung eingelegt, die gestern vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Die umfangreiche Beweisaufnahme der zweiten Instanz fiel für den Angeklagten wesentlich günstiger aus. Der Angeklagte führte den Beweis, daß er vielfach in der Zentralhalle reelle Wurst auf Funktionen ausgelauft und verkauft habe. Er behauptete außerdem, daß die Kunden, die von ihm Pferdewurst bezogen haben, diese Eigenschaft der Wurst auch gekannt haben. Das Gericht hielt nur die Fälle, über welche sich der Polizeierzt Bachmann gutachtlich geäußert hatte, für bewiesen und ermäßigte die Strafe auf 1 Monat Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe.

Ein schwerer Eisenbahnfall.

Bei welchem eine Person getötet worden war, hatte gestern ein Nachspiel vor der 8. Strafkammer des Landgerichts III. Wegen schuldlicher Tötung vor der Rangiermeister Rudolf Hinte aus Bernau angeklagt. Am Nachmittag des 18. Februar d. J. waren auf dem Güterbahnhof Bernau mehrere Arbeiter der Firma Berger in Bromberg damit beschäftigt, von der sogenannten Viehrampe aus 20 Kippwagens in einen Güterzug zu verladen. Zu derselben Zeit hatte der jetzige Angeklagte den Rangierdienst zu leiten. Wie ihm die Anklage vorwirft, soll er nun mehrere Eisenbahnwagen auf das schon von den Güterwagen besetzte Gleis haben zurückdrücken lassen, anstatt Anweisung zu geben, daß die einzurangierenden Wagen schon vorher hielten. Diese Unterlassung soll zur Folge gehabt haben, daß ein in der Fahrt befindlicher Eisenbahnwagen auf die Güterwagen auffuhr. Durch den heftigen Zusammenstoß wurde ein Arbeiter Hermann Schwand von einem herunterfallenden Pörry getötet. — In der gestrigen Verhandlung bekundete der von Rechtsanwält Dr. Herbert Kränkel geladene Geh. Regierungsrat Courtis, daß der Angeklagte bei den bestehenden örtlichen Verhältnissen nicht mit der Möglichkeit eines Zusammenstoßes rechnen konnte, zumal der auffahrende Wagen außerdem noch mit einem Bremser besetzt gewesen war. Staatsanwalt Laube beantragte deshalb selbst die Freisprechung, auf welche das Gericht auch erkannte. Die Strafkammer beschloß ferner auf Antrag des Verteidigers auch die dem Angeklagten erwachsenen notwendigen Anklagen und die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Sozialist unter diesen Umständen sich den Regeln der Etikette fügen. Wenn z. B. ein Parteigenosse während der Rettungsarbeiten in Messina einen Händedruck mit dem König gewechselt hätte, so würde kein Mensch auf der Welt hierin eine Taktlosigkeit gefunden haben. Wenn aber ein Mann, der zum Unglück für die italienische Partei jahrelang eine repräsentative Persönlichkeit des italienischen Sozialismus war, ohne Not sich zu einer hochoffiziellen Zeremonie hergibt, um der er weiß, daß sie in Anwesenheit des Königs stattfindet, wenn er sich dann zum Ueberflus ostentativ bereistelt, um einen Beweis „königlicher Güte“ zu empfangen, dann muß man das doch als eine plumbe und grobe Taktlosigkeit bezeichnen. Jeder Mensch hat das Recht, sich zum Narren zu machen, so viel er will, aber keiner hat das Recht, seine Partei zum Narren zu machen. Andrea Costa hat auf Grund seiner Parteiberzeugungen den Hofsang abgelehnt, als er als Vizepräsident der Kammer die übliche Einladung empfing. Jeder Bürgerliche sowohl als Parteigenosse fand das selbstverständlich und taktvoll; Petri handelte gerade umgekehrt. Er hat gewiß manches für die italienische Bewegung getan; wenn er viel Unheil gestiftet hat, so war daran mehr seine theoretische Verwirrtheit als böser Wille schuld. Heute kann er aber der Partei nur noch dadurch nützen, daß er sie verläßt. Mehr verlangt das Proletariat nicht von ihm, aber das verlangt es.

Unsere Toten.

Im 63. Lebensjahre starb in Chemnitz einer von den alten Garde: Genosse Eduard Denfert. In der sozialistengesehlichen Zeit und bis vor wenigen Jahren war Denfert der tätige Genosse einer. Im Jahre 1884 übernahm er den Vorsitz im heutigen Sozialdemokratischen Verein im Stadtteil Gabeln, den er jahrelang leitete. Die Chemnitzer Arbeiter werden dem Trauen ein ehrendes Andenken bewahren.

In Erlangen starb der Gemeindebevollmächtigte Genosse Ballwieser im kräftigsten Mannesalter von 43 Jahren. Er hat an der Entwicklung der Partei in Erlangen hervorragenden Anteil genommen und mußte für seine Tätigkeit mancherlei Verfolgungen erdulden.

Die Sozialdemokratie in den Gemeinden.

Auf dem rheinischen Städtetage in Bonn, der am 11. Juni und die folgenden Tage stattfindet, wird zum ersten Male auch ein Parteigenosse vertreten sein. Die Stadtverordnetenversammlung in Gohlscheid bei Solingen wählte neben dem Bürgermeister zum Delegierten mit großer Mehrheit den Genossen Weisel, Redakteur der „Rheinischen Arbeiterstimme“ in Solingen.

Eine Zentrumsdenunziation.

Die bayerische Zentrumspresse ist aus Rand und Band, weil die bayerischen Arbeiterführer, die zu Pfingsten in Ruzberg ihr Bundesfest abgehalten haben, von der Stadtverwaltung nicht kurzweg hinausgeworfen, sondern gar noch unterstützt worden sind. Die frommen Blätter denunzierten die Koligal, den Magistrat und Gott weiß was noch. Das Allerfürchterlichste an der Affäre ist, daß in einer historischen Gruppe des Festzugs, neben Kaiserin, Mittern, Minnesängern usw., auch ein paar Figuren in katholischen Priestergewändern zu sehen waren; die Gruppe sollte mittelalterliches Leben und Tugenden illustrieren. Das hat nun die schwarze Presse in eine solche Wut versetzt, daß sie über Religionschändung, Gotteslästerung und alles mögliche geterzt und fortgesetzt nach dem Staatsanwalt schrieb. Die angeführten Denunziationsartikel wurden an das Ministerium, an den Magistrat, an den Staatsanwalt geschickt, mit dem Erfolg, daß jetzt Untersuchung eingeleitet wurde und bereits Vernehmungen erfolgten. Die kirchlichen Brüder möchten die Schwerverbrecher gar zu gerne einsperren lassen.

Soziales.

Die Bremse in der Arbeiterversicherung.

Wie irrig die Meinung ist, daß das Reichsversicherungsamt auch nach dem Fortgang seines verdienten Präsidenten Dr. Voediker den Wünschen der Versicherten auf Ausdehnung der Heilverfahren entgegenkomme und den sparsamen Landesversicherungsanstalten zurede, doch endlich ihre Millionen nutzbringender anzulegen, zeigt folgende Notiz bürgerlicher Blätter:

Kassel. In einer Sitzung des Ausschusses für Trinkerfürsorge der Gesellschaft für Gemeinwohl in Kassel teilte Landesrat Dr. Schröder mit, daß das Reichsversicherungsamt in einem an die Landesversicherungsanstalt gerichteten Erlaß nicht nur eine Erhöhung des Zinsfußes der Darlehen für Baugesellschaften, sondern auch eine Zurückhaltung in der Bewilligung von Mitteln zur Durchführung von Heilverfahren angeordnet habe. Diese Nachricht wurde von den Vertretern der Wohlfahrtsvereine mit lebhaftem Bedauern aufgenommen. Man gab dem Widerspruch darüber Ausdruck, daß das Reichsversicherungsamt die von ihm in früheren Jahren warm empfohlene Förderung dieser Bestrebungen durch diesen Erlaß nunmehr selbst hemme. Es wurde jedoch die Hoffnung geäußert, daß sich das Reichsversicherungsamt bei nochmaliger Prüfung der Verhältnisse der Einsicht in die schädigenden Wirkungen einer solchen Maßnahme nicht verschließen werde.

Die Bremse wurde also auch hier angezogen, um weitere Millionen den Arbeitern zu entziehen, die dann „mündelsicherer“ in Staatspapieren angelegt werden müssen. Dabei ist die Versicherungsanstalt Selsen-Rosau bisher sehr sparsam im Gewähren von Heilverfahren gewesen und erst auf vieles Drängen der Versicherten etwas zugänglicher geworden. Jetzt kommt die Oberbehörde und bremst wieder nach Noten. Das nennt man „Ausbau der Arbeiterversicherung“, zumal die Versicherungsanstalten alle Ursache hätten, sich populärer durch Gewährung von Heilverfahren usw. zu machen, statt die Hungerrenten zu quetschen.

Offenbar wird in der Reichsversicherungsordnung solche unsozialen Praktiken des Reichsversicherungsamtes ein Riegel vorgeschoben. Das richtige wäre, das Heilverfahren zu einem obligatorischen zu gestalten. Ein rechtzeitig und ausgiebig durchgeführtes Heilverfahren ist unendlich viel mehr wert als die Ansprüche auf Vorkosten, genannt „Renten“, selbst wenn die Rentenquersuche nicht florieren.

Aus Industrie und Handel.

Liebesgaben.

Nach den amtlichen Ausweisen hat sich die Ein- und Ausfuhr Deutschlands an Brotgetreide in der Periode vom 1. August bis 20. Mai der letzten drei Jahre wie folgt entwickelt:

	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr - Ausfuhr	Ausfuhr - Einfuhr
1907/08	1 016 088	1 771 198	1 788 892	—
1908/09	882 360	218 971	1 683 879	—
1909/10	1 500 906	368 542	1 192 864	—
1907/08	169 907	787 809	—	617 812
1908/09	2 095 751	819 928	1 775 823	—
1909/10	251 640	591 287	—	339 647

Der Ausfuhrüberschuß bei Roggen ist in diesem Jahre allerdings geringer als im Vorjahre, aber zieht man das Jahr 1907/08 in Vergleich, das noch einen Einfuhrüberschuß von 163 879 Tonnen aufwies, dann stellt sich für die letzte Periode das Ueberschussmehr doch noch auf 503 008 Tonnen. Da die Exporteure pro Tonne Ausfuhr 50 M. einheimen, ergibt sich als Liebesgabe für noch nicht ganz $\frac{1}{2}$ Jahr das nette Einkommen von rund fünfundsiebzig Millionen Mark. Diese Tributzahlung des Volkes an die Liebesgabenindustrie geht auch zu den „gottgewollten Abhängigkeiten“, die so lange dauern, als das Volk es sich gefallen läßt.

Haufe am Zuckermarkt. Der Ausfall an Rübenzucker, der angeblich zu erwarten sein soll, wird mehr als ausgeglichen durch größere Ernten in Rohrzucker. Die europäische Ernte an Rübenzucker wird auf etwas über 6 Millionen Tonnen geschätzt gegen je $6\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen in den beiden Vorjahren. Unter Einrechnung der Rohrzuckerernten und des amerikanischen Rübenzuckers ergeben sich für 1909/10 insgesamt 14 679 700 Tonnen Zucker gegen nur 14 589 000 Tonnen im Vorjahre. Trotz dieser günstigen Ernteverhältnisse steht der Zuckerpreis bei geringen Schwankungen dauernd im Zeichen der Haufe. Seit September ist der Preis pro Doppelzentner um $4\frac{1}{2}$ M., in den letzten fünf Monaten um $2\frac{1}{2}$ M. gestiegen.

Keine Zollrepressalien gegenüber Frankreich.

Wie aus vertraulich gepflogenen Verhandlungen des wirtschaftlichen Ausschusses über die von Frankreich angewendeten Zollrepressalien mitgeteilt wird, gelangte man zu dem Entschluß, keinerlei Maßnahmen zu ergreifen, welche die Selbstständigkeit der französischen Gesetzgebung auf dem Zollgebiet irgendwie als fraglich erscheinen lassen könnten. Eventuelle spätere Maßnahmen sollen abhängig gemacht werden von der Wirkung der erhöhten Zölle, die erst abgewartet werden müssen.

Preiserhöhung für Koks.

Wie aus Essen gemeldet wird, hat das Kohlenyndikat beschlossen, in der am 18. Juli stattfindenden Deiratsitzung die Preise für Koks und Koksöhlen für das Winterhalbjahr 1910/11 festzusetzen. Die Preise für Koks werden um 2 M. pro Tonne erhöht.

Große Holzverkäufe. Fürst Gendel zu Donnerdarm besitzt in Ärenten bedeutende Holzgüter, auf denen er Sägemühlen betreibt. Die Gesamtproduktion seiner Werke in den nächsten fünf Jahren hat er nun an eine Dresdener Holzgroßhandlung verkauft. Es handelt sich dabei um insgesamt etwa 6000 Waggonladungen Fichtenbretter. Das Objekt beläuft sich auf mehr als 4 Millionen Mark. Die Dresdener Firma soll den erheblichsten Teil der Baren bereits nach Italien, Oesterreich und Dalmatien weiter verkauft haben.

Internationale Zuckerbank.

In der Hauptsache unter Beteiligung von Berliner und Magdeburger Kapitalisten soll in Prag eine Zuckerbank errichtet werden. Die neue Bank soll sich, wie der „V. Courier“ meldet, nicht am Effektengeschäft beteiligen, sondern mit der Gewährung von Krediten sich nur mit dem Zuckergeschäft befassen. Bisher lag dieses ausschließlich in den Händen einiger östereichischer Banken. Die Zuckerbank soll die sogenannten Düsterfabriken an sich heranziehen und den Verkauf der Erzeugnisse einer nordböhmischen Zuckerraffinerie, die außerhalb des Kartells steht, besorgen. Als Präsident ist Professor Dr. Paasche in Aussicht genommen. Das Projekt hängt mit der etwa vor Jahresfrist erfolgten Gründung der Deutsch-österreichischen Zuckerraffinerie-A.G. in Berlin zusammen, zu deren Interessengemeinschaft die Rohrzuckerfabrik und Raffinerie in Kaaden, die Rohrzuckerfabrik in Peruch (Eigentum des Grafen Franz Thun) und die vor einiger Zeit gegründete Nordwestböhmische Rübenverwertungsgesellschaft in Prag gehören. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates dieser Gesellschaft ist gleichfalls der frühere Vizepräsident und Abgeordnete Dr. Paasche in Berlin.

Deutsch-österreichische Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin. Die Gesellschaft hat im Vorjahre ihr Aktienkapital von 72 auf 80 Millionen Mark, ferner ihre Obligationenschuld von 65 auf 70 Millionen Mark erhöht. Der Buchwert der Anlagen in Buenos-Aires ist von 88 auf 90 Millionen Mark gestiegen, die Baukosten von 25 auf 42 Mill. Mark, wovon 11 Millionen Mark auf die Hydro-Elektrizitätswerke in Santiago kommen. Das Beteiligungskonto beträgt 27,5 Mill. Mark; daneben umfassen die Vorläufe an Tochtergesellschaften 40 Mill. Mark. Der Bruttogewinn ist von 15,1 auf 17,6 Millionen Mark gestiegen. Der Reingewinn beträgt 8,35 Millionen Mark, 7,81 Millionen Mark im Vorjahre. Die Dividende beträgt wiederum 10 Proz. gleich 7,60 Millionen Mark gegen 6,84 Millionen Mark im Vorjahre. Im laufenden Jahre ist das Aktienkapital von 80 auf 90 Millionen Mark erhöht worden.

Auswanderung der europäischen Spinnenindustrie. Bekanntlich flieht der neue amerikanische Markt für Spinnen, welche mit Hilfe gewisser, in England hergestellter Maschinen angefertigt werden, einen Wert von 70 Proz. vor. Gleichzeitig ist der Einfuhr der gleichen Maschinen bis Anfang kommenden Jahres Zollfreiheit gewährt worden. Diese Maßnahmen sind natürlich dazu bestimmt, die amerikanische Fabrikation von derartigen Spinnen künstlich zu unterstützen. Sowohl deutsche, als auch französische und englische Spinnenfabrikanten sind nun dabei, sich diese hohe Protektion und gute Gelegenheiten durch Einrichtung von Spinnenfabriken in den Vereinigten Staaten zunutze zu machen. Der Leiter einer Spinnen-Kommissionsfirma hat der „New Yorker Handelszeitung“ darüber folgendes mitgeteilt:

„Bei meiner kürzlichen Rückkehr aus Europa machte ich auf dem Dampfer die Bekanntschaft zweier Calais'er Spinnenfabrikanten, welche nach Amerika kamen, um sich über die hiesige Gelegenheit für Einrichtung amerikanischer Zweigunternehmungen zu informieren. Aus Nottingham sind hier Spinnenleute eingetroffen, welche ihre Maschinen gleich nach hier transferieren und hier in die Fabrikation eintreten wollen. . . . Wie man des weiteren hört, hat sich hier ein sächsisches Spinnenunternehmen unter dem Namen der Dresden Race Co. gebildet, um in Winnipeg bei Cornwall, Conn., eine Spinnenfabrik zu eröffnen. Eine andere deutsche Spinnenfabrik, welche dabei ist, durch Gründung einer amerikanischen Zweigfabrik, und zwar in Bridgeport, Conn., sich an dem hiesigen Geschäft zu beteiligen, ist die in Warmen-See bei Ostpreußen domizillierte Firma H. G. Sintel. . . .“

Der hohe Schutzzoll ermöglicht den wenigen hier bestehenden Fabriken, das entsprechende Auslandsfabrikat im Preise derart zu unterbieten, daß sie zurzeit aller Nachfrage nicht zu genügen vermögen. Die einheimischen Spinnenfabrikanten haben Orders für sechs Monate im voraus an Hand, und sie nehmen vorläufig keine weiteren Aufträge.“

Aus der Frauenbewegung.

Beamtinnen für Frauengefängnisse.

Schon seit Jahren wird von Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung eine rege Propaganda für die Anstellung von weiblichen Beamten in den Frauengefängnissen betrieben. Das geistige Haupt dieser Bewegung ist ein Fräulein Friedländer. Mit der Forderung, für die Frauengefängnisse weibliche Beamte anzustellen, kann man sich im Prinzip wohl einverstanden erklären. Im Nochtter Frauengefängnis sollen in dieser Hinsicht aufrechterhaltenen Erfolge zu verzeichnen sein; daselbst trifft auf die übrigen Anstalten zu, wo weibliches Personal angestellt worden ist. Leider hat in der Praxis die Sache auch ihre bedenkliche Seite. Fräulein Friedländer hat vor einiger Zeit im Architekturbüreau in einem Vortrage Forderungen vertreten, denen wir im Interesse der Sache strikte widersprechen müssen. Die sozialen Grundbedürfnisse können auffallend kurz weg, während die Referentin bei ihren Vorschlägen zur Befundung des traurigen Kapitels

der weiblichen Kriminalität die „religiös-sittliche Einwirkung“ ganz besonders eingehend würdigte. Das heißt, die weiblichen Gefangenen sollen mit Bibeldrängen und frommen Ermahnungen traktiert werden. Das geschieht heute schon in ausreichendem Maße. Soziale Stunden kann man aber nicht mit der inhaltslosen Phrase „sittlich-religiös“ heilen, eine Waisensache, die man aber bürgerlichen Menschenfreunden vergeblich predigt. Sie können nicht begreifen, daß Religion mit Sittlichkeit und diese mit Religion nichts zu tun hat. Es gibt zahllose sittliche Personen, die der Religion, die die Kirche lehrt, fernstehen und es gibt sehr viele Menschen, die die Religion in Erbpacht genommen haben und doch nicht weniger als sittlich leben. So lange man nicht an die Ursache des Übels geht, an die Wohnung, Schul- und Wohnverhältnisse, werden auch die Gefängnisse und Zuchthäuser gefüllt bleiben. Ueberhaupt ist die Art der Forderungen der erwähnten Bewegung geeignet, Misträuen zu erwecken, insofern, als verlangt wird, daß diese Beamtenstellen von Töchtern höherer Beamten und solchen von Offizieren besetzt werden, bei einem Anfangsgehalt von 2700 Mark nebst freier Pensionierung. Nach Fräulein Friedländer müssen es Damen der „besten Gesellschaft“ sein, weil nur sie infolge ihrer sozialen Stellung und ihrer Bildung sich — Vertrauen und Autorität bei den Gefangenen verschaffen könnten! Hier kommt das soziale Moment in die Bewegung hinein. Aber die Gefangenen sind dabei nur Mittel zum Zweck, der dahin geht, „höheren Töchtern“ Poststellen zu verschaffen. Das hat mit Gefangenenfürsorge nichts zu tun. Es handelt sich hier um einen Zweig der bürgerlichen Frauenemanzipation, die legen Endes nichts anderes ist, als die Wahrnehmung der Klasseninteressen der Besitzenden.

Auffklärung an der Schule. In einer Petition, die der Bund für Mutter- und Kinderschutz an die Kultusministerien aller deutschen Bundesstaaten gerichtet hat, fordert der Bund für Mutter- und Kinderschutz, daß die Schuljugend in reiner und sachlicher Weise auf dem Boden naturwissenschaftlicher Erkenntnis über den Ursprung des Lebens aufgeklärt und so schon in früher Jugend Ehrfurcht vor dem geschlechtlichen Leben im Kinde erweckt werde. Zu diesem Zweck soll ein Ausschuss von Lehrern und Lehrerinnen, Ärzten und Laien eingeeigert werden, welcher den Auftrag erhält, methodisch praktische Vorschläge zur geschlechtlichen Belehrung der Schuljugend zu machen, die sich zur Eingliederung in den naturwissenschaftlichen Unterricht eignen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 29. Mai, vormittags 9 Uhr, Doppel-Allee 15-17: Freireligiöse Vorlesung, vormittags 11 Uhr: Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn M. H. Böge über: „Neuere Theorien über den Bau der Materie“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Landberger Viertel.
(Bezirk 373a, Teil I.)
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schammit
Wilhelm Kühne
Frankfurter Allee 16
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
218/6 Der Vorstand.

Deutscher Kürschner-Verband
Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Mitglied, Frau
Emma Jaskulsky
geb. Berger
am 25. d. M. nach langen Leiden im 45. Lebensjahre und durch den Tod entziffen ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. Mai, nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Prenzlauer Straße, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
102/9 Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschl.
Filiale Berlin I.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern geben wir bekannt, daß der Kollege
Adolf Hinz
am 26. Mai im Alter von 27 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Simons-Kirchhofes in Brühl aus statt.
162/20 Die Ortsverwaltung I.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, sieht am Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Hut-Arnold Dresdenstr. 116
(Kein Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engros-Geschäft.
Einzerverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen


Stroh- und Herrenhüte v. 1.50-6.00
Nur fehlerfreie moderne Ware.
Grösste Auswahl in Mützen und Strohhüten.

Steffe Herrenhüte v. 2.00-7.00
Nur fehlerfreie moderne Ware.

Am 25. d. M. verschied nach längerem Leiden im Friedrich-Wilhelm-Hospital mein Allgehe, der Nachf.
Albert Walter
im vollendeten 79. Lebensjahre. Er hat nahezu 25 Jahre in Treue mir zur Seite gestanden. Ein dankbares Andenken werde ich ihm bewahren.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 28. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Andreas-Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.
Max Nisch,
Beerdigungs-Anstalt,
Rundbergstr. 1.

Dauflagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Freuden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Schwiegervaters, des Gastwirts
Oswald Knick sen.
sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere allen Hausbewohnern und der Reparatur-Werkstatt der Automobilfabrik herzlichsten Dank.
Johanna Knick,
Oswald, Wilhelm und Martha Knick geb. Gobel.
Villenkolonie Eggersdorf (Ostbahn)
von Bahnhof Strausberg, Unterförsterweg, 10 Minuten, Land- und Waldparadies, verkauft bei mäßiger Anzahlung billig. Gut, Berlin, Fiedlerstr. 33. Bis Sonntag auf dem Terrain. Alltags Herr Werkmeister baselst. 63/14

See-Restaurant
„Zum Fürsten Wolfgang“
Inh.: W. Lanto
Lichtenberg, Heilensee Weg, Ecke Landberger Chauffee.
Herrlicher Naturgarten. — Schönster Ausblick für Familien und Vereine.
Vollständiger Kaffee- und zu Lande. — Entree frei.

Nathan Wand
129 Stalher Str. 129.
Die Schönsten
Herrn-Frühjahrs-Paletots
und Anzüge in neu sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kapellern getragene Sachen, sah neu, für jede Figur passend, speziell auch anzüge sind in großer Auswahl zu namend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Stalher Str. 129.
Hochqualitative Kostüme für Herren.
Bitte auf Nummer zu achten.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, den 28. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Geflossen.
Neues königl. Operntheater.
Samson und Dalila.
Königl. Schauspielhaus. Die Welt,
in der man sich langweilt.
Anfang 8 Uhr.
Befling. Wenn wir Toten er-
wachen.
Deutsches. Götter.
Komische Oper. Salome. Das
schlechte bewachte Mädchen.
Neues Schauspielhaus. Der
Blieger.
Kleines. Nur ein Traum.
Verfälscht. Tausend.
Wiener. Die goldene Ritterzeit.
Wiener Operetten. Der Graf von
Luzemburg.
Trianon. Theobore u. Cie.
Hilfsben. Das Nachtsicht. Der
seltsame Clown.
Thalia. Bild bei Frauen.
Gedde. Gewebe ab. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Weiten. Russisches Ballett.
Schiller O. (Wagner-Theater.)
Die Liebe macht.
Schiller Charlottenburg. Zapfen-
streich.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Der Vielgeliebte.
Volksoper. Falschspieler. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Luisen. Die Waise aus Lowood.
Köle. Die Schmeißler.
Lustspielhaus. Das Leutnants-
mündel.
Metropol. Gallo! — Die große
Revue.
Götter Caprice. Eine gründliche
Kur. Ein verschmitztes Atelier.
(Anf. 8 1/2 Uhr.)
Casino. Familie August Knoche.
Gedr. Herensieb. Die Welt geht
unter. Wenn zwei dasselbe tun.
Apollo. Nabara. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Wasserg. Spezialitäten.
Reichshallen. Steffner Sänger.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Prater. Im Reiche des Mars.
Urania. Tausendstrafe 18/19.
Abends 8 Uhr: Im Lande der
Mitternachts-Sonne.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.
Lesing-Theater.
8 Uhr: Rosenmontag. 13. Vorstellung:
Wenn wir Toten erwachen.
Sonntag, 3 Uhr: Rosenmontag.
Abends 8 Uhr: Rosenmontag: Die
Frau vom Meere.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taifun.**
Morgen: **Taifun.**
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
Morgen und folgende Tage:
Die goldene Ritterzeit.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr: Bis einisch. Sonn-
abend, 28. Mai: Gesamtspiel des
russ. Volkstheaters.
Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luzemburg.
Sonntag nachmittag 3 Uhr, zu er-
mäßig. Preis: Die Dollarprinzessin.
Volksoper.
SW., Belle-Alliance-Str. Nr. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Falschspieler.
Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Das Nachtsicht.
Schwan in 3 Akten v. M. Jannacoff.
Darauf: **Der seltsame Oktave.**
Grotte in 1 Akt von Louis Riccaud
und Henry Gervais.
Sommerpreise.
Morgen und folgende Tage: Die
seltsame Vorstellung.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Waise aus Lowood.
Sonntag nachm.: Das Gold zu-
sammenfugt. Abends: Waise aus
Lowood.
**Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.**
Sonnabend, 28. Mai, abends 8 Uhr:
Der Vielgeliebte.
Schwan in vier Akten von Alfred
Schmalow und Karl Heinz.
Morgen und folgende Tage: Der
Vielgeliebte.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Jung-
frau von Orleans.**Karl Haverland
Theater.** präz. 8 U.
77779 Kommandantenstraße 77/79.
Täglich nur orakl. Spezialitäten.
Das wunder-
bare
Sonnabend, Sonntag, Mittwoch,
Donnerstag: **Wail.**

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Abends 8 Uhr:
**Im Lande der Mitter-
nachts-Sonne.**

**ZOO-
LOGISCHER
GARTEN**
Täglich ab 4 Uhr:
Großes
Militärkonzert.
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

Castans Panopticum
Friedrichstr. 165 (Paschorppl.).
Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abds.
Der
Mann mit der eisernen Zunge.
× Täglich 7 1/2 Uhr abends ×
Sonntags 4 Uhr:
Heitere Vorträge.

Passage-Panoptikum.
Die heiligen **Fakire**
in ihren Wunderproduktionen.
!! Lebend !! **Atom**
Prinz
der kleinste Mensch, der je gelebt.
Buddhas Tafel
weiß, kann, schreibt alles!
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
**Die Sterne
des Humors**
★ **Claire Waldoff**
Willi Prager ★
und das große
Variété-Programm!
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Schmeißler.
Komödie in 4 Akten von H. Dinter.
Auf der Gartendüne: Theater-
Vorstellung. Auslet. erstklassiger
Spezialitäten, großes Garten-
Konzert. Anfang 4 1/2 Uhr. Sonn-
tag 4 Uhr.

WINTER-GARTEN
7 6 5
Letzte Vorstellungen
des von Publikum und Presse
glänzend beurteilten
Mai-Programms
mit
Prinz Charles
der Affe mit Menschenkultur.
Rosina Casselli
Les Roeders
Lustrockakt
und 10 Attraktionen 10.

**Apollo
Theater**
Letzte Woche!
8 Uhr: Die großen Attraktionen!
Mahara
in ihrem lebenden Riesenschlangen.
Louis de Vriand als
August.
20 englische Variété 20 mit
neuem Repertoire.
Georg und Gusti Adler. Orig.-Duett:
Wiener Pflafer — Woshermadel.
Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Täglich:
Im Reiche des Mars
Spezialitäten, Konzert u. Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Liebe wacht.
Lustspiel in 4 Akten v. G. U. de Collavel
und Robert de Jers.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Viel Lärmen um nichts.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Narziss.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
Schiller-Theater (Charlottenburg).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Drama in 4 Akten von Franz
Adam Bezerlein.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Meinelbauer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Ehre.
Montag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Sonnabend, den 28. Mai 1910:
Große Extra-Soiree
der
Apollo-Sänger.
Kinematograph — Allernuestes. — Gratisverteilung
v. 200 Wertgegenständen. Jqd. Besucher erhält ein Los gratis.
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Passpartouts haben volle Gültigkeit.
Bei ungünstiger Witterung im großen Konzertsaal.

**LUNA-
PARK**
Terrassen am Halensee
Größter Vergnügungspark des Kontinents
Täglich geöffnet: Terrassen ab 1 Uhr, Lunapark ab 3 Uhr.
Heute:
Großer Elitetag.
Mitwirkung des Berliner Lehrer-Gesangvereins unter Leitung des
Herrn Prof. Felix Schmidt.

V. T.
Neues Programm. U. a.:
Die Schürze
Heute zum
1. Male.

Ein Triumph der Kinematographie.
Kein stummer Film — ein Lustspiel
mit sprechenden Personen.
Charlottenburg
Wilmers-
dorferstr. 53-54.
Vitaskop V. T. Theater

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Lichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins. Bei ungünstiger Witterung
Schutz für 8000 Personen. — **Täglich:**
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftreten der
besten Turmfahrer der Welt The Lepolla
sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reise
um die Erde in 1 Sekunde: **Saltomortale v. 10 Meter Höhe**
mit dem Fahrrad in den See.
Ueberfahren eines lebenden Menschen mit Motorrad
im Göllekeffel. — Mlle. de Fallieres bester Miniatur-
hunde-Dressurakt der Welt.
Victor Ritter mit seinem Sensationsflieger: **Galob, die**
kleine Hebe- und das beste Spezialitäten-Programm Berlins.
Jeden Sonntag: **Riesen-Land- und Wasser-Feuer-
werk.** — Anfang 3 Uhr, Wochentags 4 Uhr. — Gesamteintritt 20 Pf.
— Kinder frei. — **Tanz.**
Um zahlreichen Zuspruch bitten Witwe Luise u. Waldemar Diez.

„Segler-Schloß“ — Hankels Ablage.
Bohnstall Genthren. Besitzer: **W. Heinrich.**
Für bedürftigen Sommerurlaub halte ich mich werten Vereinen,
Fabriken, Schulen usw. bei Zulassung ausnehmender Bedienung bestens
empfohlen. — 3 neue Säle und Hallen. — Schöne Spielplätze. —
Badeanstalt. — Boote und Belustigungen aller Art.
W. Heinrich.
Voigts Krampenburg,
Berliner Alpen, 56120
Reederei Nobiling,
Jannowitzbrücke,
Schutzhelb-Ausschank.
Täglich (auch Sonntags) billige Dampfer-Exkursionen. Abfahrt früh 9 Uhr,
nachm. 2 1/2 Uhr. Empfehlung mein Lokal auch zu Partien für Gesellschaften usw.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich **Doppel-Konzert.**
Eintritt: 10—6 Uhr 1 Mk., v. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauer: 6 Pf.

Landesausstellungspark
am Lehrter Bahnhof
Neu erbaut: Festliche
Gartenrestaurant
Konditorei und Café
Täglich Konzert
von 4 Uhr ab:
Dejeuners
von 2.50 an bis 2 Uhr nachm.
Diners und Soupers v. 4.00 an

Casino-Theater
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Auf allgemeinen Wunsch
bis zum 31. Mai:
Familie
August Knoche.
Knoche: Dr. Hans Berg.

**Herrnfeld
Theater**
Kommandantenstr. 57. T. u. 4, 5083.
Schluss diebst. Spiel-Saison
31. Mai cr.
Bis dahin täglich mit größtem
Erfolg:
**Die Welt geht
unter.**
Folgen des Komizienfieders und
**Wenn zwei
dasselbe tun**
mit H. und D. Herrnfeld.
Anfang 8 Uhr.

**Walhalla-
Theater**
Weinbergsweg 10-20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Das großartige Variété-Programm.
Paul Hendix, Berl. Komiker
und die übrigen Spezialitäten.
Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Theodore & Cie.

Königstadt-Kasino.
Polsterstraße 72.
Im herrlichen Naturgarten täglich:
Durchgegangene Weiber.
Barlester Schwan mit Gefang.
Cito Salzer,
moderner Jauchehänfler und
Wasserpfeifer.
Franz Meißner, Original-
komiker und das andere reich-
haltige Programm.

Folies Caprice
Nur noch wenige Tage:
Der gewisse Augenblick
Bunter Teil
Eine gründliche Kur.
Mittwoch: Premiere:
Vier pikante heitere Einakter.
Reichshallen-Theater.
Steffner Sänger
Tenoristen-Vogel.
Einakter-Bild v. Meynel
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Volksgarten-Theater
früher Weimann.
Waldstr. 8, Behm u. Bismarckstraße.
Täglich: Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung. Das Riesen-
programm. Zur Aufführung gelangt:
Der fliegende Berliner.
Vollständ. in 5 Bildern mit Gesang
und Tanz.
Puhlmanns Theater
Schönh. A. 148 — Kastanien-A. 07/09.
Große Extra-Vorstellung.
Zum erstenmal:
Berlin, wie's baut u. kradht.
Berliner Lebensbild mit Gesang.
Vorher: Das erstklassige große
Spezialitäten-Programm.
Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr.
Anfang der Vorstellung 1/2 Uhr.
Entree 20—60 Pf.

Städtebau-Ausstellung
10—8 Uhr. Eintritt 1 M.
Königl. Akademische Hochschule,
Waldgürtel. Sport- u. Spielplätze.
Kunst a. d. Str. Verkehrssysteme.
Innenstadt. Vororte. Gartenstädte.
Arbeiterwohnungen. Groß-Berlin.
31. Mai: Prof. Diestel, königl.
Baurat, Dresden: „Neuzeitliche
Anschauungen im Bauordnungs-
wesen.“

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szenen
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Victoria-
Brauerei, Lützowstr. 111/112**
Im Garten oder Saal: Täglich
Gr. humorist. Soiree.
(Gesangsbeiträge, Theater und
Variété-Vorstellungen.)
Sonntags, Dienstag, Donnerstag,
und Sonnabend: **Tanzkonzert.**
Anf.: Wochentags 8, Sonntags
7 Uhr. — Alle Konz. gültig.
Im Restaur.: Mittags 75 Pf.
Gr. u. H. Säle zu Behilichkeiten
aller Art. Max Saeger.

Max Kleins Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: **Rudolph Krüger.**
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turmpl.
Täglich:
**Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.**
Artist. Leitung: Walter Gravenitz,
Kapellmeister: Max Wolffheim.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

**Schweizer-
Garten** Am Königstor —
Am Friedrichshain.
Täglich:
**Theater,
Spezialitätenvorstellung,
Volksbelustigungen.**
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Burgtheater-Kinematograph
vom. Groterjan. Rud. Merz,
Schönhäuser Allee 129. Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Wochent. 30 u. 40 Pf. Sonnt. 40 u. 60 Pf. Kin. 4 Uhr.
Vorzugskarten nur Wochentags gültig.
25 Pf. auf allen Plätzen.
Stets wechselndes Programm.
Jeden Sonntag im Oberaal:
Künstler-Konzert.
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
R. b. Konzert: Familien-Kränzchen.

BBB
Brunnenstraße 16.
Ein geheimes Abenteuer der
Königin Marie Antoinette.
und das glänzende
Riesen-Programm.
Gr. Künstler-Orchester.
Platz für 1200 Pers. Eintr. 30 Pf.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
**Konzert, Theater,
Spezialitäten.**

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Jeden Dienstag
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
Eintr. 15 Pf. Wähe od. Schälpe grat.
Für den Inhalt der Zinereate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Besucht **Hagenbeck**
Bülow-Platz, an der Kaiser-Wilhelm-Straße
 3 Minuten vom Bahnhof Alexanderplatz.
 Heute Sonnabend 2 große Vorstellungen
 nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.
 Neu! Neu! Im Freien neben der Raubtierschau **Sensationell!**
Hagenbecks Eisberg
 zirka 15 Meter hoch, mit 30 lebenden Eisbären.
 Bis abends 6 Uhr geöffnet, sowie Besichtigung sämtl. Tiere.

Reederei Nobiling
 Brückenstraße 6b. - IV. 1737.
 Am Sonntag, den 29. Mai er.
 8 u. 8 1/2 Uhr früh nach **Waltersdorfer Schleuse** hin und zurück
 2 u. 2 1/2 Uhr mitt. der **Berliner Schweiz** hin und zurück
 2 u. 2 1/2 Uhr mitt. der **Teupitz** hin und zurück
 7 Uhr 15 Min. nach **Teupitz** hin und zurück
 Heute Sonnabend, 9 und 9 1/2 Uhr abends:
 Große Mondscheinfahrt mit **Militärmusik**
 nach Neptunshain. - Hin und zurück 50 Pf., Kinder 25 Pf.
 Abfahrtsstelle: Jannowitzbrücke vom Restaurant „Schultheiß“.
 Ferner täglich 2 Uhr mitt. **Extrafahrten**
 nach **Berliner Schweiz u. Waltersdorfer Schleuse** hin u. zurück 50 Pf., Kind. 25.
 Bon der **Reederei G. Zachow** heute Sonnabend:

Michael-Brücke Große Mondscheinfahrt
 an d. Michaelkirchstraße: mit Musik und Rundfahrt
 auf dem Müggelsee nach Müggelwerder, herrlich an Wald und Müggelsee
 gelegen. Abfahrt: Sonnabends 8 Uhr, 9-9 1/2 Uhr Preis hin und zurück
 50 Pf. - Außerdem: Montag billige Dampfer-Extrafahrt nach Neue Mühle.
 Abf. 9 1/2 Uhr vorm. Preis hin u. zurück 50 Pf. Dampfer und Motorboote
 sind noch billig zu vergeben. Tel. IV. 5621. **Reederei G. Zachow**

Reederei Kahnt & Hertzner
 Tel. Amt VII, No. 2062.
 Dampfer-Extrafahrten ab Waisenbrücke
 Am Sonntag, den 29. Mai:
 nach **Teupitz** (Tornows Idyll) Abf. 7 1/2 Uhr früh; hin und zurück 2 M.
 nach **Waltersdorfer Schleuse** Abf. 8 und 2 1/2 Uhr hin u. zurück
 nach **Neu-Zittau** 10 Uhr 75 Pf.
Achtung! Von d. Weidenammerbrücke: Sonntag, 29. Mai, n. Brandenburg a. H.
 Abf. 7 1/2 Uhr, hin u. zurück 2 M., ab Spandau Charlottenbrücke 9 1/2 Uhr,
 hin und zurück 1 75 Pf.

Schillingsbrücke
 am Schleifischen Bahnhof.
 Morgen früh 8 und 9 Uhr, mittags 2 Uhr nach **Waltersdorfer Schleuse** hin und zurück
 Sonntag: früh 9 Uhr mit **Neue Mühle** hin und zurück
 Abf. nach **Teupitz** hin und zurück 50 Pf.
 Heute Sonnabend: Erste

Mondschein - Promenadenfahrt
 mit Musik und festlich illuminierten Dampfern nach **Restaurant**
Kyffhäuser, Nieder-Schöneweide. Abfahrt Gr. Sommerachtsball.
 Abfahrt abends 9 1/2 und 10 Uhr.
 Hin und zurück 50 Pf. 92756

Kautabake
G. A. Hanewacker, Nordhausen.
 Nur echt in 10 Pfennig-Rollen
 5 Stangen
 Twist, nur echt mit Kopfbild.
 Achten Sie auf den Einlagezettel!
G. A. Hanewacker, Nordhausen.
 Hauptniederlage und Engrosvertrieb
Carl Röcker, BERLIN O. 27.
 Grüner Weg 112. Amt VII No. 3661.
 Tabak, Zigarren, Zigaretten

W. Kubes Festsäle, Alte Jakobstr. 75, früher Feuerstein.
 Empfehle meine Säle zu jeder Art Festlichkeiten und Versammlungen. Für
 Sommerfeste prachtvoller Garten mit Bühne und Kaffeehaus nach an einigen
 Sonntagen ohne Bedingungen zu vergeben. Fernspr. Amt I Nr. 867.

Ein Geheimnis
 für viele ist es, daß so manche ihrer Mitmenschen elegant,
 modern und schick gekleidet gehen, obwohl ihr Einkommen
 kein so hohes ist. Es ist begreiflicherweise von großem
 Interesse allerdings

Nur für Herren
 folgendes zu wissen. Wir verkaufen von Millionären,
 Doktoren, Reisenden sowie feinsten Kavaliere nur wenig
 getragene, in den ersten Werstätten Deutschlands und des
 Auslandes, teils sogar auf Seide gearbeitete, an Stoff
 und Haltbarkeit unübertroffene

Serie I Serie II Serie III
Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M.
Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.
 Gesellschafts-Anzüge werden billig verliehen.
Kaufhaus für Monatsgarderoben
Große Frankfurter Straße 93.
 Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
 Streng reelles Geschäft. Keine Mißraten am Platz.
 Abteilung II Neue Garderoben.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler
 Montag, den 30. Mai, abends 8 Uhr,
 im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 1:
Kombinierte Mitglieder-Versammlung
 der Verwaltungskassen A. und B.
 Tagesordnung:
 1. Anträge zu der am 19. Juli in Reustadt stattfindenden General-
 versammlung.
 2. Wahl von zwei Abgeordneten zu derselben.
 3. Verschiedene Kassenanliegenheiten.
 Mitgliederbuch muß vorgezeigt werden.
 Um zahlreiches Erscheinen ersuchen
 Die Ortsverwaltungen.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
 Filiale Berlin I.
Achtung! Herrenkonfektion. Achtung!
 Sonnabend, den 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz, Ränzstr. 17
 (Eingang Königsgraben):
Regelmäßige Branchenversammlung.
 Tages-Ordnung:
 „Die gegenwärtige Lage in der Berliner Herrenkonfektion
 und unsere weiteren Aufgaben.“ Referent: Kollege **Kunze**.
 Kollegen! Es ist unbedingt notwendig, daß über die weiter einzu-
 schlagende Taktil eine Aussprache herbeigeführt wird und ersuchen wir des-
 halb, für guten Besuch Sorge tragen zu wollen. Da die Versammlung um
 9 Uhr eröffnet wird, ersuchen wir um pünktliches Erscheinen.
 Am Montag, den 30. Mai, abends pünktlich 8 Uhr, in demselben
 Lokal Sitzung der Werkstatt- und Heimarbeiter der Firma **Ma & Hol**
 u. **Leipitz**.
 Am Montag, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in demselben Lokal
 Sitzung der Kollegen der Firma **Baer Sohn** sämtlicher Filialen. [192/19
 Vollständiges und pünktliches Erscheinen erwartet Die Kommission.

Arbeitnehmer in den Weißbierbrauereien!
 Sonntag, den 29. Mai, vorm. 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
 Engelauer 15, Saal 7:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Lohnkommission über das Ergebnis der
 Tarifverhandlungen mit den Brauereibesitzern. 69/8
 2. Diskussion. 3. Beschlußfassung.
 Die nächste Tagesordnung macht es jedem Kollegen zur strengsten
 Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Junere Betriebsarbeiter,
 Fahrpersonal und Handwerker! Erscheint in Moskau!
 Brauereiarbeiter-Verband. Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Bäcker-Verband. Verband der Heizer und Maschinenisten.
 Für die Handwerker der sonstigen Verbände: Die Kommission.

Wollen Sie
 von diesem Kaffee, wie er in Wien und Carlsbad getrunken wird,
 ja nehmen Sie einen kleinen Zusatz von dem
Wiener-Kaffee-Zusatz von Thilo & v. Döhren, Wandsbek.
 Die darin enthaltenden Feigen geben den bekann-
 ten milden und doch kräftigen Geschmack.
 Patente A 10 und 25 Pf. verkaufen alle besseren Handlungen.
Gratisproben überall erhältlich.

Glienicke-West 12 Min. Frohnau 20 Pf.
 Nordbahn. Ray nach 29 herrliche Waldparz. - Rt. v. 23 M. an.
 Kapitalanl. Restgelber - 10 Jahre. Großpette sofort. Große Zufahrt.
 Dickel u. Narraschk, Glienicke, Hattwichstr. 80, u. Hermsdorf, Humboldtstr. 71.

M. Schulmeister
 BERLIN SO., Dresdener Str. 4. Hochbahn-Station
 Kottbusser Tor.
SCHÖNEBERG, Hauptstraße 149.
 Fertig am Lager:
Moderne Paletots und Ulster
 1- u. 2-reihig. Formen zum Durch-
 knöpfen, in d. neuest. Must. 21 50
 45.50 45.- 40.50 21 M
 36.50 32.50 29.50 M

Jackett-Anzüge
 elegante Fassons, prima Rohhaar-
 Verarbeit. 50.- 24 50
 45.- 42.50 38.50 24 M
 34.- 29.50 27.50 M

Rock-Anzüge 29 50 54 00 M
Gehrock-Anzüge 36 50 70 00 M
Lüstre-Jacketts 3 75-15 00 M
**Wasch- u. Schilleinen-
 Jacketts 2 00-7 50**
Loden-Pelerinen 10 50-24 50
Gummi-Mäntel 19 50-45 00
 Herren-Beinkleider.
 Arbeiter-Berufskleidung.
Anfertigung nach Maß in eigenen Werkstätten unter
 meiner persönlichen Leitung.
 Prima Sitz u. Verarbeitung

Soeben erschienen:
**Arbeiter-Gesundheits-
 Bibliothek.** Heft 23.
**Wie hüten wir uns vor
 Herzkrankheiten?**
 von Dr. Eugen Rehfisch.
 Preis 20 Pf.
 Bessere Ausgabe 50 Pf.
 Ferner sind in der Sammlung er-
 schienen:
 Heft 1. Die erste Hilfe bei Un-
 glücksfällen. Dr. Schröder.
 Heft 2. Das erste Lebensjahr.
 von Dr. Silberstein.
 Heft 3. Gesundheitspflege des
 Nervensystems. von Dr. Hirsch-
 laff.
 Heft 4. Der Nahrungsentzug. von
 Dr. Jabel.
 Heft 5. Alkoholfrage u. Arbeiter-
 Kaffe. von Dr. Fröblich.
 Heft 6. Das Schütteln. von Dr.
 Silberstein.
 Heft 7. Geschlechtsverkehr und
 Geschlechtskrankheiten. von
 Dr. Gebert.
 Heft 8. Nahrung und Ernährung.
 von Dr. Hajes.
 Heft 9. Wie sollen wir uns
 kleiden? von Dr. J. Bernheim.
 Heft 10. Der Arbeiterschuh. von
 Dr. H. Epstein.
 Heft 11. Frauenleiden und deren
 Verhütung. Dr. J. Jabel.
 Heft 12. Vom medizinischen Aber-
 glauben. Dr. C. Theising.
 Heft 13. Das Wasserheil-Ver-
 fahren in der Gesundheits-
 pflege des Arbeiters. von Dr.
 S. Rauter.
 Heft 14. Verhütung und Heilung
 des Trötterns. von Dr. L. Jordan.
 Heft 15. Geschlechtliche Erziehung
 in der Arbeiterfamilie. von
 Dr. J. Marheine.
 Heft 16. Zähne und Zahnpflege.
 von Gertrud Remold.
 Heft 17. Bau und Lebenstätig-
 keit des menschlichen Körpers.
 von Dr. Christeller.
 Heft 18. Der Geschlechtstrieb.
 von Eduard Bernheim.
 Heft 19. Die Krankenpflege im
 Hause. von Joh. Rantler-Rann-
 heim.
 Heft 20. Die Proletarier-Krank-
 heit. von Dr. J. Jabel.
 Heft 21. Newayunastit. von
 Otto Kühle.
 Heft 22. Haut- und Haarpflege.
 von Dr. Hajes.

Jedes Heft kostet 20 Pf.
Expedition des „Vorwärts“
 Berlin SW.
 Lindenstr. 69 Laden.

Möbelfabrik „Fortuna“
 Eingetragene Genossenschaft
 mit beschränkter Haftung.
 Bilanz für das Geschäftsjahr 1909.
Aktiva.
 Kassa-Konto 72,01 M.
 Bank-Konto 3 897,99 „
 Inventar-Konto 2 080,25 „
 Sanktion-Konto 214,50 „
 Waren-Konto 4 587,27 „
 Kontoforrent-Konto 7 962,65 „
 18 914,67 M.
Passiva.
 Kapital-Konto 2 250,- M.
 Darlehens-Konto 5 263,40 „
 Reservefonds-Konto 47,53 „
 Hilfsreserve-Konto 190,08 „
 Wechsel-Konto 5 594,72 „
 Kontoforrent-Konto 5 254,31 „
 Gevinn- und Verlust-
 Konto 304,63 „
 18 914,67 M.
 Die Mitgliederzahl am 31. De-
 zember 1909 betrug 9, eingetretene
 keine, ausgetreten keine. Beitrag des
 Geschäftsjahres und der Haft-
 summe je 500,- M. 22745
Der Vorstand.
 G. Berger. R. Mittag. O. Schroopp.

Herren-Sommer-Anzüge
 in großer Auswahl sind gut und billig zu haben
Brunnenstr. 153, Otto Heinicke.
 Laden geld gestrichen.

Möbel-Lechner
 7, Brunnen-Straße 7, am Rosenthaler Tor.
 Wohnungen-Einrichtungen auf Kredit.
 Anzahlung von 15 M. an, einzelne Möbelstücke von 5 M. an,
 Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf 5 M. gutgeschrieben.
Extra-Abteilung:
Garderoben
 für Herren, Damen und Kinder.
Kinderwagen - große Auswahl!
 Anzahlung von 5 M. an, event. ohne Anzahlung:
 Teppiche, Portieren, Läufer, Betten, Stepp- und Tisch-
 decken, Gardinen, Stores, Kronen, Wand- und Taschen-
 Uhren, Bilder etc.

**Jeder Arbeiter,
 jeder Handwerker
 sollte zur Arbeit
 die Lederhose
 Herkules**
 tragen.
 „Unerreichte“
 Leistungsfähigkeit.
Allein-Verkauf.
 Sehr starkes Leder
 in grünen u. braunen
 Streifen, auch ein-
 farbig. Am Bund
 aus einem Stück ge-
 arbeitet, wodurch
 besondere Haltbar-
 keit bedingt ist.
 Sehr feste Kapp-
 nähten, stark Garn.
 Schwere Leder-Pilot-Taschen.
 Große Plücken umsonst.
 Trotz dieser vielen und
 anderer Vorzüge kostet
 die Herkules-Hose für
 normale Mannes-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung
 für alle Zweige der Gewerke u.
 Industrie, Sanitätsdienst usw.
BAER SOHN
 Spezial-Haus größten Maßstabes
 Chausseestr. 30-32 - Brückenstr. 12
 Gr. Frankfurterstr. 20
 Schöneberg, Hauptstr. 18.
 Haupt-Katalog gratis und franko.

Nachdr. verboten.
Ausnahme-Preise
 Wollen Sie vorteilhaft kaufen?
 So kaufen Sie
 Ia. Briketts nach Gewicht!
A. B. KOCH
 Kohlen- und Briketts-Großhandlung
 gegründet 1893.
 Hauptkontor:
 Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.
 Telefon Amt 7, 3040 u. 3006.
Lagerplätze:
 I. Rüdersdorfer Str. 71 -
 Ostbahn, Küstriner Platz.
 II. Fruchtstr. 13 - Ostbahn,
 Güterbahnhof.
 III. Behmstr. 28-34 - Ecke
 Schivelbeiner Straße.

Preise für Ia. Marken ab meinen
 Lagerplätzen von 10 Ztr. an:
 Ia. Halbsteine Hansa p. Ztr. 70 Pf.
 Ia. Marienglocke Salon p. Ztr. 72 Pf.
 Ia. Gotthold Salon . . p. Ztr. 82 Pf.
 Ia. Diamant Salon . . p. Ztr. 90 Pf.
 (ges. geschützt p. Ztr. 115-120 St.)
 Ia. Ilse Salon p. Ztr. 90 Pf.
 Ia. Anthracit Cadé . p. Ztr. 2,20 M.

Transport bis in den Keller
 oder 4. Etage, je nach Quantum,
 10-18 Pfennige mehr.
**Bruchbriketts guter Qualität
 und Steinkohlen billigst.**
-Koks zu Anstaltspreisen.
Holz, nach Wunsch zerklüftet,
per Ztr. 2,00 M.
 Bei größeren Abschüssen und
 Original-Waggons sämtlicher
 Brennmaterialien verlangen Sie
 meine Spezial-Offerte.
 Versand nach allen Bahnstationen.

Neunte Generalversammlung der Töpfer und Berufsgenossen.

Dresden, 26. Mai.

Der Donnerstag war ein Tag heisser Debatten; es standen zwei Gegenstände zur Beratung, die die Gegensätze hart aufeinanderprallen ließen. Bei der Generaldebatte über das Beitrags- und Unterstützungswesen war es eine Vorlage des Vorstandes zur Erhöhung der Krankenunterstützung und Einführung der Arbeitslosenversicherung — selbstverständlich mit Erhöhung der Beiträge — die zuerst die Geister aufeinanderprallen ließ. Später geschah es nochmals bei der Debatte über die Anstellung besoldeter Gauleiter.

Bei der Arbeitslosenversicherung zeigte sich zunächst wieder der Gegensatz zwischen Ofensehern und Werkstubenarbeitern, der schon am Tage vorher bei der Verschmelzungsfrage zutage trat. Die Ofenseher haben für bestimmte Zeiten im Jahr — Januar, Februar, März, und später noch einmal im Juni oder Juli, also den Zeiten, wo die Herbst- und Frühjahrsbauten fertiggestellt sind — mit regelmäßig wiederkehrender Arbeitslosigkeit zu tun. Erklärlich genug, daß sie da alle, wenigstens im Prinzip, begeisterte Freunde der Arbeitslosenversicherung sind. Die Werkstubenarbeiter müssen zwar auch während dieser Zeit mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten, aber sie werden wenigstens nicht direkt auf Pfahnen geworfen, so daß sie infolgedessen auf Arbeitslosenunterstützung selten Anspruch bekämen — ebenso erklärlich, daß nun auch viele von ihnen für diese Versicherung nicht gut zu haben sind. Es sagten denn auch verschiedene dieser Delegierten, daß bei dieser Versicherung die minderbezahlten und hart unter der verkürzten Arbeitszeit leidenden Werkstubenarbeiter nur die Mittel zur Unterstützung der besser bezahlten Ofenseher aufzubringen hätten, weswegen verschiedene der erstieren als Vermittelungsvorschlag eine fakultative Arbeitslosenversicherung vorschlugen, bei der der Beitritt ein freiwilliger sei. Ein Vorschlag, der allerdings nicht diskutabel ist, denn entweder muß die Arbeitslosenversicherung obligatorisch sein oder sie kann überhaupt nicht eingeführt werden. Die Ofenseher wehrten sich jedoch auch energisch gegen obige Auffassung und erklärten, daß sie infolge ihrer hohen Beiträge das finan-

zielle Rückgrat des Verbandes seien und daß sie oft genug ebenfalls nur drei bis vier Tage in der Woche zu arbeiten hätten, dabei immer aber, solange die Arbeitszeit nicht unter drei Tage herunterginge, ihre hohen Beiträge weiter bezahlten. Im Laufe der Diskussion hörte sich dann der Gegensatz ab und es wurde betont, daß die Trennung der Interessen zwischen Ofensehern und Werkstubenarbeitern völlig unangebracht sei, da beide Gruppen nicht isoliert dastehen, sondern durch vielerlei Beziehungen ein gemeinsames Interesse an einer Einrichtung haben, die in ihrer direkten Wirkung vielleicht der einen Gruppe mehr zugute kommen mag. Eine gute Wirkung machte es, als der Nürnberger Delegierte erklärte, daß die sämtlichen süddeutschen Werkstubenarbeiter sich für die Annahme der Arbeitslosenversicherung erklärt hätten und auch bereit zu der vorgeschlagenen Beitragserhöhung seien. Diese Beitragserhöhung erregte jedoch wieder bei verschiedenen Delegierten schwere Bedenken, da sie der Meinung waren, daß die Kollegen in ihrer Heimat an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen seien und der Verband ihnen höhere Lasten nicht zumuten könne. Es fehlte auch nicht die bekannte Befürchtung, daß der Verband seinen Kampfescharakter verliere, worauf erwidert wurde, daß dafür ja die Beiträge erhöht würden und außerdem die Arbeitslosenversicherung ein stabileres Beitrags- und Mitgliedsverhältnis herbeiführen würde. Die meisten Redner aber waren Freunde der Arbeitslosenversicherung und verlangten dringend, daß endlich von Verbandswegen der Not der Arbeitslosigkeit in etwas gesteuert werde. Als die Debatte geschlossen wurde, hatten 27 Redner für und 12 gegen die Vorlage gesprochen. Prinzipielle Gegner waren jedoch auch unter den letzteren nicht vorhanden. Bei den Freunden war die Vorstandsvorlage aber auch schlecht weggenommen, und zwar weil ihnen die Unterstützungsätze zu niedrig bemessen waren. Die Vorlage, sowie alle Anträge wurden einer Kommission überwiesen, die ihre Vorschläge am Freitag zur Entscheidung vorlegt.

Dann kam die Debatte über die Neueinteilung der Gause und die

Gauleiter-Befolgungen.

Das Referat über die Frage hatte der Redakteur Schmit übernommen. Es handelte sich dabei kurz um folgendes: Der Verband ist seit 1901 in acht Gause geteilt, mit unbesoldeten Gauleitern. Es wurde nun schon auf der vorigen Generalversammlung der An-

trag gestellt, zwei Gauleiter fest anzustellen; der Antrag wurde aber abgelehnt. Seitdem ist aber das Bedürfnis noch stärker geworden, und der Vorstand macht jetzt den Vorschlag, vier der acht Gause mit besoldeten Gauleitern zu besetzen (Brandenburg, Pommern, Mecklenburg, nördliche Provinz Sachsen — Schleien und Posen — Königreich Sachsen, südliche Provinz Sachsen, Thüringen, Anhalt — Süddeutschland). Schmit begründete in eingehender Weise die Aufgaben und die Notwendigkeit dieser Gauleiter. Die jetzigen unbesoldeten Gauleiter hat der Vorstand ernannt. Um nun der schon geäußerten Befürchtung zu begegnen, daß bei diesem Schritt die Gauleiter nur Anhängsel des Vorstandes würden, schlägt Redner vor, daß alle Gauleiter durch die Generalversammlung gewählt werden, der die Statutenberatungskommission in Verbindung mit dem Zentralvorstand die geeigneten Vorschläge unterbreitet. — Die Beschlüsse werden erst am Freitag erfolgen, da die teils erbitterte Diskussion unerledigt abgebrochen werden mußte.

In einer Abend Sitzung soll Herr Hauptlehrer Riedl-München noch über „Heiztechnische Kommissionen“ sprechen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	26. 5.	25. 5.	26. 5.	25. 5.		26. 5.	25. 5.	26. 5.	25. 5.
Remel, Müllt	129	—2	am	om ¹⁾	Saale, Grochütz	88	—4	am	om ¹⁾
Bregel, Zusterburg	0	—17			Qavel, Spandau ²⁾	52	—4		
Reichel, Thon	76	—8			Kathenow ²⁾	88	—2		
Ober, Ratibor	140	—4			Spre, Spremberg ²⁾	80	—2		
Krossen	193	—17			Beestow	85	—1		
Frankfurt	212	—22			Weser, Ründen	—57	—7		
Barthe, Schrimm	5	—4			Ründen	22	—3		
Landsherg	6	—8			Rhein, Maximiliansbau	508	—4		
Rege, Borbann	—5	—8			Kraub	271	—8		
Leitmeritz	20	—11			Röln	263	—11		
Dresden	—00	—13			Redar, Heilbronn	83	—8		
Harbu	171	—19			Rain, Bertheim	131	—3		
Magdeburg	154	—14			Rosel, Trier	58	—4		

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall. ²⁾ Unterpegel.



Gegr. 1867

Jerusalemmer Str. 38-39
Potsdamer Strasse 2
Tauentzien-Strasse 19a

Gegr. 1867

Friedrich-Strasse 75
König-Strasse 25-26
Schöneberg, Hauptstr. 146

Zentrale und Versand: Schuhwarenhaus Carl Stiller, Berlin SW., Jerusalemmer Str. 38-39.

Preiswerte Sommer-Schuhwaren

Nur erstklassige Fabrikate □□ Konkurrenzlos in Qualität und Passform

Damen-Stiefel

- Boxcalf- und Chevreau-Schnürstiefel mit Derby-Schaffschnitt und Lackkappe 8.75 M.
- Braun u. schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel in modernen Fassons, mit hohen oder niedrig. Absätzen, Rand gedoppelt 10.50 M.
- Braun u. schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel mit oder ohne Derby-Schaffschnitt, auch m. Lackkapp., in ganz neuen Fass., m. hohen oder niedrig. Absätzen, Goodyear Welt 12.50 M.
- Braun u. schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel mit od. ohne Derby-Schaffschn., auch m. Lackkapp., in den allerneuest. Fassons, feinste Qualität u. Ausführung, Goodyear Welt 15.50 M.

Kinder-Stiefel

- Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel, Boxcalf oder Chevreau, durchgenäht, Rand gestuppt

25-27	28-30	31-33	34-35
5.50 M.	6.50 M.	7.50 M.	9.00 M.

- Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel, 1a Boxcalf od. Chevreau auch mit Lackkappen, Goodyear-Welt

25-27	28-30	31-33	34-35
7.50 M.	8.50 M.	9.50 M.	11.50 M.

- Knaben-Schnürstiefel, Boxcalf oder Chevreau in eleganter Herrenstiefel-Ausführung, durchgenäht, Rand gestuppt

31-33	34-35
8.00 M.	9.50 M.

Herren-Stiefel

- Boxcalf - Schnürstiefel, moderne breite Fassung 8.75 M.
- Boxcalf-Schnürstiefel in moderner Fassung, sehr haltbar, Rand gestuppt 10.50 M.
- Braun u. schwarz Chevreau-Schnürstiefel in allen modernen Fassons, konkurrenzlos in Qualität und Ausführung, Goodyear Welt ... 12.50 M.
- Braun und schwarz Chevreau- und Boxcalf-Schnürstiefel, auch mit Derby-Schaffschnitt in ganz neuen Fassons, feinste Qualität und Ausführung, Goodyear Welt 15.50 M.

Sandalen in mod. u. antik. Formen

- Rindleder, braun und schwarz, mit Absatzfleck

25-28	29-30	31-33	34-42	43-47
3.25 M.	3.75 M.	4.25 M.	5.00 M.	6.00 M.

- Rindleder, braun, randgenäht, biegsame Sohle

25-28	29-30	31-33	34-42	43-47
3.50 M.	4.00 M.	4.50 M.	5.50 M.	6.50 M.



Tennis- oder Turn-Schuhe

- Grau Segelleinen, mit Chromledersohle

25-30	31-33	34-42	43-47
1.90 M.	2.50 M.	2.90 M.	3.50 M.

- Segelleinen mit Gummisohle, weiß, grau und braun

25-30	31-33	34-42	43-47
2.00 M.	2.50 M.	3.00 M.	3.50 M.

Leinen-Stiefel und -Schuhe für Damen, Herren u. Kinder

Der reich illustrierte Hauptkatalog wird kostenfrei zugesandt.

Lennerth, Hans, Lothringstraße 85, Möbel-Erkerbau.

Misch, Gr. Frkf. Str. 45/46, auch Teilzahlung.

Möbel-Gelegenheitskäufe! Wirtschaften aller Preislagen.

Möbel-Kaufh. Norden, Wilmshausen 21, Möbel-Kaufh. Süden, Köth. Damm 21.

Möbel-Krause Möbel, Nur Kastanien-Allee 40, Teilzahlung gestattet.

Möbel-Rosien, Kastanien-Allee 57, Möbel, Rudolph, Ackerstr. 120.

Möbel, Nagel, R., Richardpl. 1, Alt-Neu-Oranienstr. 200.

Neumann, M., Vorw.-Lesern 27.

J. Ostrowski jr., Gr. Frkf.-Str. 1, an Frkf. Tor.

Möbel Spiegel, Postwaren, gegen Bar- u. Teilzahlg.

Newkirch, Gebr., Langenstr. 2, Anst. Möbelfabrik.

Herm. Podehl, N. Lych. St. 1, Prinsing, Ludw., Gartenstr. 23.

Herm. Podehl, A., Bismarckstr. 20, Gelegenheitskäufe.

Rettig, Fr. M., Fennstr. 44, Gustav Richter, Möbel-Fabrik.

Kastanien-Allee 25, Köpenick, Grünauer Str. 3.

Schmidt, Otto, Möbel-Fabrik, Gartenstr. 22.

Herm. Schulz, Waldenstr. 32, Rob. Schulz, Prenzlauer Allee 21.

Stobek, W., Oelsenauerstr. 18, eig. Tischlerei u. Tapezierwerkst.

Stargard, O., Neue Kgl. Str. 2, C. F. A. Stieler & Co., Potsdamer Str. 77.

Stoye, Bernh., N. 20, Prinz-Allee 89, Uzb. Johannas, Grünhaldenstr. 68.

Wendland, Ernst, Mübelfabrik - Bar- u. Teilzahlg., Herm. Wendland, Reinhold-Str. 114.

Werthers, Möbel-Fabrik, Götterw. 27, Wilh. Witt, N. Wilmshausen-Str. 64.

Molkereien, „Schweizerhof“, Melerei u. Milch-Kurmanstalt.

Musikinstrumente, Braun, Emil, Rindl. Hofstr. 2.

Braun, Emil, Grunow, A., Frankfr. Allee 150, Kirs. Rich., Brunnenstr. 45.

Scholz, Paul, Frkf. Allee 73 b, Scholz, Pietschmann & Co., Brunnenstr. 28.

Schweizer Musikhaus, N., 56 Stargarder Str. 67.

Nähmaschinen, Bellmann, E., Gollnowstr. 20.

Ed. Bruda, Lützow-Vertr. Witke, R. Bismarckstr. 24.

Pfaff-Nähmaschinen, G. Wendi, Wilsstr. 21.

Phönix-Nähmaschinen, die besten der Gegenwart.

Dase, Paul, N. Müllerstr. 174, Groß, Paul, Warshauerstr. 66.

Hochstätt, O., Rl., Berlinerstr. 32, Schubert, Carl, Rl., Berlinerstr. 148.

Werner, Herm., Pappel-Allee 24.

Wendland, Ernst, Mübelfabrik - Bar- u. Teilzahlg., Herm. Wendland, Reinhold-Str. 114.

Werthers, Möbel-Fabrik, Götterw. 27, Wilh. Witt, N. Wilmshausen-Str. 64.

Molkereien, „Schweizerhof“, Melerei u. Milch-Kurmanstalt.

Musikinstrumente, Braun, Emil, Rindl. Hofstr. 2.

Papier- u. Schreibw., Soldat, Louis, Rl., Bergstr. 42.

Putz- u. Modewaren, Blass, Paul, Rl., Bernauerstr. 101.

Graff & Heyn, Wilmersdorfer Str. 20.

Haase, M., Rindl., Bergstr. 1, Hannach, Geschw., Rindl., Bergstr. 22.

Hirsch, S., Brückenstr. 6, Kaufhaus f. Damenputz, Adolf Cohn jr., Gr. Frankf.-Str. 114.

Modehaus, Wilhelm Metzner, Große Frankfurterstraße 92.

Sebeck, F., Spandau, Potsd.-Str. 20, Weiß, Emma, Rindl., Bergstr. 122.

Resterhandlungen, Dolschal, H., Kolonnenstr. 150 a.

Schirme u. Stöcke, Graff & Heyn, Wilmersdorfer Str. 20.

Schlesinger, Rindl., Köpenickerstr. 113, Scholz, Osw., Rl., Bergstr. 141.

Schuhwaren, Bartel, E., Adalbertstr. 19.

Bornschein, H., Bergstr. 122, Conrad, Paul, Frankf. Allee 171.

Ed. Drechsler, Rindl., Köpenickerstr. 113, Flise, B., Müllerstr. 163 a.

Fiebig, C., Gollnowstr. 20, Fiebig, Friedr., Sparr-Str. 17.

Graff & Heyn, Wilmersdorfer Str. 20, Gut, H., Bismarckstr. 24.

Hannes, Gust., Weidling 1.

H. Hardtke, Tempelhof, Berl.-St. 110, Heinrich, Johann, Petersb.-Str. 26.

Hering, C., Petersburgerstr. 80, H. Hoffmann, Charl., Bismarck-Str. 15.

Hühner, C., Rosenhaldenstr. 13, Janke, C., Boxh., Neue Bismarck-Str. 21.

Janke, F., Strausener-Allee 70, Herm. Jentsch, Charl., Eisenstr. 21.

Kaufhaus für Schuhwaren, Klein, A., Gr. Frkf. Str. 141.

Klein, A., Gr. Frkf. Str. 141, G. Kramer, Wilm., Berlinerstr. 181.

Littauer, S., Wilmersdorfer Str. 20, Lucke, Herm., Waldemarstr. 62.

Madler, Herm., Waldemarstr. 62, Michling, A., Weidenweg 20.

Neumann, Falkensteinstr. 37, Odrowski, F., Kottb. Damm 102.

Ortmann, Rich., Al-Böschung 45, Pfandhelfe, Petersburgerstr. 27.

Petersohn, Osk., Müllerstr. 155, Räsener, Gelegenhkeitskäufe.

Räsener, Gelegenhkeitskäufe, Saalheim, F., Rl., Hermannstr. 66.

Salomon, J., Petersburgerstr. 40, Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.

Schreier, J., Kottbuserdamm 40, Schuhhaus Benedik, Potsd. Str. 67.

Schuhhaus Böhm, Rindl., Köpenickerstr. 113, Schubh. Max Koh., Bismarckstr. 24.

Schulz, Wilm., Schick-Allee 10-11, Sommer, Wilm., N. Schick-Allee 85.

Stolz, F., Warshauerstr. 66, Tauscher, E., Wilmshausen 21.

Tornow, Franz, Tegel, Berl.-Str. 1, Tugendreich, Alte Schönstr. 59.

Wegner, R., Rindl., Köpenickerstr. 113, Winter, M., Schönhauser Allee 91.

Seifen, Gustav Gumbel, Kantstr. 64, Memelerstr. 48 a.

John, A., Alte Haushaltungstr., Hugo Joske, Seifen eig. Fert., Salz-Fabrik, Kreuzplatz, Fataw., Lingl. 1.

R. Romrau, Wrangelstr. 115, Ficklerstr. 20, Eisenbahnstr. 20, Teppiche u. Gardinen, Frankenstejn & Co., Rl., Bergstr. 140.

Graff & Heyn, Wilmersdorfer Str. 20, Mauerhoff, M., Gr. Frkf. Str. 9, a, Trauer-Magazin, Westmann, Mohrenstr. 37 a.

Uhren u. Goldwaren, Abel, Goltzstr. 20, Oscar Aldag, Charl., Krummstr. 25.

Arit, Herm., Manteuffelstr. 114, Joh. Baggerow, Charl., Tegel, Weg 118.

J. Bredner, Wrangelstr. 115, G. Bohn, Charl., Tegel, Weg 118.

Otto Brauer, Müllerstr. 184, Briese, Ernst, Rl., Berl.-Str. 61.

Breyer, Jul., Müllerstr. 6, David, Max, Brunnenstr. 43.

Ebert, Otto, Nr. 67, R. Eichler, Reinickd., O. Eisenstr. 45.

Ellinghausen, Gebr., Grisev. 45, Fabian, Max, SO 50, Wilmersstr. 25.

Fliegen Schmidt, M., Bergstr. 21, Frise, Konrad, Müllerstr. 4.

J. Gebhardt, Charlottenburg, Berlinerstr. 124, George, Adolph, Badstr. 65.

Gegner, Chr., Neckerstr. 36, Georck, C., Pöckelstr. 26.

Gromadics, P., Andressstr. 29, Ernst Henke, Brunnenstr. 68.

J. Herzog, Charl., Postlorenzstr. 21, H. Hirschfeld, Bismarckstr. 12.

Hüppauf & Naempt, Bismarckstr. 24, Martin Klein, Neue Hochar. 25.

Kleinbusch, W., Frkf. Chaussee 61, J. Körner, Reinickd., Markt-Allee 10.

Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40, Lehmann, Wilm., Kottb. Damm 25.

Wachmittel, Verlangen Sie „Edelweiß“ Krone aller Waschmittel.

Weine u. Fruchtsäfte, Bestinger, Eug., Wald-Ecke, Wdgl. Denhardter-Schulze, Brunnenstr. 52.

Reins, Rindl., Köpenickerstr. 113, Rindl., Köpenickerstr. 113.

Sello, Hermann, Südost-Eisenbahn-Str. 14, Sello, Hermann, Südost-Eisenbahn-Str. 14.

Ignatz Sello, Wilmshausen 21, Wilmshausen 21.

Weiß, Wollw., Trikot, Chaussee-Str. 67, Streif, u. Trikot.

Boeldicke, Max, Bredow, Otto, Rl., Hermannstr. 54.

Engel, R., Ecke Forsterstr., Carl-Evers, Schönbr. Hauptstr. 34.

Giel, A., Gryphus-Str. 17, Foka, Wilmersdorfer Str. 17.

Graff & Heyn, Rindl., Köpenickerstr. 113, Kistner-Pfl., Bismarckstr. 24.

Jonas, Hermann, Rindl., Köpenickerstr. 113, Juncker, H., Hermannstr. 173.

Kaufhaus London, Rl., Bergstr. 47, Klahr, H., Reichensberger Str. 129.

Kaufhaus Levy, F., Frankf. Allee 154, Pflaume, Gebr., Friedländerstr. 205.

Radiol., Rindl., Köpenickerstr. 113, Rindl., Köpenickerstr. 113.

Schramm, Lina, Bismarckstr. 21, Schwann, Charl., Bismarckstr. 21.

Tichauer, S., Rl., Hermannstr. 51, A. Tichauer, Bismarckstr. 21.

Weber & Heynacher, Rindl., Köpenickerstr. 113, Wollhaus Lucas, Rindl., Köpenickerstr. 113.

Zahn-Atelier, Beyer, R., Rindl., Köpenickerstr. 113.

Hordbruch, Herm., Pappel-Allee 24, Jordann, Alf., Fennstr. 41, Lüdcke, Franz, Grolow-Str. 21.

17. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie

Ziehung vom 27. Mai, vormittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gew.) (Nachdruck verboten.)

Table of lottery numbers for 17. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie, including columns for numbers and prizes.

17. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie

Ziehung vom 27. Mai, nachmittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gew.) (Nachdruck verboten.)

Table of lottery numbers for 17. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie, including columns for numbers and prizes.

17. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie

Ziehung vom 27. Mai, nachmittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gew.) (Nachdruck verboten.)

Table of lottery numbers for 17. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie, including columns for numbers and prizes.

17. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie

Ziehung vom 27. Mai, nachmittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gew.) (Nachdruck verboten.)

Table of lottery numbers for 17. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie, including columns for numbers and prizes.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Jevern (Niederbarnim) steht nur das Lokal der Witwe Paderi zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

Dritter Wahlkreis. Morgen Sonntag, den 29. Mai, findet ein Anschlag mit Familie nach Kiefern statt. Treffpunkt nachmittags von 1 Uhr an im Lokal zum Heideberg. Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Schöneberg. Am Dienstag, den 31. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet in den Neuen Rathauskellern, Reiningen Str. 8, die Wahlvereinsversammlung statt. Die Genossin Luise Fiech hält einen Vortrag, zu dem ganz besonders die Frauen eingeladen sind.

Waldhagen. Dienstag, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von H. Kaul, Bismarckstr. 18, eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt.

Eichwalde, Zenthen, Miersdorf, Kieckebusch, Hoyes und Schulendorf. Sonntag, den 29. Mai, nachmittags 4 Uhr, findet eine große öffentliche Versammlung im Lokale von Ernst Niehe in Miersdorf statt.

Wilhelmsruh-Niederschönhausen-West. Sonntag, den 29. Mai, nachmittags 2 Uhr, findet in Wandlitz im Lokale von Herrn Lassen eine öffentliche Versammlung statt.

Berliner Nachrichten.

Blühende Kiefern.

Während Kastanien und Nieren ihren Höhepunkt überschritten haben und die Rosen sich ihr Feld erobern, ist draußen im dunklen Forst die Kiefer in ihres Lebens Blütenblüte eingetreten. Der Mai, in später Frühjahrs allenfalls noch der Beginn des Juni, ist die einzige Zeit des Jahres, in der das düstere einfarbige Grün unteres Waldbaumes von hellen Lichtern fast farbenreudig durchsetzt wird.

Außer diesen neuen Keitern fallen aber auch noch andere ins Auge, die nach unten kegelförmig bieder sind und ordentlich schwefelgelb ins Weiße leuchten. Auf einer kurzen dicken Achse von nur wenigen Zentimetern Länge finden sich hier zwischen zwanzig und dreißig Gebilde zusammengedrängt, die ihrerseits aus einer Unmenge schuppenförmiger, je zwei Staubbeutel tragender männlicher Blüten zusammengesetzt sind.

Im Kiefern-Hochwald sieht man kaum etwas von alledem. Man muß seinen Rand aussuchen, wo freistehende Bäume nicht wie Schiffsmaste in die Höhe schießen, sondern in knorriger Verästelung zeigen, wie eine in Freiheit gewachsene Kiefer eigentlich aussieht.

Aus der Vergangenheit des Botanischen Gartens. Dieser Tage ist in Dahlem der neue Botanische Garten eröffnet worden.

demselben Augenblick verschwinden auch die spärlichen Reste, die noch an die Existenz des alten Gartens an der Potsdamer Straße erinnern. Einiges aus der Geschichte des Gartens wird daher interessant genug sein, um es hier festzuhalten. Bis 1847 besaß der Botanische Garten ein Terrain von etwa 32 Morgen, hauptsächlich auf der sogenannten Admittirung. Ein Teil des Geländes wurde jedoch in den fünfziger Jahren an den Zimmermeister Sommer verkauft und dafür auf der Westseite ein Platz von etwa 18 Morgen erworben, um ein neues Palmenghaus und ein Arboretum anzulegen.

„Blindenconcerte“ sind die neueste Art des Wohltätigkeitschwindsels, der hier in großem Umfange betrieben wird. Für wohltätige Veranstaltungen haben die Berliner immer eine offene Hand. Das ist auch gewissen Agenten nicht unbekannt. Diese bauen auf den Wohltätigkeitsgeist der Bevölkerung und werben Blinde an, mit denen sie ihre Blindenconcerte veranstalten.

In der Säuglingsfürsorge I. Blumenstraße 78, findet im Juni je einmal wöchentlich unentgeltlicher Unterricht in der Säuglingspflege mit praktischen Übungen statt.

Die ersten Waldbrände. Mit dem Eintreten der heißen Temperatur macht sich auch wieder die Gefahr der Waldbrände bemerkbar. Gestern wurden an drei Stellen in der Umgebung Berlins derartige Brände hervorgerufen. So entstand im Jagd 22 des Königl. Forstes bei Strausberg ein Waldbrand, der recht erheblichen Schaden anrichtete.

Zu dem Aufsehen erregenden Todesfall im Birkow-Krankenhaus, über den wir am Sonntag berichteten, können wir heute mitteilen, daß inzwischen die Gattin des dort auf Station 10 verstorbenen Herrn Klein sich bei uns gemeldet hat. Ueber die Todesursache vermag auch sie keine sicheren Angaben zu machen; sie bestätigt uns nur, daß in der Tat ein Arzt des Krankenhauses ihr gesagt habe, ihr Gatte sei einem Herzschlag erlegen.

Durch einen Kohlenpostbriefschwindel ist ein in der Alten Schönhäuser Straße wohnender Kaufmann K. empfindlich geschädigt worden. Anfang voriger Woche hatte der Gewerbetreibende vormittags einen Geschäftsgang zu tun und ließ seiner Gattin 500 M. zurück, im Falle Zahlungen eintreten würden. Gegen 10 1/2 Uhr vormittags, bald nachdem sich K. aus seinem Hause entfernt hatte, wurde telephonisch angefragt, ob ein Kohlenpostbrief eingetroffen sei.

Durch einen Kohlenpostbriefschwindel ist ein in der Alten Schönhäuser Straße wohnender Kaufmann K. empfindlich geschädigt worden. Anfang voriger Woche hatte der Gewerbetreibende vormittags einen Geschäftsgang zu tun und ließ seiner Gattin 500 M. zurück, im Falle Zahlungen eintreten würden. Gegen 10 1/2 Uhr vormittags, bald nachdem sich K. aus seinem Hause entfernt hatte, wurde telephonisch angefragt, ob ein Kohlenpostbrief eingetroffen sei.

Als K. im Gespräch gelegentlich fragte, wann er sein Geld zurück erhalten könne, erfuhr er zu seinem Schrecken, daß er das Opfer eines raffinierten Betruges geworden und daß J. gar kein Geld von ihm habe holen lassen. Die Quittung war gefälscht und die Unterschrift ähnelte durchaus nicht derjenigen des Groß-Schlächtermeisters. Der Betrüger, der wohl gewußt zu haben scheint, daß K. die Unterschrift seines Freundes kannte, hat die Abwesenheit des Kaufmanns dazu benutzt, um den Schwindel zu inszenieren.

Schnellfertige Schuljustiz schadet dem Ansehen der Schule und stört ihre Beziehungen zur Familie. Mißgriffe dieser Art, die ein Lehrer sich zuschulden kommen läßt, werden von den meisten Eltern stillschweigend hingenommen. Sie wirken aber auf die betroffene Familie in einer Weise, die der Schule durchaus ungünstig ist. Ein Fall, bei dem durch das entschlossene Auftreten einer Mutter die wünschenswerten Abhilfe erzwungen worden ist, wird uns aus der 60. Knaben-Gemeinschaftsschule (Vergmannstraße) bekannt.

Ein tödlicher Automobilunfall hat sich gestern Abend in der Wilhelmstraße ereignet. An der Kreuzung der Hedemannstraße wollte eine Frau Bethe vor einem herannahenden Droschkenautomobil den Fahrdamm überqueren. Der Chauffeur hatte wohl sofort die gefährliche Lage, in der sich die Passantin befand, überschaut und die Rothbremse gezogen, doch vermied er das Unheil nicht mehr abzuwenden.

Die Zigeunerin als Gesundheits- und Weissagerin. Mit großem Raffinement geht eine jugendliche Zigeunerin zu Werke, die in den letzten vierzehn Tagen zahlreiche Dienstmädchen um Werta von 10 bis zu 50 M. betrogen hat. Die schlänke, schwarzhaarige Gaunerin, die besonders in den westlichen Stadtteilen auftritt, macht sich an Dienstmädchen heran und redet ihnen ein, sie seien von einer Krankheit befallen. Es werde ihr aber gelingen, das Schlimmste abzuwenden.

Die Nordgerichte entscheiden. Eine überraschende Auffklärung sollte ein „Leichenfund“ erfahren, der gestern in der Panke gemacht wurde. An der Uferstraße haben mehrere Passanten einen schwimmenden Körper auf der Oberfläche der Panke treiben. Man glaubte, es sei der Rumpf einer menschlichen Leiche, und es dauerte nicht lange, so hatten sich Hunderte von Menschen an dem Fundort eingeklinkt.

Die Westdeutsche Versicherungs-, Kranken- und Unterstützungszusammenfassung für ganz Deutschland zu Adln a. Rh. (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 88) hat sich durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 25. April 1910 aufgelöst, nachdem das königliche Amtsgericht zu Adln die Einleitung des Konkursverfahrens wegen Mangels an Masse abgelehnt hat und die Generalversammlung zu der Ueberzeugung gelangte, daß ein weiteres Bestehen der Kasse gänzlich aussichtslos ist.

Die neue Feuerwache am Schillerhain ist fertig und wird in den nächsten Tagen belegt werden.

Drei Warenhausdiebstahler, die mit Waffe, Revolvern und Strickseilern ausgerüstet ihre Raubzüge unternahmen, wurden von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Es sind die Arbeiter Franz Krawch, Rudolf Kirchen und Paul Zippler. Die Bande brach in kurzen Absätzen dreimal in das Warenhaus von Jacobs an der Ecke der Wilhelmsdorfer und Pestalozzistraße ein.

Arbeiterbildungsschule. Der Vortrag in Geschichte, der am vorigen Sonnabend wegen Erkrankung des Genossen H. L. ausfallen mußte, findet heute Abend wieder in gewohnter Weise statt.

Desgleichen sei daran erinnert, daß der Unterricht in Nationalökonomie an diesem Sonntag im Grunewald stattfindet. Auch für den Jugend-Fortschrittscursus findet der Unterricht an diesem Sonntag im Grunewald statt.

Vorort-Nachrichten.

Reinickendorf-Ost.

Arg in die Kisten geriet in der letzten Gemeindevorsteherwahl der Gemeindevorsteher bei dem Punkte der Tagesordnung: „Stellungnahme zum Beschluß des Kreislandesausschusses betr. Nichtgenehmigung der für das Etatsjahr 1910 beschlossenen Steuerbeschlüsse.“ Die Steuerverteilung war bei der Staatsberatung mit einer Majorität von ganz wenigen Stimmen angenommen worden.

stimmt, da sie vor Schluss der Sitzung wegen Wortverweigerung den Saal verlassen hatten. Da der Bürgermeister bei der Staatsberatung schon angedeutet hatte, daß der Landrat der vorgesehene Steuer-Verteilung nicht wohlwollend gegenüberstehe, wählte die Majorität eine Kommission, die den Landrat persönlich für Genehmigung des Etats interessieren sollte. Doch auch die Minorität bot alle Mittel auf. Zunächst sagte der Bürgermeister dem Antrag auf Genehmigung des Etats einen Bericht bei, über dessen Inhalt zurzeit nur Vermutungen bestehen, dann wurde aber außerdem auch von den Grundbesitzern unter Führung des Schöffen Heintze eine Deputation zum Landrat geschickt, die um Ablehnung des Etats ersuchte und forderte, daß die Zuschläge zur Staatseinkommensteuer erhöht, die Grundbesitzsteuer dagegen ermäßigt würde. Und das Resultat? Der Kreisausschuß versagte dem Steuer-Verteilungsplan zwar die Genehmigung, verlangte aber nicht die Herabsetzung der Realsteuern, sondern nur die Erhöhung des Kommunalzuschlages von 100 auf 125 Prozent, und dafür Ab-Setzung der Beiträge, die aus dem Verkauf von Grundstücken erzielt werden sollen. Ein Erfolg, den weder die Majorität noch die Minorität erwartete. Ganz erklärlich, daß sich die beiden Gruppen ob dieses Ausganges arg in die Haare gerieten. Herr Beigeordneter Reichhelm, der Führer der Majorität, war das Stachel, das den Kreis auslöste. Er empfahl der Gemeindevorstellung, über den Kreisausschuß Beschwerde beim Bezirksausschuß zu erheben, dabei nochmals die Gründe der Majorität vorzubringen. Den Beschluß des Kreisausschusses führte er auf den Bericht des Bürgermeisters zurück. Diese Ansicht wurde lebhaft von Herrn Heintze bekämpft, der das Vorgehen des Bürgermeisters für berechtigt hielt. Hieraus wurde von Herrn Kohl die Verlesung des Berichtes verlangt, vom Bürgermeister aber verweigert. Genosse Ohl gehtel zunächst das Verhalten der beiden Gruppen, deren Gebahren es dahin gebracht, daß keiner Gruppe gedient, wohl aber dem letzten Neiz der Selbstverwaltung ein kräftiger Stoß verfehlt worden sei. Die Sozialdemokraten seien ja die eigentlichen Sach-Drücker, denn sie hätten stets verlangt, daß kein Grundbesitz veräußert werden solle, sondern eher eine mäßige Erhöhung des Kommunalzuschlages vorgenommen werden solle; doch glaube auch er, daß eine Erhöhung von 25 Prozent den Bedarf übersteige. Redner befürwortet die Beschwerde. Ganz energisch tabelte er das Verhalten des Bürgermeisters, was diesen zu erregten Gegen-Entscheidungen veranlasste. Genosse Ohl wiederholte hierauf den Antrag auf Verlesung des Berichtes, der zum großen Entsetzen des Bürgermeisters mit großer Majorität angenommen wurde. Hierauf nochmaliges Raisuchen des Bürgermeisters in der Gemeindevorstellung und Gemeindevorlesung. Die Erklärung: „Ich verlese nur Ihre Beschlüsse, weiter aber nichts.“ Wobon er trotz gültigen Juredivs auch nicht abzubringen war. Genosse Ohl stellte hierauf den Antrag, Beschwerde über den Bürgermeister zu erheben. Auf Antrag des Schöffen Schimmel wurde dieser Antrag in gebührender Sitzung beraten. Nach etwa halbstündiger Dauer derselben wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Ueber die Beschlüsse ver-läutet nichts sicheres. Der Bürgermeister leitete noch gedrückt den Rest der Sitzung, jede Anfrage sowie jedes Monitum als eine persönliche Kränkung auffassend, so daß er schließlich gequält, müden Tonen erklärte, wenn die Gemeindevorstellung sein Ver-trauen mehr zu ihm habe, würde er lieber aus seinem Amte aus-scheiden und es jüngerer Kräften überlassen. Das letztere war offenbar für Herrn Reichhelm bestimmt. In der Sache selbst wurde schließlich in namenhafter Abstimmung mit 18 gegen drei Stimmen beschloffen, den Beschluß durch Beschwerde anzufechten.

Der hiesige Arbeiter-Turnverein veranstaltet heute (Sonn-abend), abends 8 1/2 Uhr, bei Schaller (Restaurant Zwei), Probingspieler, ein öffentliches Schachturnen. Da der Verein sehr oft dazu beigetragen hat, die Feste der Partei zu verschönern, ersucht die Bezirksleitung des Wahlvereins die Genossen und Genossinnen, den Turnverein durch zahlreichem Besuch zu erfreuen.

Nieder-Schönhausen.

Eine überaus reichhaltige Tagesordnung hatte die letzte Ge-meindevorstellung aufzuweisen. Die Vergebung der Glaser-arbeiten für den Schulhausneubau in der Charlottenstraße wurde dem hiesigen Glasermeister Stiemler zum Preise von 3024 M. über-tragen. Bei der Vergebung der Anoleumarbeiten für den-selben Bau hatte unter anderem auch das Warenhaus Wolf Bert-helm ein Angebot gemacht, das gegenüber den anderen Angeboten um 700 M. niedriger war. Diese Offerte veranlaßte die Anoleum-fabrikanten noch nachträglich zu einer Herabsetzung ihrer früheren Angebote. Die Vertretung beschloß sich hierbei mit der Frage: Kann ein Berliner Warenhaus mit der Ausführung von Gemeindevorarbeiten betraut werden oder nicht? Die Ge-meindevorsteher Rühlmann und Dr. Braßch erklärten sich dafür, daß bei öffentlichen Ausschreibungen die Warenhäuser zugelassen wer-den, wenn die Ware dieselbe und billiger sei. Bürgermeister Abra-ham erstattete die Zulassung der Warenhäuser zu den Gemeindev-arbeiten als den staatswirtschaftlichen Grundsätzen zuwiderlaufend, er habe noch nie gehört, daß eine kommunale Verwaltung einen derartigen Schritt gethan habe, ferner bemerke er bei der Offerte die Angabe von Referenzen anderer Gemeinden. Es sei deshalb zweifelhaft, ob die Arbeiten zur Zufriedenheit ausgeführt werden. Aus diesem Grunde ersuchte er, den Warenhäusern keine Arbeiten und Lieferungen zu übertragen. Demgegenüber betonte Dr. Braßch, daß man sich dann auch gegen die Aktiengesellschaften wen-den müßte, da in beiden Unternehmen das Großhospital vertreten sei. Waren die Warenhäuser kein Bedürfnis der jetzigen Zeit, so würden dieselben schon längst nicht mehr existieren. Nach längerer Debatte erfolgte die Vergebung an die Firma Lammfromm u. Vogel in Berlin, die bereits schon früher an die Gemeinde geliefert hatte, zum Preise von 10521 M. Eine lange und zeitweise er-regte Debatte zeitigte die Nachbewilligung von circa 2000 M. für die am 1. April dieses Jahres in eigene Regie übernommene Straßentränkung. Für den Pferdefaß wurden 2000 M. für die Errichtung des Pferdefaßes und sonstige Gegenstände 1600 M. mehr ausgegeben. Dem Gemeindevorsteher Rühlmann, der mit dem Pferdefaß beauftragt war, wurden von allen Seiten die heftigsten Vorwürfe darüber gemacht, daß er ganz selbständig 2000 M. mehr ausgegeben habe, ohne die Gemeindevorstellung davon erst zu unter-richten. Gemeindevorsteher Habemann stellte den Antrag, die mehrverkauften 2000 M. von Herrn Rühlmann zurückzuverlangen. Von den übrigen Rednern wurde die Güte des Pferdemarktes nicht abgestritten, sie verurteilten jedoch aufs schärfste das selbst-ändige Handeln Rühlmanns. Auf alle diese Vorwürfe entgegnete der Angegriffene, daß er nur befreit gewesen sei, der Gemeinde ein gutes Pferdemarkt zu beschaffen, er habe stets die übrigen Kommissionsmitglieder erlucht, mit ihm die Pferdemarkt zu be-suchen, dieselben seien aber stets verhindert gewesen. Da die Zeit bis zum 1. April nur noch eine kurze war, so habe er nur im Inter-esse der Gemeinde gehandelt, wenn er diese Pferde, die sich bereits als brauchbar in jedem Falle erwiesen haben, gekauft habe. Nach-dem der Bürgermeister die Erklärung abgegeben, daß derartige eigenmächtige Lieferungsverträge auf keinen Fall mehr geduldet werden würden, gab Habemann seinen Antrag zurück, worauf die Summe bewilligt wurde. Der Erlass einer neuen Ordnung für die Erhebung einer Biersteuer wurde von der Tagesordnung ab-gehoben und einer Kommission, der auch unser Genosse Brett-mann angehört, zur nochmaligen Durchberatung überwiesen. Die Pflichterangelegenheit in der Bernauerstraße (Wilhelmstraße Ostteil) schilderte der Antragsteller Habemann in kurzen Worten. Hierzu ergriff Genosse Dreimann das Wort. Redner wies darauf hin, in welchem skandalösen Zustande sich die Straße befindet; es sei tief bedauerlich, daß dieser weisliche Teil von Nieder-Schönhausen so vernachlässigt werde. Bis jetzt hätten sich die bürgerlichen Ver-treter noch nicht überzeugt, in welche traurige Lage ihre eigenen Bürger dadurch geraten sind. Bürgermeister Abraham empfahl, sich noch zwei Monate zu beruhigen, da eine Entschädigung von der Stadt Berlin noch abgewartet werden müsse. Wegen die Bewilligung von 100 M. zwecks Verteilung von Schriften gelegentlich der 100jährigen Wiederkehr des Todestages der Königin Luise wandten sich unsere beiden Vertreter, da zu solchen Zwecken die Gemeinde-

gelder nicht da sind. Die Summe wurde mit 9 gegen 8 Stimmen bewilligt. Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung, in der unter anderem auch der Punkt: Errichtung einer Herdenheilkunde zur Beratung stand. Der vierstündigen öffentlichen Sitzung wohnte eine zahlreiche Zuhörerschaft bei.

Vermischtes.

Die Katastrophe bei Calais.

Die Vergungsarbeiten an dem Unterseeboot „Flubiose“ wurden im Laufe des gestrigen Tages eifrig fortgesetzt. Es besteht nach dem Urteil der Sachverständigen keine Hoff-nung mehr, daß sich noch Lebende an Bord des ge-sunkenen Bootes befinden. Von dem Unterseeboot „Bentose“ wurden zwei Taucher in die Tiefe gelassen, um zu er-suchen, ob vielleicht noch Lebende in dem Boote vorhanden seien. Nach der Rückkehr des Bootes in den Hafen wurde von dem Be-schlagshaber berichtet, daß es unmöglich sei, mit dem „Flubiose“ in Verbindung zu treten, denn es sei eine sehr starke Strömung unter Wasser vorhanden. Später wurden von neuem Taucher-fuge unternommen, bei denen festgestellt wurde, daß die „Flubiose“ bei dem Zusammenstoß durchbohrt worden ist. Die Taucher, die das Boot in einer Tiefe von 22 Meter vor-fanden, haben ein Tau an dem Wrack befestigt, dann aber mußten die Arbeiten wieder eingestellt werden. Der Marineminister hatte sich nach der Unfallstelle begeben und erklärte nach der Rückkehr, daß er keine Hoffnung mehr habe, daß sich die Besatzung des Tauchbootes noch am Leben befinde. Es wird ver-mutet, daß der Kommandant des Bootes nach dem Zusammenstoß einen letzten Versuch gemacht habe, an die Oberfläche zu kommen, daß dieser Versuch aber durch das Eindringen des Wassers verhindert wurde. Von einem Passagier des Postdampfers „Bas-de-Calais“ wird die Darstellung, daß der Kapitän des Dampfers alles zur Rettung der Verunglückten mögliche getan habe, bestätigt. Ein anderer Passagier erklärte bei seiner Ankunft in London, daß er nach dem Unglück eine große Quantität Naphtha auf dem Wasser habe schwimmen sehen. Das Unterseeboot sei mit seiner Spitze in einem Winkel von 35 Grad aus dem Wasser herausgelommen, bald aber wieder versunken. Auf dem Wasser haben Holzstücke geschwommen, ein Zeichen, daß das Unter-seeboot schwere Beschädigungen erlitten haben mußte. Offenbar ist die Katastrophe auf die Unvorsichtigkeit des Führers des Unterseebootes zurückzuführen. Den Kapitän des Dampfers ist genau vorgeschrieben, welche Fahrpläne sie im Fahrwasser bei Calais einzuhalten haben. Diese Linie ist den Offizieren der Marine bekannt. Der „Bas-de-Calais“ verfolgte seine normale Route und ist auch zur bestimmten Stunde aus Calais abgefahren. Auch die Ankunft und Abfahrt der Schiffe im Hafen von Calais ist den Marineoffizieren bekannt.

Wie ein Seeoffizier mitteilte, sind der „Flubiose“ schon bei früheren Fahrten wiederholt Unfälle zugestoßen. Ingenieur Raub auf erklärte, er habe sich stets gegen die Errichtung einer Unterseebootstation in Calais ausgesprochen, da der Dampferverkehr die Übungen dort äußerst gefährlich gestalte, er sei aber nicht gehört worden.

Die französische Marine hat in den letzten fünf Jahren wiederholt Verluste von Unterseebooten aufzuweisen. Die erste Unter-seeboot-Katastrophe war die des „Farfadet“, der dicht vor den Augen derjenigen, die auf den Molen des Hafens von Biserta standen, mit fast seiner gesamten Besatzung auf den Grund sank, weil im Augenblick des Untertauchens die Schlußbedel des Ein-steigetrotes nicht funktionierten. Aus denselben Ursachen sank später im selben Hafen auch der „Lutin“, dessen Besatzung eben-falls eines qualvollen Todes starb. Außerdem hatte die französische Unterseebootflotte noch verschiedene andere schwere und leichte Unfälle und Zusammenstöße zu verzeichnen, bei denen es jedoch glücklicherweise bei dem Sachschaden blieb und keine Menschen-leben verloren gingen.

Das Examen der katholischen Bräute.

So die Schwarzgen unumschränkt herrschen, müssen sich die Bräute vor der Eheschließung einem Examen unterziehen. Das geschah bis-her mündlich. Vor kurzem ist aber vom fürsterzbischöflichen Ordinate zu Olmütz (Mähren) und möglicherweise auch von allen anderen, die Verfassung getroffen worden, daß über ein derartiges Examen ein Protokoll aufgenommen werde, das nicht nur von dem examinierenden Pfarrer, sondern auch von den Brautleuten zu unterfertigen ist. Dem „Mährischen Tageblatt“ lag das Formular eines solchen Protokolls vor. Wenn man die Fragen — es sind nicht weniger als zweiundfünfzig — liest, die man an eine Braut stellt, fühlt man sich direkt in das dunkelste Mittelalter ver-setzt. Es handelt sich hier um eine regelrechte Beichte der intimsten Angelegenheiten, die sich von der Ohrenbeichte nur dadurch unter-scheidet, daß sie — kein Geheimnis bleibt. Dem am Schlusse eines solchen Protokolls heißt es: „Geschlossen, gelesen und gefertigt.“ Und dann folgen die Unterchriften des Seelsorgers, beider Brautleute und „der Zeugen des Protokolls“. Damit man sich einen Begriff machen könne, seien einige Fragen dieses Protokolls, das verlesen wird, wiedergegeben. Da heißt es z. B.: „Welchen Wert hat Ihr Vermögen, Ihre Mittel (nach Abzug der Schulden)?“ Und dann: „Befinden Sie sich vielleicht im Zustande der Schwangerschaft? Weis Ihr Bräutigam davon?“ Aber man glaube nicht, daß mit der zitierten Frage der Gipfelpunkt der In-diskretion erreicht ist. Artikel 16 lautet: „Haben Sie sich vielleicht mit dem Vater (I), Sohne (I), Bruder, Cousin, Onkel, Neffen usw. Ihres Bräutigams fleischlich veräußert?“ Artikel 20 lautet: „Können Sie diese Fragen mit dem Eid be-stätigen?“ An eine Braut, die Witwe ist, wird u. a. die Frage gestellt: „Haben Sie sich vielleicht bei Lebzeiten Ihres Gatten mit Ihrem gegenwärtigen Bräutigam veräußert?“ Wir begnügen uns mit dieser kleinen Auslese aus der Serie von 53 Fragen. Sie werden ge-stellt, ehe eine unlösliche Ehe geschlossen werden soll. Die zitierten Formulare liegen in allen Pfarrhöfen der Olmützer Diözese auf. Die „Religion der Liebe“ wird auf der Basis dieser Protokolle nicht allzu viele ihrer unlöslichen Ehen schließen können. Denn es ist schwer anzunehmen, daß Menschen von Bildung und eifrigem Gefühl eine derartige Examinationswiderspruchlos ertragen, daß ernsthaftende, Charaktervolle Väter von Bräuten eine derartige Examinations ihrer Töchter dulden, daß aufrechte Männer es sich ge-fallen lassen werden, daß an ihre Bräute die zitierten und viele der anderen Fragen gestellt werden.

Extravorbereitung des Kometen.

Alle Welt ist unzufrieden, sticht und schimpft, daß der Haileysche Weltenbummler durchaus nicht die Hoffnungen er-füllen will, die man auf ihn gesetzt hat. Einer jedoch ist mit dem Erscheinen des Kometen durchaus zufrieden. Die die „Neue Augsburgische Zeitung“ aus Leitzershausen bei Augsburg be-richtet, hat ein dortiger Bürger sowie seine Angehörigen und

Nachbarn den Kometen sehr deutlich gesehen. Nach der Darstellung des Blattes hatte der Komet einen kolossal langen Schweif, der aus lauter feurigen Kugeln zusammengesetzt erschien. Nach etwa zehn Sekunden verschwand der Schweif, worauf eine Menge Feuerkugeln, die in der Größe des Vollmondes erschienen, um die Sonne sich bewegten und langsam zur Erde fielen. Während dieses kurzen Vor-ganges schien es, als ob im unendlichen Weltraum alles in Bewegung wäre. Sonderbar war, daß die Kugeln einen eigentümlichen Geruch verbreiteten, so daß zwei Kinder auf eine Zeitlang unwohl wurden. Ob der Leitzershäuser Bürger den Kometen vielleicht mit einem Maßfrage geschickt hat? Möglicherweise ist auch das Unwohlsein der Kinder die Ursache des Geruches gewesen!

Aus Geiz verhungert.

Western hat man in dem Orte Ridderminster (England) eine alte Tante und ihre Tochter in betöhltem Zustande in ihrer Wohnung aufgefunden. Kurze Zeit, nachdem sie ins Hospital geschafft worden waren, starben sie. Von den Ärzten wurde festgestellt, daß die beiden verhungert sind. Ihr schrecklicher Geiz soll daran die Schuld tragen. Durch Untersuchung hat man festgestellt, daß beide Frauen mehrere hundert-tausend Franken auf den Banken deponiert hatten.

Neue Erfolge der Aviatik.

Auf dem Flugmeeting von Verona gelang es dem Fran-zosen Paulhan, seinen früheren Weltrekord im Höhenfluge, der ihm er in einer Höhe von 1200 Meter aufstieg, zu überbieten. Er erreichte bei seinem jetzigen Fluge eine Höhe von 1463 Meter. Auch der Russe Esimoff erzielte bei seinem Höhenfluge ein vor-zurechtliches Resultat, mit 1089 Metern wurde er bei der Kon-turierung der Zweite.

Ein Ueberzeugter.

Aus Petersburg wird der „Wiener Arbeiterzeitung“ ge-schrieben: Der Gouverneur von Kozroma namens Vereten-nikow wurde verabschiedet. Der Grund ist ungemein erheiternd. Der Gouverneur überließ den ganzen Geschäftsgang seinen Unter-gebenen, unterschrieb alle Aktenstücke, ohne je eines zu lesen. Un-längst wurde ihm nun ein Schriftstück folgenden Inhalts unter-breitet: „Ich habe mich endlich von meiner Unfähigkeit als Gouverneur überzeugt...“ und dann folgt eine lange Liste seiner Sünden und seine eigenhändige Unter-schrift. Das sonderbare Schriftstück gelangte in die Hände des Ministerpräsidenten Stolypin. Der Gouverneur wurde sofort nach Petersburg beordert. Dort gestand er seine Unwissenheit bei der Erledigung der Amtsgeschäfte ein und erhielt darauf seinen Abschied.

Ob derartiges nur in Rußland möglich ist?

Kleine Notizen.

- Bergarbeiterlohn. Auf Schacht V der Saar-Kösel-Bergwerks-gesellschaft in Verlenbach verunglückten drei Bergleute durch niedergerendes Gestein. Einer wurde getötet, zwei erlitten erhebliche Verletzungen.
- Ein gräßlicher Schwindler. Wegen Veruntreuung aus der von ihm verwalteten Stiftskasse in Höhe von über 21000 M. wurde in Bremen der Probantmeister des Dampfers „Prinz Sigismund“ vom Norddeutschen Lloyd, Ernst Graf von Schwerin, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.
- Schweres Automobilunglück. In der Ortschaft Lans (Tirol) fuhr gestern abend ein Automobil in einer Kurve gegen ein Bauernhaus. Der Eigentümer des Hauses, der vor der Tür saß, wurde getötet. Von den Insassen des Automobils wurden zwei schwer verletzt.
- Dem Kriegsgesicht in Paris wurden die beiden Soldaten Grab und Michel, die am 15. Dezember vorigen Jahres die Witwe des Großindustriellen Couin im Eisenbahnwagen ermor-det und beraubt hatten, abgeurteilt. Grab wurde zum Tode und Michel zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.
- Choleraepidemie in Rußland. Auch in diesem Jahre scheint die Cholera in Rußland größeren Umfang anzunehmen. Die Städte Niem und Jekaterinoslaw wurden für Cholera gefährlich erklärt. Eine größere Zahl Personen sind erkrankt.
- In Bombay (Indien) wütete am Donnerstag ein großer Brand, der etwa 1000 Häuser zerstörte.

Briefkasten der Redaktion.

- Zu rechtliche Ehrenrunde. Am 27. März Nr. 60, vorn der Treppen — Nachdruck —, wochentäglich von 4 bis 7 Uhr abends. Jeder Ratgeber ist ein Sachverständiger und ein Sachverständiger ist ein Ratgeber. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Ehrenrunde vor.
- Ch. P. 17. Ja. Mit dem nicht gefahren, so kann die Ehe an-gesprochen werden. Die Ansetzungsfristung muß unverzüglich geschehen.
- H. P. 20. Die Lauben sollen in der Regel eine Grundfläche von 25 Quadratmeter, sowie eine Fronthöhe von 3 Meter nicht überschreiten und von Holzbauten, Nachbargenossen und öffentlichen Straßen 6 Meter entfernt bleiben. Abweichungen bedürfen der Genehmigung der Polizei-behörde. — Schönberg. 1. und 2. Bei dem Armenkommissionsvorsteher, in dessen Bezirk Ihre Mutter zur Zeit der Stellung des Antrages wohnt, ist, nach die Ausstellung eines Armutsgugnisses beantragt und das-selbe, unter Darstellung des Sachverhalts, dem zuständigen Landgericht II, halbescher Ufer, mit dem Antrag auf Bewilligung des Armenrechts und Beurlaubung eines Rechtsanwaltes eingereicht werden. 3. Ja. Dasjenige Amtsgericht, in dessen Bezirk die Mutter zur Zeit der Antragstellung wohnt. 4. Das ist nicht nötig, der Anwalt erhält Vollmacht. 5. Ja. — W. P. 24. Die Gebührensordnung für Ärzte sieht für den Bestand bei einer Heilbehandlung eine Gebühr von 6 bis 50 M. vor. — Remus 100. Nein, wenn es sich nicht um eine Tätigkeit in einem Handels-, Bureau oder Gewerbebetrieb handelt. — W. P. 45. Wegen Sie Einspruch an unter Darstellung des Sachverhalts und unter Berufung auf § 20 des Ein-kommensteuergesetzes, der eine Ermäßigung bis zu drei Euten zuläßt, wenn besondere, die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen beeinträchtigende wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen. — Ser. 1. Circa 450000. 2. Nicht bekannt. — W. 111. Zur Aufnahme erforderlich: Alter 7 bis 10 Jahre, Geburtsort, Lebenslauf des Kindes, ärztliche Atteste, Zeugnis vom Volksschulinspektor über Bildungsfähigkeit, Impfschein; für freiwilligen, Be-dürftigkeitsfall. Wir nehmen an, daß die königliche Land-stammensliste in Berlin, Wasser Straße 69/89, unterstellt dem königlichen Provinzial-Schulinspektor, gemeint ist. — C. 38. Nein.

Amteiler Marktbericht der riddischen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthalen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft fest, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft regt, Preise unverändert. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise mit. Fisch: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert, für Schlei und Karusschen nachgeden. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Erdfrüchte: Zufuhr meist genügend, Geschäft regt, Preise un-wesentlich verändert.

Witterungsüberblick vom 27. Mai 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Wind-stärke	Temperat. in C.	Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Wind-stärke	Temperat. in C.
Bonn	758.2	SW	4	12.5	Leipzig	765.0	SW	4	12.5
Dresden	760.8	SW	4	12.5	Magdeburg	758.0	SW	4	12.5
Berlin	760.8	SW	3	12.5	Schiff	767.8	SW	3	12.5
Köln	760.0	SW	1	12.5	Hamburg	764.8	SW	3	12.5
München	760.0	SW	1	12.5	Paris	764.8	SW	3	12.5
Wien	761.0	SW	1	12.5					

Weiterprognose für Sonnabend, den 28. Mai 1910. Güter, veränderlich, vielfach wolfig mit Regenschauern und frischen nord-westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Vierter Verbandstag des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.

Eisenach, 26. Mai.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Verhandlungen über

Zariffragen und Streikstatistik

werden fortgesetzt.

Dem instruktiven Referat des Redakteurs Staubinger entnehmen wir folgendes: Für die Steinarbeiter hand das Jahr 1908 im Zeichen der Tarifkürzungen, die besonders in der Hartsteinindustrie bemerkbar wurden. Das Jahr 1909 und das 1. und 2. Quartal 1910 brachten dagegen zahlreiche Tarifabschlüsse, bei denen die Geweiler, besonders bei Abschluß von Bezirksverträgen, gut wirkten; die Tarifpolitik des Verbandes hat sich somit gut bewährt. In den zwei Jahren sind 250 000 RM. für Streikunterstützung verausgabt worden, eine hübsche Summe im Verhältnis zur Mitteldarstellung. — Sehr hartnäckig sind die Kämpfe in der Hartsteinindustrie, die Unternehmer in dieser fast alle Kapitalsträchtig und pochen besonders auf ihre Streikversicherungslagen.

Redner betont, daß volle Einmütigkeit zwischen Streik- und Verbandleitung herrschen muß, um die Kämpfe günstig und nutzbringend für die Arbeitnehmer zu gestalten. Die Delegierten behandeln in eingehendster Weise die einzelnen Punkte der letzten Jahre. — Das Resultat der Verhandlungen ist die Annahme einer längeren Resolution, in der ausgesprochen wird, daß die Kasse der Resolution zum Tarifweser auch noch in ihren Grundzügen als Richtschnur für den Verband dienen soll. Weiter wird betont, daß der Verband auch fernerhin die Aufgabe hat, für größere Gebiete Bezirks- und Landestarif zu schaffen, die aber Bestimmungen über Schiedsgerichte enthalten müssen, weil dadurch die Tarifauslegung vereinfacht wird. In Zukunft ist der Bekämpfung der Arbeitszeit besondere Aufmerksamkeit zu schenken und ebenfalls darauf zu dringen, daß tariflich festgelegt wird, daß die Unternehmer das Werkzeug auf ihre Kosten stellen und schärfen lassen.

Der Verbandstag verurteilt das Verhalten etlicher Unternehmer, besonders in der Hartsteinindustrie, die systematisch versuchen, die Tarifverträge zu umgehen und damit gegen Treu und Glauben zu verstoßen. Der Verbandstag verurteilt es um so mehr, weil der Verband sich noch niemals tarifuntreu erwiesen hat.

Das Bestreben des Verbandes der Steinarbeiter, für die Marmorbranche einen Normaltarif und für die sächsische Sandsteinindustrie einen Landestarif abzuschließen, findet die Zustimmung des Verbandstages, in der Offnung, daß keine Lohnverschlechterungen damit beabsichtigt sind. Beabsichtigte Lohnverschlechterungen wird der Verband jedoch mit allen Mitteln und Kräften abwehren.

Die geschlossene Sitzung wird durch das Referat des Genossen Heinke über

Bauarbeiterschutz

unterbrochen. Die Ausführungen des Referenten knüpfen an den Erlaß des Ministers v. Breitenbach vom 22. März d. J. an. In dem Erlaß ist deutlich ausgesprochen, daß selbst die preussische Regierung heute den Bauarbeiterschutz nicht für genügend hält und ebenfalls die Kontrolle nicht für scharf genug. Doch nicht nur dem Bauarbeiterschutz, sondern auch den bundesrechtlichen Bestimmungen zum Schutz für Leben und Gesundheit der Steinarbeiter muß mehr Beachtung geschenkt werden. Im Jahre 1908 waren in der Steinerwerbungsbranche 439 719 Personen versichert, davon erlitten 11 651 Personen einen Unfall, hiervon war noch nicht der vierte Teil versicherungspflichtig. Zu diesen gehörten 2589 männliche, 88 weibliche erwachsene und 45 jugendliche Arbeiter. Die Verletzungen hatten folgenden Ausgang: es starben 235 Personen, von dauernder Erwerbslosigkeit wurden 34 Betroffene, von teilweiser Arbeitsunfähigkeit 943 und vorübergehend waren 1425 arbeitsunfähig. Die Seideten hinterließen 320 Entschädigungsbedürftige, 157 Witwen und 361 Kinder. — Es wird dann noch kritisiert, daß in dem Bericht der Berufsvereinschaft der Steinarbeiter ausgesprochen ist, daß die Löhne der Steinarbeiter zu hoch seien. Festgestellt wird durch dieselbe Berufsvereinschaft, daß der Lohn im Durchschnitt nur 3,49 M. pro Tag beträgt. — Die Ausführungen über die Reichsversicherungsordnung schließen sich den Beschlüssen des letzten Gewerkschaftskongresses an.

Der Verbandstag verlangt, daß die Betriebskrankenkassen befreit werden, da es sich in der Steinindustrie herausgestellt hat, daß Berufskranke von den Unternehmern, die Betriebskassen haben, entlassen werden. Weiter wird verlangt, daß die Altersgrenze für den Bezug der Altersrente von 70 auf 65 Jahre festgesetzt wird. Dem Redner wurde lebhafter Beifall gezollt.

Eine Debatte findet nicht statt und wird die Sitzung auf Freitag vertagt.

Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

In der Sitzung am Freitag stand als erster Punkt auf der Tagesordnung:

Die Reichsversicherungsordnung.

Nach einem beifällig aufgenommenen Vortrage des Referenten Reise. Berlin, der den Gegenstand mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Gastwirtsgewerbe behandelte, wurde ohne Debatte folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der Verbandstag erklärt sich in bezug auf die neue Reichsversicherungsordnung mit den Beschlüssen des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses vollkommen einverstanden.

Der Entwurf ist nicht geeignet, die vorhandenen Mängel der Arbeiterversicherungsordnung zu beseitigen. Die geringen Vorteile durch die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf weitere Kreise der Arbeitnehmer fallen nicht ins Gewicht gegenüber den vielen und bedeutenden Verschlechterungen, die der Entwurf aufweist. Die zeitgemäßen und dringenden Wünsche der in der Arbeiterversicherung tätigen Praktiker sind gänzlich unbeachtet geblieben.

Von der Unfallversicherung sollen die gastwirtschaftlichen Angestellten im allgemeinen auch in Zukunft ausgeschlossen werden, obwohl nicht nur von allen Gehilfen-Organisationen, sondern auch von den maßgebenden Unternehmervereinigungen die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Gastwirtsgewerbe wiederholt in Petitionen an die Reichsregierung gefordert und mit zwingendem Material begründet wurde.

Der Verbandstag protestiert insbesondere auch gegen die beschriebene Beschränkung des Selbstverwaltungswortes in den Krankenkassen und gegen die Bevorgung der Innungs- und Betriebskrankenkassen.

Im übrigen erwartet der Verbandstag, daß der Reichstag seine Zustimmung zu diesem Entwurf versagt und die neue Reichsversicherungsordnung so gestaltet, daß sie den Anforderungen der Versicherten gerecht wird.

Ueber die

Lohn- und Trinkgeldfrage

referierte der Verbandsvorsitzende Paetsch. Er schlug folgende Resolution vor:

Der 6. Verbandstag des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen erklärt unter Bezugnahme auf früher gefasste Beschlüsse das Trinkgeld als die verwerflichste Entlohnung, die grundsätzlich zu bekämpfen ist.

Das Ziel ist der vollkommene Ersatz des Trinkgeldes durch eine der geleisteten Arbeit entsprechende Gegenleistung des Unternehmers in Barlohn.

Dieses Ziel ist mit Hilfe einer starken Organisation und auf dem Wege der Gesetzgebung zu erreichen. Die gegenwärtig vorhandenen Kräfte des Verbandes sind nicht genügend, eine sofortige gänzliche Beseitigung des Trinkgeldes bezw. die Zahlung eines ausreichenden Lohnes zu erzwingen. Es ist daher notwendig, unablässig an dem Ausbau der Organisation zu arbeiten.

Es liegt im Wesen des Trinkgeldes, bei den unter diesem System Arbeitenden Selbsttäuschung bezüglich ihres Einkommens herbeizuführen, auch kommen den Beteiligten die schädlichen Einflüsse des Trinkgeldes in sozialer und sittlicher Beziehung nur schwer zum Bewußtsein, weshalb vor allem unter den eigenen Berufsangehörigen für Aufklärung nach dieser Richtung hin gesorgt werden muß.

In praktischer Hinsicht kann aber auch jetzt schon gewirkt werden:

A. Auf dem Wege der Gesetzgebung:

1. Von den gesetzgebenden Körperschaften ist zu fordern, daß die Heranziehung von Arbeitern und Angestellten zu den Geschäftsunkosten (Prozente, Bruch, Verzögerung von Hilfskräften usw.) in jeglicher Form verboten wird. Alle Abmachungen, die diesen Bestimmungen zuwiderlaufen, sind als ungesetzlich (wider die guten Sitten verstoßend) zu erklären.

2. Es darf kein Unternehmer einen Arbeiter oder Angestellten ohne Zahlung eines Barlohnes beschäftigen, der mindestens dem ortsüblichen Tagelohn gleichkommen muß. Insbesondere hat diese letztere Bestimmung sofort beim Erneuern der Verträge in solchen gewerkschaftlichen Betrieben in Wirksamkeit zu treten, auf deren Inhaber Staat oder Gemeinde Einfluß haben. — Die Hauptverwaltung wird beauftragt, unterzüglich die entsprechenden Eingaben an die staatlichen und kommunalen Behörden vorzubereiten.

B. Durch das Mittel der Selbsthilfe:

Der Verband und seine Organe haben, soweit der Einfluß und die Rechtsverhältnisse der Organisation nur immer reichen, nach wie vor alles zu tun, um schon jetzt die Lohnverhältnisse der gastwirtschaftlichen Angestellten möglichst zu verbessern.

1. Durch Beseitigung der schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Fach- und Tagespresse, Versammlungen usw. 2. Durch Aufstellung von Lohnforderungen, entweder allein oder in Gemeinschaft mit anderen Organisationen, sofern diese die Gewähr bieten, daß sie zu ernstlicher Mitwirkung bereit sind.

Es ist besonderer Wert darauf zu legen, bei Lohnforderungen usw. die Sympathie des Publikums zu gewinnen, was bei der Gegenseitigkeit gegen das Trinkgeld nicht schwer sein dürfte. Nur darf von diesem nicht mehr als eine unterstützende Tätigkeit erwartet werden; die Hauptaufgabe muß von den Beteiligten selbst geleistet werden.

Bei der Einleitung von Lohnbewegungen ist für die Mitglieder das Streikreglement des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen verbindlich.

In der Diskussion herrschte vollkommenes Einverständnis über die grundsätzlichen Forderungen des Referenten, doch wurde nicht verkannt, daß bis zur Erfüllung derselben noch ein weiterer Weg ist. Es wurde deshalb vorgeschlagen, daß man zunächst die größten Missetände zu beseitigen suchen müsse. Die Cafésiedler halten die Abschaffung der Prozentabgaben und Bruchgelde für das dringendste. Sie verweisen auf eine von ihnen veranstaltete Erhebung, welche ergab, daß in etwa 100 Cafés im Laufe eines Jahres 560 000 M. an Prozente und Bruchgeldern von den Angestellten bezahlt wurden. Als bezeichnendes Merkmal für die Stellung der Wirt zu Trinkgeldfrage führte ein Redner an, daß der Inhaber des Café Bauer in Köln bei einer Verhandlung zu den Kellnern sagte: „Was wollen Sie, das Trinkgeld gehört eigentlich mir, denn dadurch, daß ich Sie in meinem Lokal arbeiten lasse, gebe ich Ihnen ja Gelegenheit, Trinkgeld zu bekommen.“ — Als einen Weg, der allmählich zum Ziele führe, empfahl ein Redner den Abschluß von Verträgen mit den Wirtesorganisationen, wozu der Verband allerdings mit den gelben und blauen Kellnervereinen zusammengehen müsse.

Paetsch meinte in seinem Schlußwort, dieser Weg verspreche keinen Erfolg, denn sobald die Gelben und Blauen mit den Roten zusammengehen, würden sie von den Arbeitgebern genau so zurückgewiesen, wie der Verband. Schließlich betonte der Redner wie schon in seinem Referat, daß die gewerkschaftliche Arbeit des Verbandes mit der Beseitigung des Trinkgeldsystems siehe und falle, daß diese Arbeit aber geleistet werden müsse, die jedoch nur dann Erfolg haben könne, wenn auch die auf der Gegenseite stehenden Gastwirtsgehilfen für diese Bewegung gewonnen werden können.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Ein Antrag, der den Abschluß von Lohnverträgen mit dem Verbande der freien Gast- und Schankwirte forderte, wurde der Hauptverwaltung zur Berücksichtigung überwiesen.

Ueber

Arbeitsnachweisdfragen

referierte der zweite Vorsitzende des Verbandes, Dießing. Berlin. Unter Anführung eines reichhaltigen Materials beleuchtete er die Missetände in der gewerblichen Stellenvermittlung und begründete eine Resolution, die nach einer eingehenden Diskussion angenommen wurde. Die Resolution lautet:

Der 6. Verbandstag des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen erneuert die Beschlüsse früherer Kongresse und Verbandstage, indem er erklärt:

Es ist Pflicht der Gesetzgebung, die gänzliche Beseitigung jeder gewerkschaftlichen Stellenvermittlung herbeizuführen, gleichzeitig die Errichtung öffentlicher, gemeinnütziger, gebührenfreier Arbeitsnachweise obligatorisch zu machen.

Das vom Reichstag angenommene Stellenvermittlungsgesetz trägt dieser prinzipiellen Forderung nur zu einem geringen Teile Rechnung.

Die Delegierten sprechen ihr Bedauern aus, daß sich die Mehrheit des Reichstages nicht entschließen konnte, ein Gesetz anzunehmen, durch das hunderttausende Arbeitsjüngender von der Willkür einiger tausend Stellenvermittler befreit worden wären.

Anerkannt wird, daß die Bestimmungen bei richtiger Anwendung durch die Behörden wohl geeignet sind, verschiedene der schwersten Missetände der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung zu beseitigen oder doch einzudämmen.

Aufgabe des Verbandes muß es daher auch in der Zukunft sein, auf strenge Durchführung des Gesetzes zu dringen, alle Verstöße gegen dasselbe zur Anzeige zu bringen, weiteres Material zu sammeln, um den strikten Nachweis von der Ungültigkeit der gesetzlichen Bestimmungen zu führen.

Vierter Verbandstag des Zentralverbandes der Zivilmüßler Deutschlands.

Lehe-Bremerhaven, 25. Mai 1910.

In der Nachmittagsstimmung wird nach Beendigung der vertraulichen Besprechung in der Beratung der zur

Agitation

vorliegenden Anträge eingeleitet.

Die Ortsverwaltungen Lübeck und Rürnberg-Bürsch beantragen zur wirksameren Entfaltung der Agitation, Deutschland in Bezirke

mit Agitationskommissionen einzuteilen, während ein Antrag der Ortsverwaltung Pl.-Grund verlangt, daß sich der Verbandstag mit der Frage der Anstellung von Gauleitern, speziell für Sachsen und die umliegenden Provinzen befassen möge.

Die zu diesem Punkte vorliegenden Anträge werden sämtlich dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Im Anschluß hieran erhaltet Janitz-Berlin

Bericht von der geschlossenen Vormittagsstimmung.

Die Verhältnisse in unserem Berufe bedingten es, sich einmal eingehend mit der Kampfstattik zu beschäftigen. Es fragt sich, ob wir gewillt sind, auf den Vorstoß als Kampfmittel zu verzichten, und sind wir der Meinung, und wieder durch die Unternehmern noch durch die Justiz die Benutzung dieses Kampfmittels schmälem zu lassen. Allerdings müssen stets die vom Gewerkschaftskongreß festgelegten Bestimmungen über die Anwendung des Vorstoßes berücksichtigt werden. Das wurde auch in der vertraulichen Besprechung hervorgehoben, deren Ergebnis die folgende Resolution ist:

„Die Tatsache, daß die Spruchpraxis der Gerichte mehr und mehr die Abticht erkennen läßt resp. darauf hinausläuft, das Kampfmittel des Vorstoßes unmöglich oder doch unwirksam zu machen, kann unsere Organisation nicht daran hindern, dieses Kampfmittel nach wie vor mit aller Schärfe in Anwendung zu bringen und durchzuführen, wo es notwendig oder zweckmäßig erscheint.“

Um jedoch zu verhindern, daß der Justiz des öfteren Gelegenheit oder Anlaß gegeben wird, unsere Bewegungsfreiheit zu lähmen und unsere Organisation finanziell zu schädigen, sowie um andererseits eine Herabwürdigung des Vorstoßes als wirtschaftliches Kampfmittel zu verhindern, macht der Verbandstag den Ortsverwaltungen resp. den Organisations- und Agitationsinstanzen zur Pflicht, in der Propagierung resp. der Anwendung des Vorstoßes sich strikte in den vom Hamburger Gewerkschaftskongreß gezogenen Grenzen zu halten.“

Die Resolution wird einstimmig angenommen und darauf der Verbandstag auf Donnerstag vertagt.

Lehe-Bremerhaven, 26. Mai 1910.

Dritter Verhandlungstag.

Zur Beratung steht zunächst die

Einführung einer Krankenunterstützung.

Die Vorlage des Vorstandes hält die Einführung für durchführbar, wenn die wöchentlichen Mitgliederbeiträge von 25 auf 45 Pf. erhöht und wenn, statt bisher 70 Proz., in Juli 1910 80 Proz. der Einnahmen an die Hauptkasse abgeführt werden. An Unterstützung sieht die Vorlage 6 M. pro Woche vor, die an Mitglieder mit mindestens 52 Wochenbeiträgen bis zu 6 Wochen, bei 104 Wochenbeiträgen bis zu 9 Wochen, bei 156 Wochenbeiträgen bis zu 12 Wochen, bei 208 Wochenbeiträgen bis zu 15 Wochen, bei 260 Wochenbeiträgen bis zu 20 Wochen gezahlt werden soll.

Zu der Vorlage liegt ein Änderungsantrag Dresden vor, der verlangt, daß Mitglieder, die jetzt schon 52 Wochen dem Verbands angehören, bereits nach weiterer Verbandszugehörigkeit von 26 Wochen in den Genuss der Krankenunterstützung gelangen. Die Ortsverwaltungen Pl.-Grund und Berlin beantragen Ablehnung der Vorlage.

In namentlicher Abstimmung erklärt sich der Verbandstag nach eingehender Debatte grundsätzlich für Einführung der Krankenunterstützung.

Vorort-Nachrichten.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Das hiesige Gymnasium wurde bekanntlich vor mehreren Jahren nebst allen Gebäuden kostenlos an die Regierung abgegeben und außerdem zahlte die Stadt noch jährlich 17 000 M. zu den Unterhaltungskosten zu. Jetzt ist nun dies Gymnasium in einem völlig baufälligen Zustand. Dem Drängen der städtischen Verwaltung konnte sich die Regierung nicht verschließen, die Sachlage zu prüfen. Die Stadt wollte nun der Regierung für das Gymnasium gegen Ueberlassung des alten Gymnasiums einen anderen Platz an der Garnisonstraße überweisen. Dieser Platz gehört aber dem Militärklub; derselbe fordert dafür das netze Stämmchen von etwa 400 000 M. Außerdem wünscht das Unterrichtsministerium, daß die Stadt das alte Gymnasium zurückkaufen soll. Für einen anderen Platz am Falkenhagener Tor verlangt das Unterrichtsministerium, daß die Stadt noch die kostspieligen Fundamentierungsarbeiten bezahle. Das ging denn aber selbst unseren sonst so lokalen Stadtvätern zu sehr gegen den Strich. Zumal auch das Unterrichtsministerium noch erklärte, daß es die Verpflichtung zur Errichtung einer höheren Lehranstalt für die Söhne Spandauer Bürger nicht anerkenne, sondern nur für die Söhne der Offiziere und Militärbeamten. Auf Antrag des Magistrats wählte die Versammlung eine gemischte Kommission, welche mit dem Ministerium verhandeln soll. Man will das alte Gymnasium gegen einen anderen Platz umtauschen und noch eine Summe bis zu 150 000 M. zuzahlen. Gehe das Ministerium nicht darauf ein, so ist man gewillt, für die Söhne der Spandauer Bürger eine neue höhere Lehranstalt zu bauen, auf welcher dann keine Söhne der Offiziere und Militärbeamten aufgenommen werden. Bei Beratung der Vorlage betr. Bewilligung von 12 000 M. aus der Hofenleihe zur Herstellung des Ufers 4 des Hafens, welche von der Versammlung genehmigt wird, brachte der Genosse Rieper folgende höchst interessante Angelegenheit zur Sprache. Es sollen im Hafen sehr viel Kohlen gestohlen worden sein. Nach seiner Informierung etwa 13 000 Zentner. Dagegen habe der Wächter des Hafens, der Kaufmann und Spekteur Thomas, in der letzten Zeit nur erst 900 Zentner Kohlen gekauft, während er bedeutend mehr gebrauchen soll. Auch Rahmschwellen sollen gestohlen sein. Die Diebstähle nähmen so überhand, daß schon gar keine Schiffe mehr anlegen wönnen. Auch fehle für die gefährlichen Arbeiten immer noch ein Verbandslosten. Der Oberbürgermeister Röthe mußte zugeben, daß eine Anzeige wegen der Kohlen Diebstähle eingegangen und bereits der Staatsanwalt übergeben sei. Von dem Diebstahl der Rahmschwellen wollte der Oberbürgermeister nichts wissen, versprach aber Untersuchung. Das Behalten des Verbandslosten gab er auch zu, legte demselben aber keine große Bedeutung bei. — In einer der letzten Sitzungen hatte der Magistrat eine Vorlage eingebracht, zwei neue Polizeiergenten zu bewilligen. Die Versammlung überwies damals die Angelegenheit einer gemischten Kommission in der Hoffnung, die Forderung des Magistrats etwas zu drücken. Mit dieser Kommission scheint die Versammlung aber den Vot zum Gärtner gemacht zu haben, denn sie beantragte bei der Versammlung 6 neue Polizeiergenten. Der Magistrat ging noch darüber hinaus und forderte 7 neue Beamte. Die Versammlung bewilligte jedoch bloß 3 neue Polizeiergenten. Insgesamt hat Spandau dann 63 Polizeibeamte. Jedensfalls schon viel zu reichlich. Genosse Rieper brachte hierbei die Angelegenheit zur Sprache, wo der Polizeiergeant Heier (Nr. 19) zwei Soldaten, die in das Lokal des Genossen Wöhle, Davelstraße, über welches der Militärklub verhängt ist, gegangen waren, aus dem Lokal herausholte und zur Anzeige brachte. Der Oberbürgermeister Röthe als Polizeichef erklärte, daß er das Verhalten des Polizeiergenten nicht billige. Es sei aber das erste Mal, daß hier ein Polizeibeamter Soldaten zur Anzeige gebracht, die sozialdemokratisches Bier getrunken haben.

Rigdorf.

Stadtverordnetenversammlung. Die letzte Sitzung am Donnerstag dauerte, soweit die öffentliche Beratung in Frage kam, nur ganz kurze Zeit. Stadtverordnetenvorsteher Sander hatte ausschließlich die Kosten der Unterhaltung zu tragen, welcher Aufgabe er gleich beim ersten Punkt der Tagesordnung sehr gründlich gerecht zu werden versuchte. Mit seiner mehr als überauswärtigen Bedachtswortwahl für den verstorbenen Stadtrat Niemey wird er die Mitglieder unter den Hörern sicher nicht zu seinen Aufschauungen bekehrt haben; etwas weniger geübte Worte sind in solchen Fällen auch genug.

Am 33. Brandenburgischen Städtetage in Landsberg a. W., auf dessen Tagesordnung u. a. die Verbesserung des kommunalen Wahlrechts steht, wird sich Rigdorf mit drei Delegierten beteiligen. Gewählt wurden der Stadtverordnetenvorsteher, Stadtv. Rosenow und Stadtv. Groger (Soz.).

Das am 29. Januar d. J. beschlossene Ortsstatut gegen die Zerstückelung des Stadtbildes bestimmt in § 1, daß in bestimmten Straßen die hauptpolizeiliche Genehmigung zur Ausfuhr von Bauten und baulichen Veränderungen zu versagen ist, wenn dadurch die Eigenart des Orts- und Straßenbildes beeinträchtigt würde. Auf Vorschlag des Bezirksausschusses, der das neue Ortsstatut zu genehmigen hat, soll der ganzen Berliner Straße, der Bobbinstraße, dem Bobbinplatz, dem Herrfurthplatz und der Schülerpromenade ebenfalls künstlerische Bedeutung und damit der Schutz des § 1 zuerkannt werden. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

Der Verlegung des städtischen Arbeitsnachweises im Hause Fährstr. 12, aus dem 1. Stock in die Portierräume, wird zugestimmt.

Nach Genehmigung der Verstärkung einiger Etatpositionen folgte eine geheime Sitzung.

Eine große Matinee zum Besten der ausgesperrten Banarbeiter veranstaltet am Sonntag, den 29. Mai, der Gesangverein „Melodia“ (M. d. K.-S.-V.) in Hoppes Festhallen, Hermannstr. 49. Mitwirkende sind das erste Rigdorfer Konzertorchester und das Berliner Mit-Trio. Anfang mittags 12 Uhr. Billets sind bei Soppe und in den mit Plakaten versehenen Lokalen zu haben.

Die Krankenhandsdeputation beschloß in ihrer Sitzung, die Bauausführung des zweiten Teiles des Diphtherie Pavillons denjenigen Firmen zu übertragen, die beim ersten Bauteil beteiligt waren, und zwar zu den bisherigen vertragmäßigen Preisen. Die Angelegenheit betreffend die Errichtung einer medico-mechanischen Abteilung wird vertagt. Es sollen zunächst Auslässe anderer Krankenhäuser eingeholt werden. Mit der Einrichtung eines besonderen Königin-Robinettens für die innere Abteilung erklärt sich die Deputation grundsätzlich einverstanden. Ueber die Frage der Kostendeckung soll in der nächsten Sitzung beschlossen werden. — Die von der Krankenhandsdirektion in Vorschlag gebrachte Änderung der Vorschriften für die Schwesternkleidung (Wegfall der schwarzen Ausgehkleidung) wurde genehmigt und gleichzeitig die Beschaffung der hierauf notwendigen Kleidungsstücke bewilligt. Ebenso genehmigt die Deputation die infolge der am 1. April d. J. in Kraft getretenen neunstündigen Arbeitszeit von der Direktion in Vorschlag gebrachte anderweitige Regelung der Arbeitszeiten und der Pausen für das Maschinen-, Handwerker- und Arbeiterpersonal. — Zweck laufender Kontrolle der Speiseverabreichung an die Kranken wurde eine Kommission, bestehend aus dem Vorsitzenden sowie den Mitgliedern Dr. Silberstein und Vincent gewählt. — Die Deputation erklärte sich mit dem Vorschlag der Krankenhandsdirektion betreffend Herstellung von Mineralwässern und Armonaden in der Anstaltsapotheke und Abgabe derselben an das Armen- und Siedenhaus und das Waisenhaus einverstanden und bewilligte die durch die erstmalige Einrichtung entstehenden Kosten.

Schöneberg.

Eine große Sommerbadeanstalt für Männer und Frauen ist in Verbindung mit Parkanlagen und einem Spiel- und Turnplatz im Schöneberger Südgelände geplant. Als besonders geeignet für eine solche Einrichtung ist vorläufig ein Terrain in der Nähe des Bahnhofs Papestraße in Aussicht genommen. Der Bahndamm wird durch Baumplantagen verdeckt werden, denen sich nach der Straße zu, durch Hallen abgeschlossen, die beiden offenen Riesenbassins vorlegen würden. Die von Stadtbaurat Egeling hergestellten Entwürfe fanden den Beifall der Wohlfahrtsdeputation, die sie als Material der Deputation für Erschließung des Südgeländes zu überweisen beschloß. Das Bassin für Männer würde eine Gesamtlänge von 1900 Quadratmeter umfassen, von der 375 Quadratmeter für Nichtschwimmer, 925 Quadratmeter für Schwimmer bestimmt sind. 129 Einzelzellen stehen als Umkleeräume zur Verfügung. Das Frauenbad würde bei einer Gesamtlänge von 600 Quadratmeter — 106 Quadratmeter für Nichtschwimmer, 344 Quadratmeter für Schwimmer — für einige 50 Frauen gleichzeitig Gelegenheit zum Baden geben. Hier sind 72 Einzelzellen in Aussicht genommen. Springtürme und Sprungbretter sind an geeigneten Stellen zur Ausübung gesunden Sports angebracht. Weite Wiesenflächen von etwa 600 Quadratmeter Ausdehnung sind als Turn- und Spielplatz vorgesehen. Besonders für die in der Nähe geplanten Schulen dürfte bei dem Mangel an Badegelegenheit außerhalb Groß-Berlins dieses Schwimmbad großen Stills von nicht zu unterschätzender hygienischer Bedeutung werden.

Ein schwerer Unfall ereignete sich vorgestern an der Ecke der Haupt- und Vorbergstraße. Dort wurde ein Radfahrer von einem Kutschwagen des Berliner Haus- und Grundbesitzervereins erfasst und zu Boden gerissen. Dabei stürzte der Unglückliche direkt vor das Vorderrad des schweren Wagens. Bevor noch der Kutscher halten konnte, waren dem Verunsicherten beide Räder über den Leib gegangen und hatten ihn entsehrlich zugerichtet. Verwundungen und blutüberströmt wurde er nach der nahegelegenen Rettungswache in der Vorbergstraße gebracht, von wo seine Ueberführung nach dem Augusta-Viktoria-Krankenhanse erfolgte. In dem Auskommen des Schwerverletzten wird gezweifelt.

In der letzten Sitzung der Gewerkschaftskommission hielt zunächst Genosse Küter einen Vortrag über die Reichsversicherungsreform. Sodann berichtete der Vertreter der Handlungsgehilfen, Genosse Weder, über die bei Schöneberger Geschäftsinhabern vorgenommene Umfrage bezüglich der völligen Schließung der Geschäfte an den Sonntagen. Nur wenige Geschäftsteile seien bis jetzt dazu geneigt; sie begründeten ihre ablehnende Stellung damit, daß sie der Konkurrenz wegen nicht schließen könnten. Bemerkenswert sei es auch, daß einige Inhaber von Warenhäusern erklärten, mit Rücksicht auf ihre Arbeiterkundschaft, welche zum großen Teil ihre Einkäufe des Sonntags beforzt, nicht schließen zu können. Alles das seien aber keine stichhaltigen Gründe. Wird die völlige Sonntagsruhe gesetzlich durchgeföhrt, so sei auch die Konkurrenz nicht mehr zu fürchten. Bis dahin müsse es aber das Bestreben der organisierten Arbeiterschaft Schönebergs sein, den Inhabern der Warenhäuser zum Bewußtsein zu bringen, daß die Arbeiterschaft sich mit den Angestellten im Handelsgewerbe eins fühlte, indem sie an den Sonntagen alle Geschäfte strengstens meidet. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Seit Jahren kämpfen die Angestellten und Arbeiter im Handelsgewerbe um die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe. Die Geschäftsinhaber sträuben sich dagegen und fast ausnahmslos mit der Begründung, daß im Interesse des kaufenden Publikums, besonders der Arbeiterschaft, die Geschäfte an den Sonntagen aufgehalten werden müssen. Die Delegierten der Schöneberger Gewerkschaftskommission erachten die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe als dringend notwendig und weisen die Rücksichtnahme auf die Arbeiterschaft als Konsumenten ganz entschieden zurück. Die Delegierten fordern die Arbeiterschaft auf, keine Einkäufe an den Sonntagen zu machen und verpflichten sich, in ihren Gewerkschaften darauf hinzuwirken, daß die Mitglieder und deren Familienangehörigen ihre Einkäufe nur an den Wochentagen besorgen.“

Genosse Buchholz berichtete noch über die Aussperrung im Feingewerbe. Er ersuchte die Delegierten, die Aufrufe zur Unterstützung im „Vorwärts“ zu beherzigen.

Behlendorf (Wannseebahn).

Ein eigenartiges Bild über das Finanzgebaren unserer Gemeindeverwaltung trat in der letzten Gemeindevorstandssitzung zu Tage. Der Vertretung lag eine Vorlage vor betreffend Prüfung, Feststellung und Entlastung der Gemeindevorrechnung aus dem Rechnungsjahr 1908. Diese Gemeindevorrechnung hatte eine Ueberschreibung von 92.657,14 M. gebracht. Im ganzen Etat sind bei etwa 879 Positionen 128 Ueberschreitungen worden. Der Referent des Rechnungsausschusses, Herr Grünwald gab der Meinung Ausdruck, daß, wenn auch zuzugeben sei, daß die Ueberschreibung einzelner Positionen nicht ganz zu vermeiden war, die Mehrzahl der Ueberschreitungen zu schweren Bedenken Anlaß gäbe. Eine ganz wunderliche Auffassung über die Sachlage vertrat der Bürgermeister. Er hat durch Rundverfügung in diesem, wie auch schon im vorigen Jahr darauf hingewiesen, daß Staatsüberschreitungen nach Möglichkeit zu vermeiden seien, meinte aber, daß sie sich nicht immer vermeiden lassen, da es unpraktisch wäre, eine in Angriff genommene Sache dadurch zu verzögern, daß man erst die Genehmigung der Vertretung nachsucht. Die wunderliche Auffassung des Gemeindevorstehers wurde von dem Gemeindevorstand Herrn Schermeyer noch übertrieben. Herr Ränger hielt ihm vor, daß 15 Proz. der Gesamtkosten als Ausgabe für die Vorarbeiten zur Sanalisation zu hoch seien. Privatfirmen wären dabei höchstens auf 4 Proz. gekommen, was sicher jeder, der Kalkulationen kennt, bestätigen würde. Darauf meinte der Herr Baurat, daß eine derartige Firma auch nicht so gründliche Vorarbeit geleistet hätte. Wer nun noch nicht glaubt, daß unsere Gemeindeverwaltung auf der Höhe ist, dem ist einfach nicht zu helfen. Die Staatsüberschreitungen wurden nach diesen Verhandlungen nachträglich genehmigt, und dem Rentanten Kreising Entlastung erteilt. 2088,82 M. Steuerreste, die nicht betreibbar sind, werden niedergeschlagen. Betriebsüberschüsse in Höhe von 27.084,82 M. aus den elektrischen Anlagen sollen bei den Kosten für die Erweiterung des Kabelnetzes mit verwendet werden.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß eines Kutschwagens mit einer Autodrolsche aus Behlendorf ereignete sich gestern nacht 1/2 12 Uhr vor dem Hauptportal des Botanischen Gartens in Dahlem. Der Chauffeur der Autodrolsche wurde durch die Deichsel des Wagens an der Brust getroffen und getötet. Der Kutscher des Kutschwagens blieb unversehrt.

Mariefelde.

Eine grausame Verwüstung seines in der Kolonie besessenen Pachtgrundstückes erlitt am Donnerstag früh der Arbeiter Schmidt. Sämtliche Pflanzen waren aus dem Boden gerissen, die Stachelbeersträucher vernichtet, die Laube umgestürzt, sogar der wilde Wein war

abgeschnitten. Sch. benachrichtigte sofort die Polizei und diese nahm mit dem am hiesigen Orte vorhandenen Polizeihund die Spur des Täters auf. Der Hund verfolgte eine Spur bis zur hiesigen Motorenfabrik, hier wurde als mutmaßlicher Täter der Schlosser Pink, der Hauswirt des Sch., verhaftet. Der Verdacht, daß K. der Täter gewesen ist, wird noch geklärt durch die Tatsache, daß Sch. vor einiger Zeit gegen ihn vor Gericht ausgesagt hat und Pink letzterem deswegen Klage geschworen haben soll. Die Verwüstungen auf dem Schmidt'schen Grundstück haben bei der Einwohnerschaft große Empörung hervorgerufen.

Friedrichsfelde.

Ein sonderbarer Vorgang spielte sich aus Anlaß der Beerdigung des verunglückten Turners B. Grasse auf dem hiesigen Gemeindefriedhofe ab. Um 4 Uhr, so teilt man uns mit, sollte die Beerdigung des G. erfolgen. Als der nach Hunderten zählende Trauerzug bereits unterwegs war, brachte man plötzlich die Nachricht vom Begräbnisplatz, daß die Leiche gar nicht dort sei. Die Frau des Turnvereinsvorsitzenden hatte an den Totengräber die Frage gerichtet, ob sich die Leiche oben in der Halle oder im Leichenkeller befände. Der Totengräber entgegnete, er denke, die Turner bringen die Leiche mit er habe nur die Papiere. Er suchte darauf nochmals die Halle und den Keller ab, doch die Leiche war nicht zu finden. Der Trauerzug langte bereits auf dem Friedhofe an. Jetzt wurde das Telephon in Bewegung gesetzt; nach einer Viertelstunde kam der Bescheid, daß die Leiche auf dem Zentral-Friedhof abgeholt sei. Nach circa einer Stunde langte dann die Leiche an. Nachdem man sich dann vergewissert hatte, daß auch der Richtige im Sarge lag, fand dann gegen 1/2 12 Uhr die Beerdigung statt.

Die Teilnehmer des Leidenzuges konnten nicht begreifen, wie ein solcher Vorgang möglich ist.

Weißensee.

Eine Sperrung des Trianonparks wird auf Beschluß der Finanzkommission wieder vorgenommen. Die Beschadigungen an Bäumen, Sträuchern und Rasenflächen sind hauptsächlich in den Abend- und Nachtstunden in letzter Zeit so groß geworden, daß strengere Maßnahmen getroffen werden müssen. Der Park wird mit einer Kette umgeben und diese wird an den Eingängen um 10 Uhr abends geschlossen. Das Uebersteigen dieser Kette wird mit Strafe geahndet. Es ist bedauerlich, daß infolge der Rücksichtslosigkeit einzelner Personen, die, wie auch festgestellt ist, nicht immer aus den unteren Schichten stammen, einmal geschaffene Erholungsorte gerade im Sommer für den Verkehr gesperrt werden müssen. Durch den Mangel an Gemeinfinn solcher Individuen haben Tausende von Erholungsbedürftigen zu leiden.

Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm am Dienstag im Albrechtshof mit großem Beifall den vom Kreissekretär Genossen Bühler gehaltenen Vortrag über „die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie“ entgegen. Sodann wurde ein Antrag des Jugendfürsorgeverbandes wegen Geldbeihilfe zur Entsendung von Kindern in die Ferienkolonie aus prinzipiellen Gründen abgelehnt, da zur Vereinfachung von Mitteln hierzu Staat und Kommune verpflichtet sind. Auch hat die Gemeindeverwaltung Weißensee bereits selbst eine Kolonie errichtet. Eine lange und erregte Debatte rief ein Antrag der ersten Abteilung bezüglich des vom Kreise angenommenen Extrabetrages zu Agitationszwecken hervor. Der vorgeschlagene Betrag wurde durch diese Angelegenheit bis zur nächsten Mitgliederversammlung verlagert.

Potsdam.

Einbruch in den Jägerschießständen. In der gestrigen Nacht wurde in dem Sommerlokal an den Schießständen der Gardejäger ein Einbruchdiebstahl verübt, bei dem die Läger 800 M. in bar erbeuteten. Der Posten hat von der Tat nichts bemerkt.

Eingegangene Druckschriften.

Wenn es dämmert. Gedichte von Fritz v. Rupprecht. 1 M. —
 Aus neuer Kraft. Roman von H. Weghard. 4 M., geb. 5 M. —
 C. Koenig, Wien 1.
 Neue Wechselordnung mit dem Gesetz betreffend Erleichterung des Wechselgesetzes nebst Scheckgesetz und Postcheckgesetz. Taschenformat. Gesetzverlag: V. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14. 1 M.
 Das feindliche Leben. Aus dem Nachlaß eines jungen jüdischen Rechtsanwalts. 78 Seiten. — G. Müller, München.
 Neue Wechselordnung mit dem Gesetz betreffend Erleichterung des Wechselgesetzes ab 1. Oktober 08. — V. Schwarz u. Co., Berlin, Dresden, Stralauer Str. 80.
 Bericht des Verbandes, der Redaktion des Fachblattes und des Ausschusses des Verbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. 40 Seiten. — D. Wilmann, Gumburg.
 Kulturträger der Gegenwart über die Feuerbestattung. Von Otto Dormmeyer-Dorn. 24 Seiten. Selbstverlag in Nürnberg, Blumenstr. 1.
 Eigenerkennung Sohn und andere Novellen von J. Schindl. 720. Bund. Rührer'scher Verlagsanstalt, 20 W. — G. Hölzer, Berlin W. 9.
 Protokoll des 9. Zionisten-Kongresses. 510 Seiten. — Jüdischer Verlag, Köln.
 Der preussische Wahlrechtskampf und seine Lehren. Vortrag von Frau Rola Luxemburg. — Verlag der Buchhandlung Volksstimme zu Frankfurt a. M. Preis 10 W.
 Geschichten aus Panauka. Von Olaf Heinemann. — G. Poring, Berlin. 10 Seiten. 3. 2 M., geb. 3 M.
 Die Masken Erwin Reiners. Roman von J. Wasserbaum. — E. Fischer, Verlag, Berlin. 5 M., geb. 6 M.
 Der neue Paris. Komödie von H. J. Cohn. 93 Seiten. — E. Rein, Berlin.

Nur Sonnabend u. Sonntag
Lützower Str. 5a
 am Rathaus
 Schweinehälften u. Schulten Pfd. 70 Pf.
 Rindfleisch, Kisten u. Haus 65
 Kleinfleisch 25
 Rinder-Schmorfleisch Pfd. 80 Pf. an
 Kebabspitze u. Ramm Pfd. 65 Pf.
 Cervelatwurst 100
 5 Pfd. gemischte Wurst 3 u. 4 Pf.
 Thüringer Rotwurst Pfd. 50 Pf.
 Feiler Speck 75

Normalwäsche
 für
Damen u. Herren.
Margarete Dietrich
 Berlin O.,
Mirbachstr. 25,
 Eingang Samariterstraße.

Geschichte der Gesellschafts-
klassen in Deutschland
 von Paul Kampffmeyer.
 Preis brosch. 1,60 M.
 geb. 2, —
Expedition des „Vorwärts“
 Berlin SW. 68
 Lindenstraße 69 (Laden).

Umsonst
 ganz
 können Sie Tucho, elegante Maß-, fertige Herren- und Knabenanzüge entstehen, wenn Sie bei der
Tuchgesellschaft, Kottbuserdamm 16/17, — bahn —
 kaufen. Wir zahlen einmal in jedem Monat die vollen Beträge für die bei uns an einem bestimmten Tage gemachten Einkäufe an jeden Kunden in bar zurück. Dadurch lassen wir unseren werten Kunden die sonst üblichen teuren Reklamekosten allein zukommen. Sämtliche Tucho und Garderoben sind sehr billig, aber mit streng lesten Preisen ausgezeichnet. Bitte vergleichen Sie dieselben mit der Konkurrenz. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Für vornehmsten Sitz wie Qualität wird höchste Garantie geleistet. Maßanzüge 30—85 M., fertige Herrenanzüge 9—45 M. Burschen 6—20 M., Knabenanzüge 1,50 und Leibchenhosen 60 Pf. an Vereins-, Verbands-, u. Genossenschaftsvorstände laden wir im Interesse ihrer Mitglieder noch ganz besonders zur Beschichtigung unseres sehr großen Lagers ein. Gern schicken wir unsere Vertreter mit Muster ohne Kaufverpflichtung.
 Original englische Stoffe billig.

Hüte in allen
 Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher,
 Prinzenstr. 57, an der
 Bahnhofsbrücke wird vergütet.

Dampfer-Station Stralauer Tor — Warschauer Brücke.
Dampfer-Extrafahrten
 nach **Woltersdorfer See** (Schloß) mit Musik.
 Abfahrt vorm. 9.10 Uhr, nachm. 2.10 Uhr, hin u. zurück 50 Pf. 1 Kinder die
 Sonntag 9. — 2.15 75 Pf. 1 Hälfte
 von Café Hiltens 5 Min. später. — Stadtbahn, Städtische Strassenbahn
 Warschauer Straße, Hochbahn Stralauer Tor.
 Vermietung von Dampfem jeder Größe.
 Telefon: Amt VII, 725. **Reederei Fr. Saewert.**

Groß-Lichtenberg
 was sagst Du nu!
 Aufklärung in der nächsten Sonnabend-Nummer.

Berlin-Lichtenberg Kohlenvertrieb „Glückauf“
 Güterbahnhof Frankfurter Allee.
Ausnahme-Preise
 vom 1. Mai bis 31. Juli von 10 Zentner an ab Platz
 in nur prima Marken.
 Beste Vulkan Halblein-Briketts p. Ztr. M. 0,70,
 Heye „ „ „ „ „ 0,80,
 Prima Ferdinand Salon- „ „ „ „ 0,72, 1000 Stück 6,75
 „ Anker „ „ „ „ 0,82, 1000 „ 7,75
 „ Anh. Kohlenw. „ „ „ „ 0,90, 1000 „ 8,50
 „ Hise „ „ „ „ 0,90, 1000 „ 8,50
 „ Brikettbruch, Steinkohlen und Koks billigst.
 Handwagen zur Verfügung.